

WOHNSITUATION VON AUSLÄNDER/INNEN IN GRAZ

mit Fototeil

Studie im Auftrag des Ausländerbeirates
der Stadt Graz
Ausschuß: Arbeit und Soziales
Celal Ünal

verfaßt von
Barbara Gartner/Annemarie Müllner

Mai 1998

WOHNSITUATION VON AUSLÄNDER/INNEN IN GRAZ

mit Fototeil

Studie im Auftrag des Ausländerbeirates
der Stadt Graz

Ausschuß: Arbeit und Soziales
Celal Ünal

verfaßt von
Barbara Gartner/Annemarie Müllner

Mai 1998

INHALT

	Seite
VORWORT	3
EINLEITUNG	5
ALLGEMEINER TEIL	6
<u>Bedeutung der Wohnsituation aus sozial- und integrationspolitischer Sicht</u>	
Figuration von Etablierten- und Außenseitergruppen	6
Funktionen des Wohnens	7
Sukzession/Segregation	9
<u>Grazer Wohnbevölkerung</u>	10
Entwicklung der ausländischen Bevölkerung	12
Bezirke und AusländerInnenanteil	12
METHODEN	13
<u>Datenerhebung</u>	
Arbeitshypothesen	13
Stichprobe	14
Fragebogen/Interview	16
ERGEBNISSE DER EMPIRISCHEN UNTERSUCHUNG	18
<u>Rechts-, Familien- und Wohnsituation</u>	
Grund der Einreise	18
Aufenthaltsdauer	18
Rechtsstatus	19
Beschäftigung	21
Familienstand/Haushaltsform	23
Rechtsform der Wohnung	25
Mietvertrag/Mietdauer	25
<u>Wohnqualität</u>	26
<u>Lage der Wohnung</u>	27
Neubau/Altbau	27
<u>Ausstattung der Wohnung</u>	29
Beschreibung der Ausstattungsmerkmale	30
Grazer Wohnungsbestand nach Ausstattungskategorien	33
Ausstattungskategorien der ausländischen Haushalte	34
Wohnraum und Anzahl der Zimmer	36
<u>Überbelag in den Wohnungen</u>	38
Überbelag/Dichte	39

Überbelag/Zimmer	42
Wohnumfeld	43
Wohnungskosten.....	44
<u>Wohnungsmarkt</u>	
Privater Wohnungsmarkt.....	46
Geförderter Wohnungsmarkt.....	47
Gemeindewohnungen.....	47
Geförderte Eigentumswohnungen	47
Geförderte Mietwohnungen.....	47
Wohnbeihilfe.....	48
Wohnungssuche	49
Wohnungswechsel	49
Wohnungsfindung.....	50
Dauer der Wohnungssuche	52
SCHLUSSFOLGERUNGEN.....	53
ZUSAMMENFASSUNG	58
FOTOTEIL	63
ANHANG	
Wohnungsversorgung am Beispiel Gries.....	76
Fragebogen.....	81
Tabellenverzeichnis	87
Literaturverzeichnis	88

VORWORT

Wer auch nur geringe Erfahrungen mit dem Wohnungsmarkt hat, weiß, daß dort nicht jeder Kunde das gleiche Angebot zur Auswahl vorfindet. Im Unterschied zu anderen Märkten werden am Wohnungsmarkt die Güter in Ansehung der Person verteilt. Aus der Innensicht der Marktanbieter, also der Vermieter, ist dies ganz normal: Man will den bestmöglichen Preis erzielen, sein Gut vor vermeintlicher Abwehr schützen oder für sich und andere Bewohner ein bestimmtes Wohnumfeld erhalten.

Für manche Nachfrager am Markt haben diese Umstände fatale Konsequenzen: Sie finden sich in einem bestimmten Segment des Wohnungsmarktes, in dem die Möglichkeiten der Auswahl und Kaufentscheidungen so beschränkt sind, daß der Begriff eines 'freien Marktes' nicht mehr angemessen ist. Neben anderen gesellschaftlichen Minderheiten trifft dies in besonderem Maße die Gruppe jener 'Ausländer', die sich durch Habitus oder Sprache leicht als Angehörige einer Minderheit identifizieren lassen. ('Ausländer', welche bestimmte ethnische Klischees nicht erfüllen, z.B. US-Bürger oder Australier, fallen oft nicht unter diese Kategorie.)

Die schwierigen Bedingungen für Ausländer bestimmter ethnischer Herkunft am Wohnungsmarkt zählen zu den 'Selbstverständlichkeiten' des Wissens über die Gesellschaft; die Beschreibung der Konsequenzen geht jedoch über Einzelfallrecherchen der Sozialberichterstattung meist nicht hinaus. Der Ausländerbeirat der Stadt Graz hat mit der vorliegenden Studie zum ersten Mal eine systematische Zustandserhebung der aktuellen Wohnsituation von Ausländern in Angriff genommen.

Den Autorinnen waren in der Durchführung nicht geringe Schwierigkeiten auferlegt: Gesellschaftliche Minderheiten sind nicht über zentrale Einwohnerdaten zu erreichen, sondern müssen sehr aufwendig in der 'Barfuß-Feldforschung' gesucht werden. Bei der Knappheit der zur Verfügung stehenden Mittel mußte zudem die Stichprobengröße sehr beschränkt werden, wobei immerhin eine Ausschöpfungsquote von 2 - 3 Prozent erreicht wurde. Um eine gewisse Repräsentativität zu erreichen, wurde in der Stichprobenwahl ein kluger Ausgleich gefunden, in dem sich Prinzipien einer kriterienbezogenen Auswahl und der Zufallsauswahl ergänzen. Die Untersuchung wurde auf acht Stadtbezirke mit hohem Ausländeranteil beschränkt, um das Auffinden der Wohnungen zu erleichtern. Innerhalb der Bezirke wurde jedoch ein mittleres Niveau der Wohnqualität in den ausgewählten Sprengeln eingehalten, um den Einwand einer selektiven Auswahl von Wohnungen mit schlechter Qualität auszuschalten. Auf diese Weise ist es den Autorinnen m.E. gelungen, ein repräsentatives Bild der Wohnsituation der Ausländer in Graz zu zeichnen.

In den Ergebnissen finden sich Bestätigungen von bestehenden Vermutungen und Überraschungen. Die Konstellation von Substandardwohnungen im Altbau zu überhöhten Mieten charakterisiert einen wesentlichen Teil dieser Wohnsituationen. Besonders dramatisch erscheint der Überbelag in diesen Wohnungen: Wenn zwei Drittel der Haushalte von Ausländern Einzimmer-Wohnungen betrifft - unabhängig von der Familien-größe - dann liegt darin ein alarmierender Befund. Die Konzentration von Ausländerwohnungen in kleinräumigen Vierteln mit ausgewiesener

schlechter durchschnittlicher Wohnqualität verweist auf eine 'versteckte' Segregation im städtischen Raum Graz, die bisher zu wenig beachtet wurde und deren langfristige Konsequenzen für die Wohnökologie von Graz bedacht werden sollten.

Ich wünsche der vorliegenden Studie jene Beachtung in der Öffentlichkeit und bei den wohnungspolitischen Akteuren der Stadt Graz, die sie verdient.

Peter Gasser-Steiner

EINLEITUNG

Eine Bevölkerung von städtischen Agglomerationen setzt sich aufgrund wirtschaftlicher, institutioneller und politischer Faktoren immer aus einer mehrheitlich einheimischen Bevölkerung und aus Personengruppen verschiedenster Nationalitäten und Religionszugehörigkeiten zusammen. In Graz wohnen und arbeiten Menschen aus weit über 100 verschiedenen Nationen. Machte 1981 die ausländische Bevölkerung 5% der Gesamtbevölkerung in Graz aus, so ist der Anteil der zur Zeit hier lebenden Ausländer und Ausländerinnen auf 11,07% gestiegen. Gründe dafür liegen in einem in den Jahren 1989 bis 1992 österreichweit zu verzeichnenden sprunghaften Anstieg von ausländischen Arbeitskräften, der mit einer kurzfristigen guten Konjunkturlage in diesen Jahren zusammenhängt und mit dem 1989 einsetzenden Zustrom von Menschen aus Osteuropa und dem ehemaligen Jugoslawien.

Veränderungen in einer Bevölkerungszusammensetzung werden am stärksten dort bemerkbar, wo bereits Problemfelder bestehen. Im Falle des Wohnungsmarktes treffen hier zwei Außenseitergruppen (MigrantInnen und InländerInnen schwacher Einkommensgruppen) aufeinander, denen ein bestimmtes Wohnungssegment zur Verfügung steht. Damit kann der für diese Gruppen zugängliche Wohnungsteilmarkt zu einem Konkurrenzfeld werden, in dem informeller Rassismus nicht zuletzt durch institutionellen Rassismus verstärkt wird. Um solchen Tendenzen entgegenzuwirken, ist Integration am Wohnungsmarkt für alle benachteiligten Gruppen (Zugang zu allen Segmenten sowie Bereitstellung von leistbaren Wohnungen) eine Forderung, die integrativer Bestandteil jedes wohn- und sozialpolitischen Konzeptes sein muß.

Eingliederung bestimmter Bevölkerungsgruppen ist kein Vorgang, der automatisch und zwangsläufig passiert. Erfolgreiche Eingliederungsmaßnahmen setzen detailliertes Wissen über soziale Prozesse, gerade auch im Wohnbereich, voraus. Eine zentrale Rolle für den Prozeß der Integration kommt dabei dem Zustand der Wohnqualität in einer Gemeinde zu. Damit müssen wohnpolitische und städtebauliche Überlegungen und jedes damit verbundene Handeln immer auch unter dem Aspekt der Integration gesehen werden.

Die vom Ausländerbeirat der Stadt Graz in Auftrag gegebene und hier vorliegende Studie hat zum Ziel, Basisdaten zu dieser Problematik zu liefern. Dabei geht es um eine möglichst objektive und realitätsgerechte Darstellung und Analyse der Wohnverhältnisse von AusländerInnen in Graz. Die Ergebnisse der Untersuchung sollen auf die mit der Wohnsituation verbundenen Probleme, die sich für eine soziale Außenseitergruppe, wie sie AusländerInnen darstellen, aufmerksam machen.

Gedankt sei an dieser Stelle dem Ausländerbeirat, der die Studie ermöglichte; im besonderen Herrn Shadman, der unser Ansprechpartner war. Weiters Herrn Penz, Amt für Statistik und Einwohnerwesen, der uns mit großer Bereitschaft mit den notwendigen Daten versorgte. Ein besonderer Dank gilt Herrn Dr. Gasser-Steiner, Institut für Soziologie der Universität Graz, der uns mit vielen Anregungen unterstützte.

Bedeutung der Wohnsituation aus sozial- und integrationspolitischer Sicht

Figuration von Etablierten- und Außenseitergruppen

Hintergrund unserer Analyse ist das „Etablierten-Außenseiter-Modell“ von Norbert Elias (Elias/Scotson: 1990). Er geht davon aus, daß Menschen nicht als Einzelwesen handeln, sondern ihre Handlungen dadurch bestimmt werden, daß sie durch gegenseitige Abhängigkeiten aneinander gebunden sind. Elias prägt dafür den Begriff der Figuration: Figurationen sind Beziehungsgeflechte von Menschen, die mit einer wachsenden gegenseitigen Abhängigkeit immer komplexer werden. Menschen leben in Interdependenzgeflechten, d.h. sie stehen immer in Beziehung zu einander, wobei die Interdependenzketten (gegenseitige Abhängigkeiten), die die Menschen aneinander binden, unterschiedlich lang und mehr oder weniger differenziert sein können (vgl. Elias 1970: 139 ff.). Menschliches Handeln ist damit gekennzeichnet durch seine Eingebundenheit in die Umwelt und in die Zusammenhänge der Handlungen anderer Menschen. Diese gegenseitigen Abhängigkeiten und Angewiesenheiten können vielfältiger Natur sein. Zu den grundlegendsten gehören emotionale, soziale, ökonomische sowie räumliche Interdependenzen, die komplexe Geflechte bilden. Gesellschaftliche Prozesse werden durch diese wechselseitigen Verflechtungen von Personen oder Personengruppen mitbestimmt. So charakterisieren beispielsweise Figurationen von „Etablierten und Außenseitern“ in einem System zahlreiche Beziehungen zwischen gesellschaftlichen Gruppen. Dies können Reiche versus Arme, Weiße versus Schwarze, Männer versus Frauen, InländerInnen versus AusländerInnen etc. sein. Eine etablierte Gruppe definiert sich über den Machtüberschuß (Zugang zu gesellschaftlichen Positionen und Ressourcen), den sie gegenüber einer anderen Gruppe aufrecht zu erhalten vermag. Dieser Überschuß rekrutiert sich aus „ökonomischem, sozialem und kulturellem Kapital“ (vgl. Bourdieu 1983).

Die „Etablierten“, aufgrund ihrer Macht den „Außenseitern“ überlegen, glauben, „sie seien im Hinblick auf ihre menschliche Qualität *besser als die anderen*“ (Elias/Scotson 1990: 7, Herv. im O.). Selbsteinschätzungen und Vorurteile solcherart führen nicht zuletzt zu einer resignativen Selbsteinschätzung bei AußenseiterInnen, was wiederum den Machtüberschuß der Etablierten stabilisiert. „Zusammenstöße zwischen Gruppen von Neuankömmlingen, Zuwanderern, Ausländern und Gruppen von Alteingesessenen (lassen sich) überall auf der Welt entdecken“ (Elias/Scotson 1990: 229).

In bezug auf die vorliegende Studie sind in dieser Figuration die Neuankömmlinge die AusländerInnen („Außenseiter“) und die Alteingesessenen die InländerInnen („Etablierte“). In diese Rolle gelangen beide Gruppen aber nur durch ihre gegenseitige Abhängigkeit: AusländerInnen wollen ihre Situation verbessern, InländerInnen die ihre erhalten.

Konflikte entstehen nun in Bereichen, wo sich Etablierte in ihrer Position bedroht glauben. Solche Bereiche sind primär der Arbeits- und Wohnungsmarkt.

Wie Menschen wohnen und welche Folgen sich daraus ergeben, steht immer im Zusammenhang mit der jeweiligen Figuration, die Menschen bilden. Theoretisches Gerüst für unsere Analysen ist damit die „Etablierten-Außenseiter-Figuration“ und der Mechanismus, der sich im speziellen für die von uns untersuchte Gruppe der AusländerInnen im Wohnbereich daraus ergibt.

Funktionen des Wohnens

Unabhängig von ethnischer, kultureller oder religiöser Herkunft zählt Wohnen zu den grundlegenden Bedürfnissen der Menschen. Der Wohnbereich erfüllt dabei nicht nur das Bedürfnis nach Schutz und Sicherheit, sondern ist auch Macht- und Statussymbol. Die Wohnqualität, d.h. die Art und Beschaffenheit des Wohnens hängt von den jeweiligen kulturellen, geografischen und nicht zuletzt sozialpolitischen Gegebenheiten ab, wobei unterschiedliche Maßstäbe zur Beurteilung der Wohnqualität herangezogen werden. Die Wohnsituation ist damit auch Indikator für die Position von Personen oder Gruppen. In allen Städten gibt es für die etablierten Gruppen bevorzugte Wohnviertel und Gebäudetypen sowie weniger attraktive Wohnviertel.

Ungleichgewichte im Wohnbereich lassen sich nur über eine sozial gerechte Wohnpolitik ebnen. Vielfach zeichnet sich gerade das Gegenteil ab: Aufgrund einer Liberalisierung des Wohnungsmarktes kommt es zur Verfestigung von Strukturungleichheiten. Sukzessions- und Segregationsprozesse weisen auf solche negativen Entwicklungen im Wohnbereich hin. Wohnqualität beschränkt sich demnach nicht nur auf die eigene Wohnung, sondern auch auf das Wohnumfeld. Sukzessionsprozesse sind dort festzustellen, wo es in bestimmten Wohnvierteln, aber auch in einzelnen Wohnblöcken aus verschiedenen Gründen zu einem langsam fortschreitenden Austausch zwischen Bevölkerungsgruppen kommt. Wird ein Bereich dann z.B. vorwiegend von AusländerInnen bewohnt, sinkt die Wohnqualität für InländerInnen weiter ab. Die Folge ist eine räumliche Ungleichverteilung (Segregation) von bestimmten Bevölkerungskategorien, deren Ausmaß als Dominanz einer bestimmten Bevölkerungsgruppe (z.B. AusländerInnen, StudentInnen, ArbeiterInnen etc.) wahrgenommen wird. Je nach dem Stellenwert, der einer Gruppe zugeschrieben wird, sinkt oder steigt die Wohnqualität. Prozesse der Sukzession und Segregation führen letztendlich zu Integrationshemmnissen von Randgruppen und Minderheiten, deren Folgen weit über den Bereich des Wohnens hinausgehen.

Integration als mehrdimensionaler Prozeß erfordert somit sozialpolitische Maßnahmen in allen Lebensbereichen. Der Bereich der Wohnsituation ist nur einer, der gleichrangig neben den Bereichen Arbeit, Bildung, Freizeit, Recht und Politik steht. Welche Bedeutung den Wohnverhältnissen als Lebensbereich zukommt, wird an den Funktionen, die Wohnen für den einzelnen Menschen und seine Lebenslage hat, deutlich (vgl. Eichener 1988: 27 ff.):

- Schutzfunktion: Es ist die ursprünglichste und elementare Funktion von Wohnraum - Schutz vor der Natur und vor Witterung. In zahlreichen Altbauwohnungen, v.a. in Kellerwohnungen, ist diese Funktion zum Teil nicht mehr gewährleistet, wenn aufgrund mangelhafter Bausubstanz feuchte, mit Schimmel besetzte Wände, undichte Fenster und Türen sowie unzureichende Heizmöglichkeiten zu gesundheitlichen Schäden führen können. Aber nicht nur Altbauten, sondern ebenso zu dürftigen Wohnungen umfunktionierte alte Schuppen oder Fabrikgebäude entsprechen keineswegs dieser Funktion. Untersuchungen des Gesundheitszustandes von ausländischen MitbürgerInnen könnten über solche Zusammenhänge Aufschluß geben.
- Reproduktionsfunktion: Die Wohnung als Rückzugsbereich für die physische, geistige und psychische Regenerierung hat eine enorme Bedeutung. Gerade für jenen Teil der Bevölkerung, der in hohem Maße körperlich schwere Arbeiten sowie Nachtarbeit auszuüben hat, und dazu zählen im besonderen auch ausländische BürgerInnen, ist die Möglichkeit zur Erholung umso bedeutsamer. Wie aus der Untersuchung hervorgeht, ist diese Funktion vor allem aufgrund des „Überbelages“ (zu viele Personen auf zu wenig qm) beeinträchtigt. Ebenso sind schulpflichtige Kinder davon betroffen. Dort, wo Wohn- und Schlafräum zusammenfallen, leiden Kinder besonders darunter (Fernsehen, Kommunikation, Intimsphäre, Rauch etc.)
- Gemeinschaftsfunktion: Gemeinschaft ist eine auf enge Verbundenheit abzielende und auf affektiver Nähe der Mitglieder beruhende Form des Zusammenlebens. Wohnungsfläche und Grundrißgestaltung bilden somit den materiellen Rahmen, der Kontakt und Kommunikation, Rückzug des/der einzelnen wie auch Anlaß zu Konflikten und deren Austragung bietet bzw. vorenthält. Migration an sich ist schon eine Situation, die zu psychischen Störungen und psychosomatischen Erkrankungen führen kann (siehe z.B. Tätigkeitsberichte der OMEGA Gesundheitsstelle Graz oder Jahresberichte von ZEBRA). Der Ursachenkomplex ist dabei ein vielfältiger und sehr komplexer, wobei auch den Wohnverhältnissen eine nicht zu unterschätzende Rolle bei der Entwicklung psychischer Störungen zukommt.
- Sozialisationsfunktion: Neben einer Vielzahl von Indikatoren wie Einkommen, Besitz etc. spielt auch die Wohnsituation eine gewichtige Rolle im Sozialisationsprozeß. Die unmittelbare soziale Umgebung (Familie, Verwandtschaft, Gleichaltrigengruppe, Freundeskreis etc.) ist nicht nur für die Sozialisation der Kinder von Bedeutung, sondern prägt auch gleichzeitig Einstellungen und Verhaltensweisen der übrigen Familienmitglieder (Erwachsenensozialisation). In bezug auf ausländische Familien heißt das, daß die soziale und ethnische Zusammensetzung der Nachbarschaft entscheidend für den Kontakt zwischen den Bevölkerungsgruppen und das wechselseitige Kennenlernen ist und konflikthafte Entwicklungen entweder gemindert oder verstärkt werden können.
Entgegen der landläufigen Meinung, daß AusländerInnen unter sich sein wollen, zeigt die Untersuchung deutlich den Wunsch nach einer Wohnumgebung, die von ÖsterreicherInnen dominiert ist, vor allem bei Familien mit Kindern ist dieser Wunsch stark ausgeprägt.

- Bildungsfunktion: Ein nicht unbeträchtlicher Teil von schulischer Bildung und Weiterbildung findet in der Wohnung statt. Es ist unbestreitbar, daß schulpflichtige Kinder einen Platz brauchen, an dem sie ungestört ihre Hausaufgaben erledigen können. Daß dies bei ausländischen Familien nur in wenigen einzelnen Fällen der Fall ist, zeigt die Untersuchung. Nicht nur der fehlende Schreibtisch und die nicht vorhandene Ruhe (Geschwister, Fernsehapparat, Kommunikation unter Erwachsenen), sondern auch der Mangel an Schlaf aufgrund der Wohnverhältnisse (Wohn- und Schlafräum in einem) erschwert den Kindern, ihren Alltag zu meistern. Dazu kommt noch, daß im besonderen ausländische Kinder insofern benachteiligt sind, als daß es ihnen nicht möglich ist, SchulfreundInnen mit nach Hause zu nehmen, was den Prozeß des gegenseitigen Kennen- und Verstehens erleichtern würde.
- Zuordnungsfunktion: Die Lage einer Wohnung kann als Merkmal gelten, über das der soziale Status ihrer BewohnerInnen definiert wird. Das nach außen hin Sichtbare, also die augenfällig schlechten Wohnverhältnisse, wird zum Identifikationsträger für die Menschen, die in diesen Wohnungen leben: „Hinter verwahrlosten Fassaden vermutet man verwahrloste, schmutzige Menschen“ (Vaskovics 1980:21 in Eichener 1988: 29). Die Konzentration der ausländischen Bevölkerung auf bestimmte Stadtgebiete ist z.B. Ursache für einen erhöhten Anteil an ausländischen Kindern in bestimmten Schulen und Kindergärten. Die dadurch ausgelösten Prozesse wie Abwanderung österreichischer Familien führen im schlimmsten Fall zu Ghettos. Die damit verstärkte Sichtbarkeit von Minderheiten führt letztendlich auch zu deren Diskriminierung. Eine gleichmäßige räumliche Verteilung der Wohnstandorte ist somit auch im Hinblick auf Probleme im Bildungsbe- reich vonnöten.
- Identifikationsfunktion: Wohnung und Wohngegend haben für ihre BewohnerInnen einen Eigenwert durch symbolische Identifikation als „Heim“ und „Heimat“ (vgl. Eichener 1988: 30). Eine Identifikation mit einer schlechten Wohnung ist kaum möglich - und wenn, dann als Angehörige/r einer benachteiligten Schicht. Es kann nicht erwartet werden, daß Familien, die eine bereits verwahrloste Wohnung beziehen, große Investitionen vornehmen. Wie aber bei den zahlreichen Interviews, die in den Wohnungen geführt wurden, sichtbar wurde, hat ein überwiegender Teil ausländischer Familien die Wohnungen auf eigene Kosten saniert und sich so ihr „Heim“ geschaffen. Der Großteil der Sanierungsarbeiten wurde im Bereich der sanitären Ausstattung vorgenommen. Eine Kostenbeteiligung von den VermieterInnen gab es in nur sehr wenigen Fällen, ebenso wenig eine Ablöse bei Auszug. Das Problem der Identifikation mit dem Einwanderungsland bleibt aber trotzdem bzw. die Integration wird erschwert, da in segregierten Wohnbereichen eher traditionelle ethnische Bindungen stabilisiert werden.

Sukzession/Segregation

Ziel der vorliegenden Studie ist es zwar nicht, Sukzessions- und Segregationsprozesse zu untersuchen, allerdings werden unsere Untersuchungsergebnisse vor dem Hintergrund dieser Prozesse verständlicher. Daher erscheint es uns wichtig, an dieser Stelle beide Begriffe näher zu erläutern.

In bestimmten Stadtteilen oder Bezirken kann es im Zuge von Sukzessionsprozessen zu Konzentrationen von bestimmten Bevölkerungsgruppen kommen (vgl. Eichener 1988:148 ff.). Liegt eine ungleiche räumliche Verteilung einzelner Bevölkerungsgruppen z.B: aufgrund ihres sozioökonomischen Status oder aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit vor, so spricht man von Segregation. Segregation ist somit ein Ergebnis sozialer Ungleichheit, d.h. ungleicher Chancen und Präferenzen einzelner Bevölkerungsgruppen. Kernpunkt der Segregationsforschung ist die Untersuchung der Zusammenhänge zwischen räumlicher und sozialer Ungleichheit und ihrer Folgen (vgl. Friedrichs 1995: 79 und 1977: 216 ff.).

Wie kommt es nun zu Sukzessionsprozessen? Wohnungen werden wegen sinkender Wohnqualität oder auch wegen sich steigernder Ansprüche bzw. höherer Einkommen verlassen. Aufgrund der qualitativen Minderwertigkeit der Wohnungen und der damit geringen Nachfrage von InländerInnen werden solche Wohnungen AusländerInnen angeboten, um zumindest die laufenden Kosten abzudecken. In manchen Fällen werden die Erträge sogar noch gesteigert, bedingt durch eine Überschußnachfrage von MigrantInnen. Dieser Prozeß wird häufig ergänzt durch den Zuzug von ausländischen Familien in Wohnungen, die durch „normalen“ Abgang frei werden. AusländerInnen werden von den etablierten BewohnerInnen oft als „Außenseiter“ mit einem anderen Wohnverhalten und anderem Status identifiziert. Eine mögliche Folge ist der allmähliche Fortzug von inländischen Familien in eine andere Wohngegend. Zum Verlassen eines Wohngebietes kommt es aber erst dann, wenn die Motivation zum Umzug bereits vorhanden ist. Man glaubt, durch AusländerInnen so stark benachteiligt zu werden, daß ein Umzug damit gerechtfertigt wird. Diese Situation entsteht dann, wenn die durch unterschiedliche Verhaltenstraditionen hervorgerufenen Konflikte von der Individualebene auf das Gruppenniveau transferiert werden. Die sich entwickelnde räumliche Ungleichverteilung geht mit einer Marginalisierung ganzer Bevölkerungsgruppen einher, und latent vorhandenes Konfliktpotential kann so zu Diskriminierungen von Außenseitergruppen führen. „Die räumliche Konzentration einer Bevölkerungsgruppe führt zu einer erhöhten Sichtbarkeit (visibility) der Gruppe, diese zu einer Zunahme der sozialen Distanz seitens der anderen Bevölkerungsgruppen“ (Friedrichs 1980: 241).

Graz ist zwar von diesen Prozessen noch kaum betroffen, da die räumliche und soziale Bevölkerungszusammensetzung im wesentlichen gut durchmischt ist. In einzelnen Wohnvierteln allerdings sind Veränderungen bemerkbar, die auf Sukzessions- bzw. Segregationsprozesse hinweisen.

Grazer Wohnbevölkerung

Tabelle 1

Nationalität	Anzahl der Wohnbevölkerung (in fallender Rangreihe)
Österreich	213.419
Jugoslawien (hist. bis 92)	4.741
Bosnien-Herzegowina	3.736
Kroatien	2.965
Türkei	2.274
Deutschland	1.872
Rumänien	1.229
Slowenien	1.103
Ägypten	1.024
Ungarn	526
USA	509
Iran	491
Ghana	406
Nigeria	363
Italien	344
Polen	325
China (hist.)	298
Bulgarien	283
Mazedonien (ehem.jug.Rep.)	243
Liberia	210
Großbritannien	192
Schweiz	179
Tschechoslowakei(hist. bis 92)	174
Dominikanische Republik	158
Griechenland	154
Irak	142
Frankreich	131
Albanien	105
Indien	99
Sowjetunion (hist. bis 91)	94
Tunesien	83
Kanada	79
Volksrep. China	77
Korea, Rep. Süd	77
Spanien	77
Australien	74
Thailand	73
Slowakei	70
Finnland	63
Niederlande	63
Sudan	58
Japan	50
Tschechische Rep.	50
Andere Nationen (Nationen unter 50 Personen)	1.307
Gesamtbevölkerung	239.990

Quelle: Amt für Statistik und Einwohnerwesen des Magistrates Graz (Stand: Jänner 1998)

Insgesamt leben in Graz 26.571 AusländerInnen, das entspricht einem Anteil von 11,07% der gesamten Grazer Wohnbevölkerung.

Tabelle 2

Nationalität	Wohnbevölkerung
ÖsterreicherInnen	213.419 (88,93%)
AusländerInnen	26.571 (11,07%)
gesamt	239.990 (100%)

Quelle: Amt für Statistik und Einwohnerwesen des Magistrates Graz (Stand: Jänner 1998)

Entwicklung der ausländischen Wohnbevölkerung in Graz

Wie aus der Tabelle 3 hervorgeht, ist der Anteil der ausländischen Bevölkerung von 1991 bis 1997 um 5,9% gestiegen. Der Grund für diesen sprunghaften Anstieg liegt einerseits in dem seit 1989 nach Österreich einsetzenden Zustrom von Menschen aufgrund des Arbeitskräftebedarfs der österreichischen Wirtschaft sowie in der Öffnung der Ostgrenzen und der Situation im ehemaligen Jugoslawien.

Tabelle 3

Ausländische Bevölkerung	1971	1981	1991	März 97	Jänner 98
absolut	7.901	7.381	11.894	26.276	26.571
in %	3,2%	3,0%	5,0%	10,9%	11,07%

Quelle: Amt für Statistik und Einwohnerwesen des Magistrates Graz (Stand: Jänner 1998); Daten aus den Jahren vor 1971 wurden nicht gesondert erhoben

Grazer Bezirke und AusländerInnenanteil

Wie aus Tabelle 4 ersichtlich, ist der höchste Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung in den Bezirken Gries, Lend und Puntigam zu verzeichnen (16% und darüber), wobei die Bezirke Gries und Lend zu den wohnungsreichsten (um 11.000 Wohnungen) und Puntigam mit etwas über 2.000 Wohnungen zu den wohnungsarmen Bezirken zählen.

Jakomini mit ebenfalls um die 11.000 Wohnungen liegt mit seinem AusländerInnenanteil (11,3%) unter den beiden wohnungsreichen Bezirken Gries und Lend.

Eggenberg und St. Leonhard haben jeweils an die 7.000 Wohnungen und weisen einen Anteil von jeweils 11,4% ausländischer Bevölkerung auf.

Der Bezirk Innere Stadt ist mit knapp unter 2.000 Wohnungen der wohnungsärmste und verzeichnet den vierthöchsten Anteil an MigrantInnen (11,5%).

Tabelle 4

Bezirke*	AusländerInnenanteil in den Bezirken	
	absolute Häufigkeiten	relative Häufigkeiten (Rangreihe fallend)
Gries	4 747	19,5%
Lend	3 989	16,2%
Puntigam	1 020	16,0%
Innere Stadt	467	11,5%
Eggenberg	1 982	11,4%
St. Leonhard	1 598	11,4%
Jakomini	3 187	11,3%
Gösting	1 046	10,8%
Geidorf	2 111	10,0%
Maria Trost	652	8,3%
Straßgang	1 047	8,2%
Liebenau	874	7,4%
Ries	421	7,3%
St. Peter	879	7,1%
Andritz	1 063	6,7%
Waltendorf	754	6,6%
Wetzelsdorf	734	6,0%
gesamt	26 571	11,07%

Quelle: Amt für Statistik u. Einwohnerwesen des Magistrates Graz (Stand: Jänner 1998)

*Bezirke, aus denen die Stichprobe gezogen wurde, in der Tabelle schattiert

METHODEN

Datenerhebung

Arbeitshypothesen

Aus den im vorigen Kapitel dargestellten Überlegungen ergaben sich für uns vier Arbeitshypothesen. Diese waren auch Grundlage für die Erstellung des Fragebogens.

- Aufgrund ihrer Rolle als AußenseiterInnen und der damit verbundenen ungleichen Machtverhältnisse sind MigrantInnen im Wohnbereich stark benachteiligt. Dazu tragen auch ihre begrenzten finanziellen Möglichkeiten aufgrund des sozioökonomischen Status bei.

- Die ausländische Bevölkerung wohnt in schlechter ausgestatteten und teureren Wohnungen als die inländische Bevölkerung. Die schlechte Wohnqualität ergibt sich vor allem aus dem Faktor „Überbelag“ (zu viele Personen auf zu wenig qm).
- Je länger AusländerInnen in Graz leben, desto eher wohnen sie in Wohnungen besserer Kategorien. Diese Annahme beruht auf der Überlegung, daß die Dauer des Aufenthaltes mit einer Integration auf dem Arbeitsmarkt korreliert und damit eine Verbesserung der sozioökonomischen Situation verbunden ist.
- Aufgrund von Restriktionen am öffentlichen Wohnungsmarkt sind MigrantInnen auf den privaten Wohnungsmarkt angewiesen. Knappheit an Billigwohnungen sowie informeller Rassismus führen auch hier zu starken Benachteiligungen.

Stichprobe

Ein Problem, das sich uns zuallererst gestellt hat, war der Begriff „Ausländer“. AusländerInnen als auch InländerInnen werden in Österreich über ihre Staatsbürgerschaft definiert. Demnach müßten AusländerInnen eine homogene Gruppe darstellen. Daß das nicht so ist, zeigt sich in Begriffen wie „Drittstaatangehörige“ oder „Drittausländer“: Personen, die weder Staatsangehörige unseres Landes sind noch einem anderen EU- bzw. EWR-Staat angehören. Mit dieser Definition werden Menschen in solche, die dazugehören und in solche, die nicht dazugehören, eingeteilt - eine Konstruktion, die im Ein- bzw. Ausgrenzen von Menschen ihren Sinn findet und sich in alle Bereiche fortsetzt, so auch bis in den Wohnbereich.

Vergegenwärtigt man sich die „Etablierten-Außenseiter-Figuration“, so finden sich auch in der Gruppe der AusländerInnen „Etablierte“ und „Außenseiter“. Bestimmte Gruppen oder Einzelpersonen werden aufgrund deskriptiver Merkmale wie Hautfarbe, Kleidung, Sprache, Verhaltensstandards oder ihrer ökonomischen Situation stigmatisiert und so vom Zugang zur etablierten Gruppe als auch vom Zugang zu den von Etablierten monopolisierten Ressourcen (wie Wohnung, Arbeit, Bildung, Recht) ausgeschlossen. Dies passiert einerseits auf institutioneller Ebene und andererseits durch das, was man „Alltagsrassismus“ nennt. Durch diese soziale Konstruktion von „Ausländern“ wird letztendlich die ungleiche Machtbalance zwischen gesellschaftlichen Gruppen aufrecht erhalten.

Im Hinblick auf diese Dichotomisierung sowohl von „Inländer“ und „Ausländer“ als auch von „Ausländer“ und „Drittstaatangehörige“ trifft die Außenseiterposition nur auf bestimmte Gruppen von MigrantInnen zu.

Aufgrund dieser Überlegungen und der Fragestellung in unserer Untersuchung haben wir alle aus dem EU- und EWR-Bereich kommenden Personen sowie auch StaatsbürgerInnen aus den USA, Kanada, Japan und Australien nicht in die Untersuchung miteinbezogen.

Damit fallen 4.395 AusländerInnen (3.251 Personen aus dem EU- und EWR-Raum, 1.144 Personen aus USA, Kanada, Japan, Australien) aus der Grundgesamtheit der ausländischen Wohnbevölkerung in Graz heraus. Für die Gesamtpopulation ergibt sich somit eine Zahl von 22.176 ausländischen Personen wie Tabelle 5 zeigt.

Tabelle 5

Nationalität	Anzahl (in fallender Rangreihe)
Jugoslawien (hist. bis 92)	4.741 (21,4%)
Bosnien-Herzegowina	3.736 (16,9%)
Kroatien	2.965 (13,4%)
Türkei	2.274 (10,3%)
Rumänien	1.229 (5,6%)
Slowenien	1.103 (5,0%)
Ägypten	1.024 (4,6%)
Ungarn	526 (2,4%)
Iran	491 (2,2%)
Ghana	406 (1,8%)
Nigeria	363 (1,6%)
Polen	325 (1,5%)
China (hist.)	298 (1,3%)
Bulgarien	283 (1,3%)
Mazedonien (ehem.jug.Rep.)	243 (1,1%)
Liberia	210 (0,9%)
Tschechoslowakei(hist.bis 92)	174 (0,8%)
Dominikanische Rep.	158 (0,7%)
Irak	142 (0,6%)
Albanien	105 (0,5%)
Indien	99 (0,4%)
Sowjetunion (hist. bis 91)	94 (0,4%)
Tunesien	83 (0,4%)
Volksrep. China	77 (0,3%)
Korea, Rep., Süd	77 (0,3%)
Thailand	73 (0,3%)
Slowakei	70 (0,3%)
Sudan	58 (0,3%)
Tschechische Rep.	50 (0,2%)
Andere Nationen	699 (3,2%)
AusländerInnen gesamt	22.176 (100%)

Quelle: Amt für Statistik und Einwohnerwesen des Magistrates Graz (Stand: Jänner 1998)

Aus der Grundgesamtheit von 22.176 ausländischen Personen bzw. allen Haushalten, die von diesen Personen bewohnt werden, erfolgte eine kriterienbezogene und zufallsgeleitete Ziehung der Stichprobe. Als erstes wurden aus 17 Primäreinheiten (17 Grazer Stadtbezirke) 8 Bezirke aufgrund ihres hohen AusländerInnenanteils (über 10%) gezielt ausgewählt. Für den nächsten Schritt bedienten wir uns des von Gasser-Steiner entwickelten Punktesystems, das Aussagen über den durchschnittlichen Wohnungsstandard (Ausstattungskategorie, Überbelag und Lage der Wohnung) in den Zählsprengeln zulässt (vgl. Gasser-Steiner 1997). Für unsere Stichprobe haben wir Sprengel mit einer Punkteanzahl für die drei mittleren Kategorien gewählt (Sprengel mit Wohnungen mit den besten und den schlechtesten Wohnungsstandards haben wir im Hinblick auf eine mögliche Verzerrung ausgeschlossen). Aus jedem Bezirk wurden nun drei Sprengel mit unterschiedlichen Punktwerten gezogen. Der letzte Schritt war die Auswahl der Zielpersonen (Adresse der Haushalte), die zufällig über Türschilder erfolgte. Auf diese Weise erreichten wir in

den ausgewählten Sprengeln die ausländischen Haushalte über Namensschilder (ausländisch klingende Namen) oder durch Nachfragen bei Hausmeistereien. Dabei gingen wir so vor, daß wir jeden zum Sprengel gehörigen Straßenzug nach ausländischen Haushalten absuchten. Befanden sich in einem Haus mehrere oder ausschließlich ausländische Haushalte, so gelangte nur ein Haushalt in die Untersuchung.

Quantitativ stammt die Gruppe, aus der der höchste Anteil der Befragten kommt, aus dem ehemaligen Jugoslawien (67,1%). Die zweitgrößte Gruppe sind die TürkInnen mit 15,9%. Dabei macht die Gruppe der türkischen KurdInnen in unserer Stichprobe den größeren Teil aus (KurdInnen: 72,7 %, TürkInnen: 27,3 %). An dritter Stelle finden sich AfrikanerInnen mit einem Anteil von 12,4%. Personen aus Rumänien haben einen Anteil von 4,6%.

Zur Überprüfung der Repräsentativität haben wir aus den in unsere Stichprobe eingegangenen in Graz vertretenen Nationen vier Gruppen gebildet (Haushalte mit Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien, aus der Türkei, aus Afrika und Rumänien). Im Vergleich mit den uns vom Einwohneramt zur Verfügung gestellten Daten der gesamten Grazer Bevölkerung kann auf die Repräsentativität unserer Stichprobe geschlossen werden, da die Konfidenzintervalle der Anteilswerte dieser vier gebildeten Gruppen die entsprechenden Populationswerte umschließen. Die Gruppe der Personen „Sonstige Nationen“ sind aufgrund ihrer geringen Anzahl in Tabelle 6 nicht berücksichtigt.

Tabelle 6

Nationalität	Ausländische Personen				Konfidenzintervall CI 99%
	AusländerInnen gesamt absolut	AusländerInnen gesamt in%	Stichprobe AusländerInnen absolut	Stichprobe AusländerInnen in %	
Ex-Jugosl.	12.788	68,0%	364	67,1%	± 5,2%
Türkei	2.274	12,1%	86	15,9%	± 4,0%
Afrika	2.506	13,4%	67	12,4%	± 3,7%
Rumänien	1.229	6,5%	25	4,6%	± 2,3%
Gesamt	18.797	100%	542	100%	

Quelle: Amt für Statistik und Einwohnerwesen des Magistrates Graz (Stand: Jänner 1998) und eigene Berechnung (alle folgenden Tabellen ohne Quellenangabe sind eigene Berechnungen)

Fragebogen/Interview

Die Datenerhebung erfolgte mittels eines standardisierten Fragebogens. Die Analyse der auf diese Weise generierten Daten erfolgte deskriptiv und bivariat. (Kreuztabelleanalysen mit Berechnung der Maßzahlen für statistische Signifikanz und Stärke des Zusammenhangs zwischen Zielvariablen und den jeweiligen Einflußgrößen). Des weiteren wurden qualitative Daten nach angefertigten Gedächtnisprotokollen in die Studie miteinbezogen.

Der Fragebogen setzt sich aus 14 Fragebatterien zusammen, wobei die Blöcke zu den Bereichen Wohnraum, Rechtsform der Wohnung, Haushaltsform, Wohnungskosten und Wohnungszufriedenheit von besonderer Bedeutung für die Beantwortung der Forschungsfragen waren. Insgesamt enthält der Fragebogen offene und geschlossene Fragen, wobei die Anzahl der letzteren überwiegt. Die Zahl der Items variiert je nach Fragestellung. Der Fragebogen wurde in 8 Pretests erprobt und in der Folge nochmals abgeändert.

Die Interviews bestanden nicht im „Abfragen“, sondern die Beantwortung der Fragen erfolgte im Rahmen eines Gespräches, wobei der Fragebogen von den Interviewerinnen ausgefüllt wurde. Der zeitliche Ablauf des Interviews betrug so durchschnittlich eine Stunde. Verständnisschwierigkeiten gab es nur in wenigen Fällen, einige der Interviews wurden in englischer Sprache geführt. Die besseren Sprachkenntnisse hatten durchwegs die Männer, manchmal bedienten wir uns auch der Übersetzerhilfe der Kinder.

Die Bereitwilligkeit, ein Interview zu geben, war erstaunlich groß. Neben der Beantwortung der Fragen entwickelten sich oft Gespräche über die Lebenssituation in Österreich, die als qualitative Daten in die Ergebnisse der Untersuchung miteinbezogen wurden.

Die Interviews wurden im Zeitraum Dezember 1997 bis Februar 1998 durchgeführt, zum Großteil an den Wochenenden, da hier die Leute am leichtesten erreichbar waren.

Insgesamt wurden Interviews mit Personen in 184 Wohnungen durchgeführt. Die damit erfaßte Personenanzahl beträgt 594.

Insgesamt gibt es in Graz 105.463 Haushalte, davon sind laut der im Jahr 1991 durchgeführten Volks- und Haushaltszählung 103.421 bewohnbare Wohnungen. Der Anteil an ausländischen Haushalten wurde dabei nicht erhoben.

Quantitativ leben laut Amt für Statistik und Einwohnerwesen (Jänner 1998) mehr männliche als weibliche ausländische StaatsbürgerInnen in Graz (weiblich: 13.659; männlich: 19.815).

Das Alter und Geschlecht der interviewten Personen stellt sich folgendermaßen dar:

Tabelle 7

Alter	Anzahl der interviewten Personen absolut und in %	Geschlecht weiblich n=39	Geschlecht männlich n=145
20-30 Jahre	57 (31,0%)	6,0%	25,0%
31-40 Jahre	78 (42,4%)	7,1%	35,3%
41-50 Jahre	36 (19,5)	5,4%	14,1%
51-60 Jahre	9 (4,9)	2,2%	2,7%
über 60 Jahre	4 (2,2)	0,6%	1,6%
Gesamt	184 (100%)	100% (N=184)	

ERGEBNISSE DER EMPIRISCHEN UNTERSUCHUNG

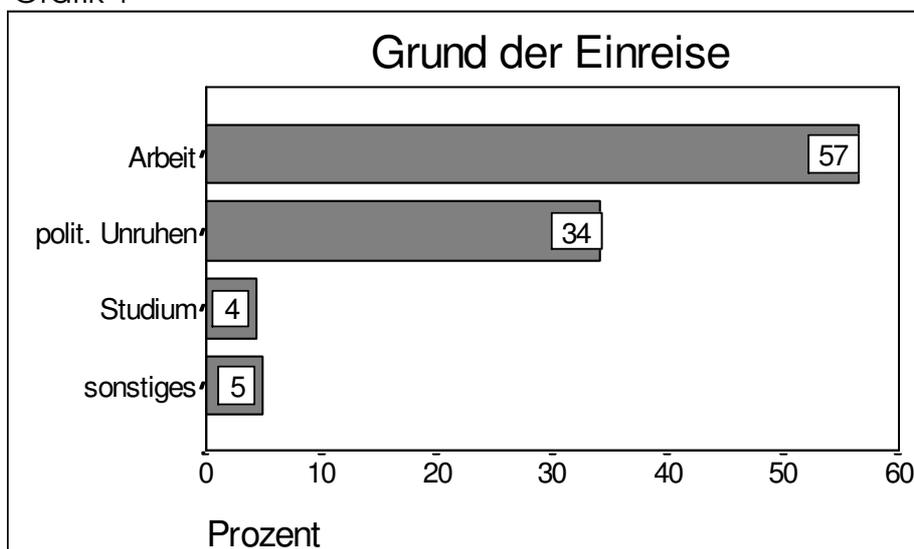
Rechts-, Familien- und Wohnsituation

Grund der Einreise

Wie Grafik 1 veranschaulicht, gaben 57% (95% CI: $\pm 7,1\%$) der befragten ausländischen MigrantInnen an, daß sie aufgrund der wirtschaftlichen Situation ihr Heimatland verlassen haben und nach Österreich gekommen sind. Für 34% (95% CI: $\pm 6,8\%$) waren politische Verfolgung und Krieg der Grund für die Migration.

Das Studium war für 4% (95% CI: $\pm 2,8\%$) der MigrantInnen - vorwiegend aus den Ländern Iran und Ägypten - der Grund nach Österreich bzw. nach Graz zu kommen.

Grafik 1



Aufenthaltsdauer

Unsere Hypothese, daß AusländerInnen, je länger sie in Graz leben, umso eher in Wohnungen mit besserer Ausstattungskategorie wohnen, kann nicht bestätigt werden. Die Aufenthaltsdauer hat also keinen Einfluß auf eine bessere Wohnung.

Die Vermutung, daß AusländerInnen, die mehr als 5 Jahre in Graz leben, vermehrt in Geschösbauten mit ÖsterreicherInnen wohnen, trifft ebensowenig zu.

Ein sehr signifikanter Zusammenhang besteht zwischen Aufenthaltsdauer und Arbeit. Personen, die bereits mehr als 5 Jahre in Graz leben, haben mehrheitlich einen Befreiungsschein, d.h. daß sie zur Ausübung einer Beschäftigung im gesamten Bundesgebiet berechtigt sind.

Tabelle 8

Aufenthaltsdauer	interviewte Personen
unter 1 Jahr	4 (2,2%)
1 bis unter 3 Jahre	8 (4,3%)
3 bis unter 5 Jahre	27 (14,7%)
5 bis unter 7 Jahre	64 (34,8%)
7 bis unter 10 Jahre	52 (28,3%)
über 10 Jahre	29 (15,7%)
gesamt	184 (100,0%)

Rechtsstatus

Der Rechtsstatus wurde erhoben, um den Zusammenhang zwischen Status und Zugang zum Wohnungsmarkt zu überprüfen. Zudem hat der Rechtsstatus auch einen wesentlichen Einfluß auf die Beschäftigungsmöglichkeit. Arbeitsplätze haben, als Ort für Kontakt- und Kommunikationsmöglichkeit, vor allem dort, wo In- und AusländerInnen zusammenarbeiten, eine wesentliche Integrationsfunktion.

In bezug auf den Rechtsstatus ergab die Untersuchung folgende Aufteilung:

Tabelle 9

Rechtsstatus		Interviewte Personen
Asyl	Bosnische de-facto-Flüchtlinge	3,8 %
Niederlassungsbewilligung mit Ausnahme von Erwerbstätigkeit		8,7 %
Niederlassungsbewilligung für jeden Zweck	Beschäftigungsbewilligung	1,6 %
	Arbeitserlaubnis	24,5 %
	Befreiungsschein	61,4 %
Gesamt		100 % (N=184)

Asyl

Konventionsflüchtling

Alle nach dem AsylG anerkannten Flüchtlinge haben das Recht zum Aufenthalt im Bundesgebiet, das Recht auf Ausstellung eines Konventionsreisedokumentes, freien Zugang zum Arbeitsmarkt, Inanspruchnahme von Sozialhilfeleistungen etc. Damit sind sie InländerInnen weitgehend gleichgestellt.

Bosnische de-facto-Flüchtlinge

Staatsangehörige von Bosnien-Herzegowina, deren EhegattInnen und minderjährige Kinder, die ihre Heimat aufgrund der bewaffneten Konflikte verlassen mußten und vor dem 1.7.1993 einreisten, bekamen ein befristetes Aufenthaltsrecht.

Weitgehend wurde diesen De-facto-Flüchtlingen der Zugang zum Arbeitsmarkt gewährt (Beschäftigungsbewilligung).

Niederlassungsbewilligung

Alle AusländerInnen (ausgenommen EWR- bzw. EU-BürgerInnen), die derzeit in Österreich leben und arbeiten, benötigen eine Niederlassungsbewilligung. Der Erstantrag wird vom Ausland aus eingebracht. Für eine unbefristete Niederlassungsbewilligung sind fünf Jahre ununterbrochener Aufenthalt in Österreich sowie ein regelmäßiges Einkommen aus legaler Erwerbstätigkeit und eine auf Dauer gesicherte ortsübliche Unterkunft notwendig.

Niederlassungsbewilligung mit Ausnahme von Erwerbstätigkeit

Im Rahmen der Familienzusammenführung gibt es für die Ersterteilung von Niederlassungsbewilligungen eine jährliche Quote. Ist der oder die in Österreich lebende Verwandte erwerbstätig, so dürfen nachkommende Personen erst nach acht Jahren Aufenthalt in Österreich arbeiten.

Niederlassungsbewilligung für jeden Aufenthaltswitz/Formen von Arbeitsbewilligungen

Beschäftigungsbewilligung:

Diese Bewilligung gilt nur für einen bestimmten Arbeitsplatz und eine bestimmte Tätigkeit in einem bestimmten Betrieb. Die Beschäftigungsbewilligung kann ausschließlich vom Arbeitgeber beim Arbeitsmarktservice beantragt werden und ist für maximal ein Jahr gültig.

Arbeitserlaubnis:

Die Arbeitserlaubnis ist für zwei Jahre gültig und kann verlängert werden, wenn der/die ArbeitnehmerIn in den letzten 14 Monaten 52 Wochen legal beschäftigt war. Sie gestattet die Aufnahme einer Beschäftigung ausschließlich in dem Bundesland, in dem sie erteilt wurde.

Befreiungsschein:

Dieser Schein ist für fünf Jahre gültig und berechtigt AusländerInnen zum Ausüben einer Beschäftigung im gesamten Bundesgebiet. Der Befreiungsschein bringt somit eine Gleichstellung am Arbeitsmarkt mit InländerInnen. Voraussetzung ist eine in den letzten acht Jahren 60-monatige Beschäftigung (vgl. Hetfleisich u.a. 1995: 38 ff.).

Sonderbestimmungen gibt es seit 1.1.1998 für türkische Staatsangehörige. Diese haben bereits nach vier Jahren legaler Beschäftigung das Recht auf Ausstellung eines Befreiungsscheines (vgl. Broschüre des Ausländerbeirates Graz 1998: 11f.).

Unsere Berechnungen ergaben, daß zwischen dem Rechtsstatus der in Graz lebenden ausländischen Bevölkerung und der Wohnsituation kein Zusammenhang besteht. Ebenso wenig führt eine längere Aufenthaltsdauer und eine oft damit ein-

hergehende Besserstellung am Arbeitsmarkt zu einer besseren Wohnsituation der Betroffenen. D.h. der Zugang zu bestimmten Wohnsegmenten bleibt damit AusländerInnen generell verwehrt. Eine Ausnahme bildet hier nur die Gruppe der Konventionsflüchtlinge und deren Familien, denen der Zugang zu Gemeindewohnungen aufgrund ihres Status offen ist.

Beschäftigung

Aus unserer Untersuchung geht hervor, daß AusländerInnen vor allem in Berufen mit manueller Tätigkeit unselbständig beschäftigt sind. Der Anteil der als HilfsarbeiterInnen beschäftigten AusländerInnen in Graz beträgt 56%, der der FacharbeiterInnen 37%. Die meisten der in Graz beschäftigten AusländerInnen sind unter ihrem Qualifikationsniveau beschäftigt (vgl. Tabelle 10). Vor allem AusländerInnen mit hohem Ausbildungsniveau sind signifikant oft auf Arbeitsplätzen unter ihrem Ausbildungsniveau beschäftigt. AusländerInnen mit abgeschlossenem Studium sind zu 53,3% als HilfsarbeiterInnen und zu 6,7% als FacharbeiterInnen unselbständig beschäftigt. 13,3% der ausländischen UniversitätsabsolventInnen arbeiten in Berufsfeldern, die lediglich Maturaniveau voraussetzen. AusländerInnen mit dem Bildungsniveau einer Matura sind zu 48,4% als HilfsarbeiterInnen und 32,3% als FacharbeiterInnen beschäftigt; lediglich 19,3% sind in Dienstverhältnissen, die ihrer Ausbildung entsprechen. Von den ausgebildeten FacharbeiterInnen ist ca. die Hälfte (55,1%) berufsadäquat beschäftigt, 44,9% der FacharbeiterInnen arbeiten als HilfsarbeiterInnen.

Was letztendlich die Gründe dafür sind und wieweit gesetzliche Regelungen, Angebot am Arbeitsmarkt und Rassismus zusammenspielen, kann hier nicht beantwortet werden.

Tabelle 10

Tätigkeit in Österreich	Tätigkeit im Heimatland				
	in Ausbildung	als ArbeiterIn	als FacharbeiterIn	als Angestellte/r mit Matura	als AkademikerIn
als ArbeiterIn (Putzfirma,...)	40,0%	97,1%	44,9%	48,4%	53,3%
als FacharbeiterIn (Handwerk)	60,0%	2,9%	55,1%	32,3%	6,7%
als Angest. mit Matura	-	-	-	19,3%	13,3%
als AkademikerIn	-	-	-	-	26,7%
gesamt	100% (n= 5)	100% (n=35)	100% (n=98)	100% (n=31)	100% (n=15)

1997 hatten im Jahresdurchschnitt in der Steiermark 17.024 „bewilligungspflichtig beschäftigte AusländerInnen“ ein Dienstverhältnis (entspricht 6,88% vom Bundesdurchschnitt).

Tabelle 11

Nation	Beschäftigte AusländerInnen in der Steiermark*		
	Männer	Frauen	Gesamt
Ehem. Jugoslawien	8.769	2.828	11.597 (68,1%)
Rumänien	1.359	454	1.813 (10,6%)
Türkei	919	115	1.034 (6,1%)
Ägypten	175	4	179 (1,1%)
Andere Nationen	1.773	628	2.401 (14,1%)
Gesamt	12.995	4.029	17.024 (100%)

Quelle: Arbeitsmarktservice, Landesgeschäftsstelle Steiermark (Jahresdurchschnitt 1997)

*Leider konnte uns das Arbeitsmarktservice nur Daten für die gesamte Steiermark zur Verfügung stellen. Eine genaue Aufschlüsselung, wie viele von den in Graz wohnenden ArbeitnehmerInnen ihre Beschäftigung in Graz bzw. außerhalb von Graz haben, ist nicht vorhanden.

Von den 17.024 „bewilligungspflichtig beschäftigten AusländerInnen“ arbeiteten 44,77% (7.622) in Graz; davon 75% Männer (5.718) und 25% Frauen (1.904).

Eine nach Nationen differenzierte Verteilung am Arbeitsmarkt ist lediglich für das Bundesland möglich. Wie Tabelle 11 verdeutlicht, haben unter den unselbständig beschäftigten AusländerInnen in der Steiermark Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien mit 68,1% den größten Anteil.

Aus unseren Interviews geht hervor, daß ein Großteil der Befragten außerhalb von Graz arbeitet.

„Ich habe einen guten Beruf, aber es ist schwer, damit in Graz eine Arbeit zu finden. In Leibnitz arbeite ich jetzt schon 4 Jahre. Ich fahre jeden Tag von Graz hinunter. Es geht schon. ... Aber irgendwann hoffe ich schon in Graz arbeiten zu können. Meine Schwester hat auch Matura, aber sie arbeitet bei einer Putzfirma in Graz.“

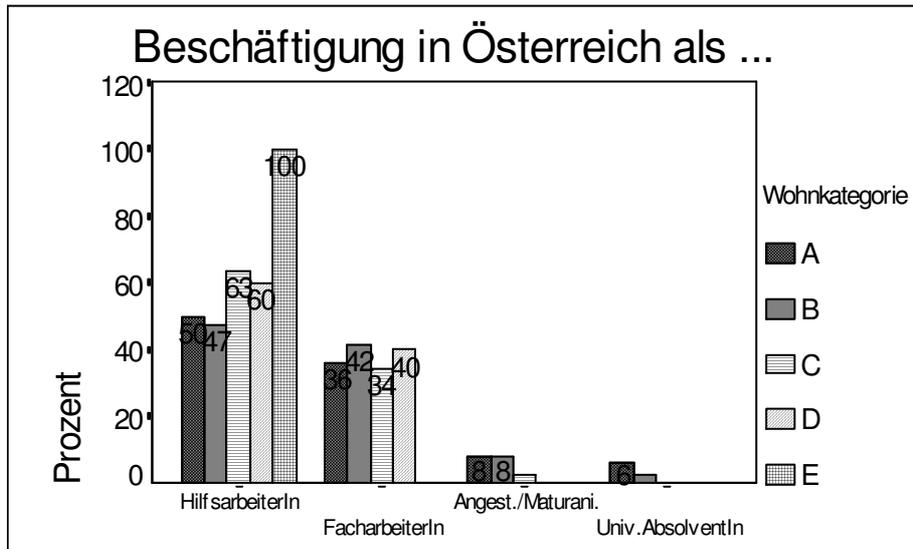
Eine geringe Entfernung zwischen Arbeitsplatz und Wohnung ist lediglich für 27% der befragten AusländerInnenhaushalte von Bedeutung; insgesamt zeigen sie hohe Mobilitätsbereitschaft.

„Ich fahre jeden Tag ca. ¾ Stunde zur Arbeit, ans andere Ende der Stadt. Ich bin Kellner und am Abend ist es dann oft ein Problem mit dem Heimfahren. ... Aber es ist besser, daß ich zur Arbeit fahre und die Kinder nicht weit zur Schule haben.“

Wie bereits erwähnt, sind die meisten der in Graz lebenden unselbständig beschäftigten AusländerInnen als HilfsarbeiterInnen angestellt. Einen Zusammenhang gibt es zwischen der Art der Beschäftigung und der Wohnsituation, was auf die niedrigen Löhne zurückzuführen sein dürfte. Wie Grafik 2 veranschaulicht, wohnen HilfsarbeiterInnen in Wohnungen der Kategorie A-E, FacharbeiterInnen bewohnen Wohnungen der Kategorie A bis Kategorie D. Personen mit Matura als höchste

Schulbildung wohnen in Wohnungen der Kategorie A-C und ausländische HochschulabsolventInnen bewohnen Wohnungen der Kategorie A-B.

Grafik 2



Familienstand/Haushaltsform

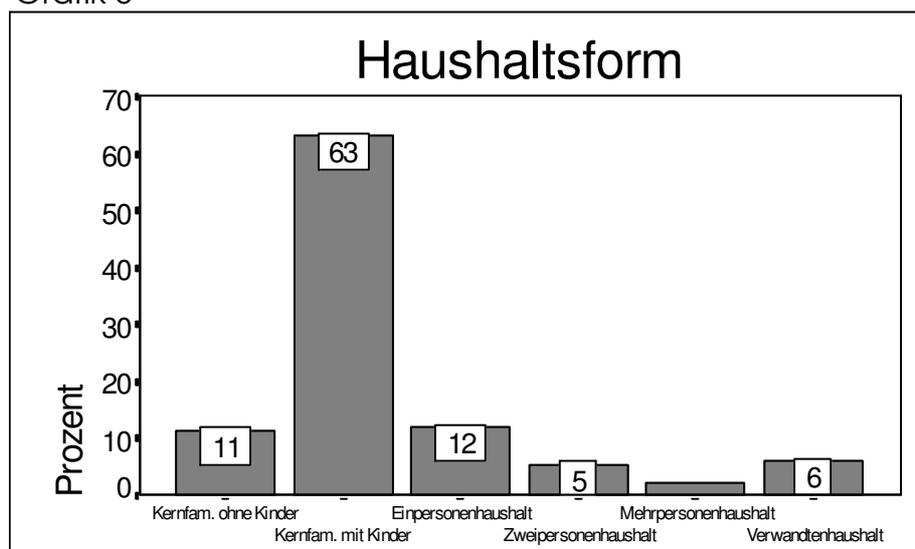
Die meisten AusländerInnen leben im Familienverband. Als Kernfamilie mit Kindern leben 63% (95% CI: $\pm 7\%$); als Kernfamilie ohne Kinder leben 11% (95% CI: $\pm 4,5\%$). Viele Familien bzw. EhepartnerInnen haben bei der Migration nach Österreich nicht die Möglichkeit, ihre Kinder mitzubringen. Um die Familie nachholen zu können, muß der/die EhepartnerIn in Österreich einen fixen Arbeitsplatz und eine entsprechend große Wohnung vorweisen können.

„Ich habe jetzt darum angesucht, daß meine Kinder und meine Frau kommen dürfen. ... Habe mir eine größere Wohnung nehmen müssen ... so wie es vorgeschrieben ist, wegen der qm. Die ist sehr teuer, aber ich will, daß meine Kinder bei mir aufwachsen.“

6% (95% CI: $\pm 3,4\%$) der ausländischen Familien leben in Verwandtenhaushalten (vor allem Familien aus der Türkei, dem ehemaligen Jugoslawien und Ägypten). Vielen gibt das Familiengefüge Sicherheit und die Möglichkeit, ihre Kultur in gewohnter Weise fortzusetzen und sich in einem von ihnen selbst gewählten Ausmaß in die ihnen fremde, österreichische Kultur zu integrieren. Im Verwandtenhaushalt zusammenzuleben hat neben kulturellen Gründen auch andere Vorteile.

„Eine größere Wohnung ist billiger. Wir haben zuerst alleine gewohnt, mein Mann und ich. Aber dann haben wir uns eine neue Wohnung suchen müssen, und die waren viel zu teuer. Dann haben wir uns überlegt, eine große zu nehmen, mit den Schwiegereltern und dem Bruder gemeinsam. Jetzt ist es ganz gut. Für die Kinder ist auch immer irgendwer da.“

Grafik 3



Wie aus Grafik 3 ersichtlich ist, liegt der Anteil der „1-Personen-Haushalte“ bei 12% (95%CI: $\pm 4,7\%$), wobei hauptsächlich Männer allein wohnen. Der Anteil der Mehrpersonenhaushalte ist mit 1,6% relativ niedrig.

Die folgende Tabelle 12 zeigt die unterschiedliche Verteilung in der Haushaltsform nach Nationen. Die Haushaltsform „Kernfamilie mit Kinder“ kommt - bis auf die Personen aus dem restl. Afrika - am häufigsten vor. So wohnen Personen aus dem ehem. Jugoslawien zu 65,8%, TürkinInnen zu 63,6%, ÄgypterInnen zu 64,3%, RumänInnen zu 87,5% und sonstige Nationen zu 52,9% als Kernfamilie mit Kindern in Graz. Unter den von AfrikanerInnen (ohne ÄgypterInnen) bewohnten Haushalten sind 33,3% als Einpersonenhaushalte geführt (95% CI: $\pm 2,4\%$). Die Haushaltsform „Verwandtenhaushalt“ hat laut unserer Stichprobe nur für Personen aus Ländern des ehem. Jugoslawiens, aus der Türkei und aus Ägypten Bedeutung.

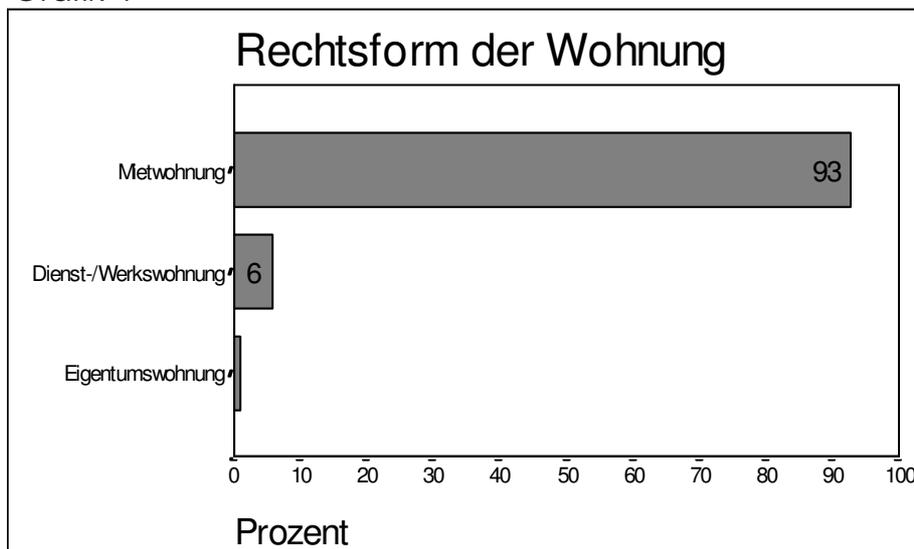
Tabelle 12

Haushaltsform	Nationen					
	Ex-Jugosl.	Türkei	Ägypten	Übriges Afrika	Rumänien	sonstige Nationen
Kernf. o.K.	12,6%	13,6%	7,1%	16,7%	-	5,9%
Kernf. mit K.	65,8%	63,6%	64,3%	33,3%	87,5%	52,9%
Einpers.-H.	9,0%	9,1%	14,3%	33,3%	12,5%	17,6%
2-Pers.-H.	4,5%	-	7,1%	16,7%	-	11,8%
Mehrpers.-H.	1,8%	-	-	-	-	11,8%
Verwandtenh	6,3%	13,6%	7,1%	-	-	-
gesamt	100% (n=111)	100% (n=22)	100% (n=14)	100% (n=12)	100% (n=8)	100% (n=17)

Rechtsform der Wohnung

Die meisten MigrantInnen in Graz wohnen in Mietwohnungen (93%), die auf dem privaten Wohnungsmarkt vergeben werden. Lediglich 6% der AusländerInnen wohnen in Dienst- bzw. Werkswohnungen; der Anteil an Eigentumswohnungen ist mit 1% verschwindend gering.

Grafik 4



Die 6% Dienst-/Werkswohnungen sind zu 90,9% an eine Hausmeisterei gebunden. Sie werden vorwiegend von MigrantInnen aus dem ehemaligen Jugoslawien bewohnt, die bereits seit 7 bis 10 Jahren in Graz leben. Die restlichen BewohnerInnen einer Dienst- oder Werkswohnung sind aus Rumänien. Wie sich aus vielen Interviews heraushören ließ, sind die Hausmeistereien und auch betriebseigenen Wohnungen bei den MigrantInnen aufgrund ihrer schlechten ökonomischen Situation sehr begehrt.

Ein Wohnungseigentum haben sich bislang 1% der MigrantInnen in Graz schaffen können. Sie kommen aus dem ehemaligen Jugoslawien. Personen, die nicht mehr in ihre ehemalige Heimat zurückkehren wollen, äußerten zum Großteil den Wunsch nach einer Eigentumswohnung.

Mietvertrag/Mietdauer

Von den 93% der ausländischen Haushalte, denen als Rechtsform eine Mietwohnung zugrundeliegt, haben 94,2% einen schriftlichen Mietvertrag (5,8% haben keinen Mietvertrag).

Einen befristeten Mietvertrag haben insgesamt 60,4%, wobei für 42,3% der Wohnungen der Vertrag für 3 Jahre abgeschlossen ist, für 7,1% für 1 Jahr und für 11% für die Dauer von 5 Jahren. Einen unbefristeten Mietvertrag haben 39,6% der ausländischen Haushalte (vgl. Tabelle 13).

Tabelle 13

Mietvertrag	
befristet für ...	unbefristet
...1 Jahr	7,1%
...3 Jahre	42,3%
...5 Jahre	11,0%
	60,4%
gesamt	100% (N=184)

Wie aus Tabelle 14 ersichtlich ist, haben von AusländerInnen, die zwischen 5 und 7 Jahren in Österreich leben, 42,9% einen Mietvertrag mit der Dauer von 3 Jahren. Faßt man die beiden letzten Kategorien (7 bis unter 10 Jahre und mehr als 10 Jahre) zusammen, so wurde für 54,2% der Haushalte ein unbefristeter Mietvertrag abgeschlossen.

Wohnungen mit Mietverträgen von längerer Laufzeit haben signifikant öfter ausländische Personen, die länger in Graz leben.

Tabelle 14

Dauer des Aufenthalts	Mietvertrag abgeschlossen für ...			
	1 Jahr	3 Jahre	5 Jahre	unbefristet
1 bis unter 3 J	7,7%	6,5%	10%	5,6%
3 bis unter 5 J	23,1%	11,7%	25,0%	13,9%
5 bis unter 7 J	23,1%	42,9%	35,0%	26,4%
7 bis unter 10 J	38,5%	31,2%	20,0%	26,4%
10 und mehr J	7,7%	7,8%	10%	27,8%
gesamt	100% (n=13)	100% (n=77)	100% (n=20)	100% (n=72)

Wohnqualität

Die Qualität (Art, Beschaffenheit, Brauchbarkeit) des Wohnens richtet sich sowohl nach objektiven als auch subjektiven Kriterien. Ziel der Untersuchung ist es, die objektiven Kriterien wie Ausstattungskategorie, Lage der Wohnung sowie Überbelag zu erfassen. Da Wohnqualität nur *ein* Faktor für die soziale Lebenssituation und damit für Lebensqualität ist, muß Wohnen immer in einem größeren Kontext gesehen werden. Daher war es uns wichtig, weitere Faktoren wie Wohnumfeld und Gesamtwohnungskosten zu erheben und sie in Verbindung mit den genannten Merkmalen zu analysieren. Bei der Erfassung subjektiver Kriterien wie Zufriedenheit mit der Wohnsituation stößt jede empirisch quantitative Untersuchung an ihre Grenzen. Gleichwohl haben wir Fragen zur Wohnzufriedenheit in unseren Fragebogen aufgenommen und in die Ergebnisse miteinbezogen. Aussagen der interviewten Personen, die in der Studie zitiert werden, sollen ebenso dazu beitragen, die quantitativ erfaßten Daten zu ergänzen, um so ein anschaulicheres Bild der Wohnverhältnisse zu vermitteln.

Lage der Wohnung

Neubau/Altbau

Wohnungen, die in der Bauperiode von vor 1919 bis 1945 entstanden sind, werden als Altbau definiert, und Wohnungen der Bauperiode aus der Zwischenkriegszeit und nach 1945 sind als Neubau definiert. Der Wohnungsbestand in Graz stammt zu 61,4% aus der Bauperiode nach 1945, wobei die höchste Bautätigkeit in den Jahren zwischen 1961 und 1980 zu verzeichnen ist.

Tabelle 15

Anteile der Gebäude nach Bauperioden in Graz				
vor 1919	1919-1945	1945-1960	1961-1980	1981 u. später
23,6%	15,0%	16,9%	31,9%	12,5%

Quelle: ÖSTAT - HWZ 1991, Bearbeitung LASTAT Steiermark

Der höchste Anteil an Altbauwohnungen findet sich in den Bezirken Jakomini, Geidorf und St. Leonhard, wobei von diesen drei Bezirken Jakomini mit 2.408 Wohnungen den höchsten Anteil an Substandard-Wohnungen aufweist. Geidorf und St. Leonhard als Universitätsviertel haben als „bevorzugte Wohnviertel“ mit jeweils über 7.000 Haushalten den höchsten Anteil an Kategorie A-Wohnungen.

Wie aus unserer Untersuchung hervorgeht, leben AusländerInnen fast ausschließlich in Altbauwohnungen. 85,3% wohnen in Altbau-Geschoßwohnungen und 4,9% in Altbau-Kellerwohnungen. Nur ein relativ kleiner Anteil von 19,8% lebt in Neubauwohnungen.

Tabelle 16

Lage der ausländischen Wohnungen		
Geschoßwohnung (Altbau)	Kellerwohnung (Altbau)	Geschoßwohnung (Neubau)
85,3%	4,9%	19,8%

Der geringe Anteil von AusländerInnen in Neubauwohnungen läßt mehrere Schlüsse zu. Der wohl wesentlichste Grund liegt in den formalen Zutrittsbedingungen zu den einzelnen Teilmärkten. Formale Beschränkungen gibt es sowohl im Hinblick auf das Wohnungsangebot als auch in bezug auf wohnungsspezifische Förderungen und Beihilfen. Während der private Wohnungsmarkt kaum Restriktionen aufweist, beschränken im geförderten Wohnbau formale Regelungen das Wohnungsangebot (siehe Kapitel Wohnungsmarkt).

Insgesamt befinden sich im Grazer Stadtgebiet 1.369 Kellerwohnungen. Das entspricht einem Anteil von 1,3% an allen Wohnungen des Stadtgebietes. Von den untersuchten 184 ausländischen Haushalten befinden sich 4,9% im Keller (95% CI: $\pm 3,1\%$).

Die Kellerwohnungen lassen sich auch hinsichtlich ihrer Ausstattung nach Kategorien A, B, C, D und E unterscheiden. Von diesen 4,9% Kellerwohnungen gehören 66,6% der Kategorie C und D an und 33,1% der Kategorie A und B.

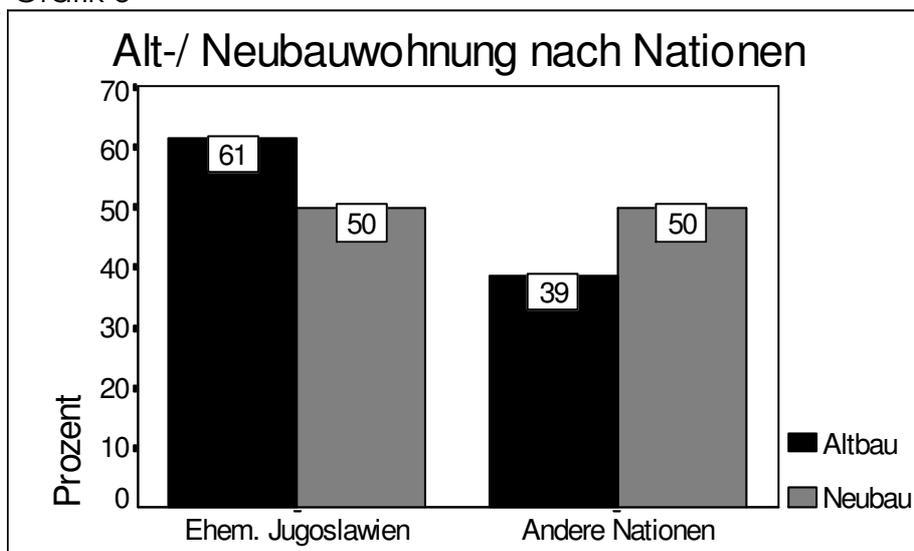
Ein Beispiel, wie AusländerInnen die Wohnsituation in Kellerwohnungen erleben, zeigt folgende Aussage:

„Wenn die Leute auf der Straße vorbeigehen und sehen, daß da ein Ausländer herunter ist, spucken sie den Kaugummi zum Fenster oder klopfen an. Kann das Fenster nicht mehr aufmachen. Am Abend ist es besser, wenn die Vorhänge zu sind.“

Vergleicht man die Gruppe der Personen aus Ex-Jugoslawien mit den übrigen Nationalitätengruppen, so kann festgestellt werden, daß der Anteil der ex-jugoslawischen Haushalte im Altbau mit 61% am häufigsten ist.

In den Neubau-Wohnungen haben Haushalte aus dem ehemaligen Jugoslawien mit 39% einen geringeren Anteil als MigrantInnen – Haushalte anderer Nationalitäten. Ihre Anzahl der Haushalte im Neubau konnte mit 50% festgestellt werden (vgl. Grafik 5).

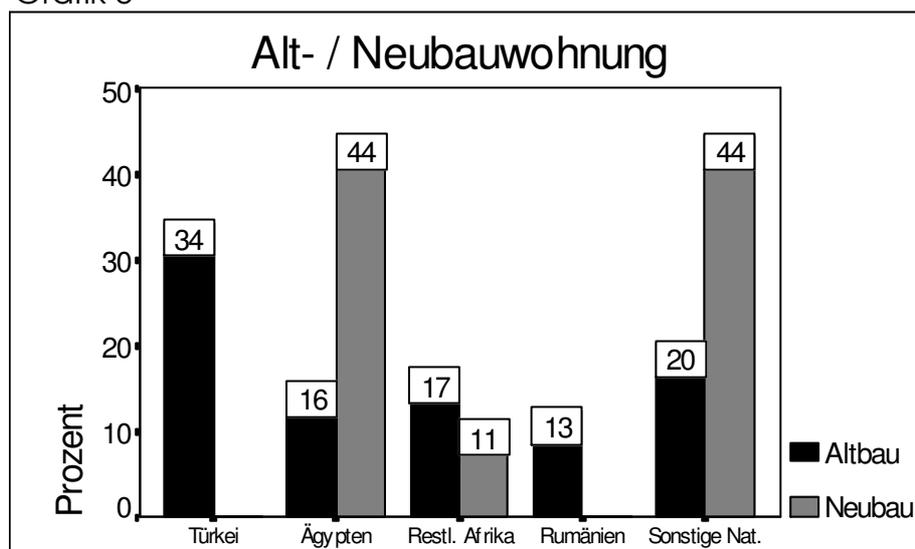
Grafik 5



Grafik 6, die eine genaue Aufschlüsselung der Verteilung in Alt- und Neubauwohnungen für die Gruppe „Andere Nationen“ gibt, zeichnet folgendes Bild: Personen aus Ägypten und „Sonstige“ wohnen im Verhältnis zu den übrigen Nationen vermehrt in Neubauwohnungen (44%).

In den von AusländerInnen bewohnten Altbauwohnungs-Haushalten (ausgenommen Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien) haben türkische Haushalte einen Anteil von 34%, ägyptische Haushalte von 16%, Haushalte von AfrikanerInnen 17%. Rumänische Haushalte haben einen Anteil von 13%.

Grafik 6



Ausstattung der Wohnung

Die Kategorieneinteilung nach „Wohnungsausstattung“ ist mit den Kriterien „Lage der Wohnung“ (Geschoßlage oder Kellerwohnung) und „Überbelag“ in unserer Untersuchung das ausschlaggebende Merkmal für Wohnqualität. Dabei gehen wir nach dem alten Merkmal (D10) aus der Häuser- und Wohnungszählung 1981 vor, da in der HWZ 1991 die Kategorie E nicht mehr enthalten ist. Gerade im Hinblick auf die Untersuchung der Wohnqualität von Personen einer Außenseitergruppe wie der von MigrantInnen wird das Kategorienmerkmal E im Hinblick auf die schlechte Wohnungsversorgung zu einem entscheidenden Unterscheidungsmerkmal.

Tabelle 17

Kategorie	Ausstattung
A	Wohnung (von mindestens 30 qm) mit Zimmer, Küche (Kochnische), Vorraum, WC, Baderaum/Badenische, Zentralheizung/Etagenheizung
B	Wohnung mit Zimmer, Küche (Kochnische), Vorraum, WC, Baderaum/ Duschnische
C	Wohnung in brauchbarem Zustand mit WC und Wasserentnahme innerhalb der Wohnung, keine Bade-/Duschgelegenheit
D	Wohnung in brauchbarem Zustand ohne WC, aber mit Wasserentnahme innerhalb der Wohnung
E	Wohnung in brauchbarem Zustand ohne WC und ohne Wasserentnahme innerhalb der Wohnung

Quelle: HWZ 1981

Von den untersuchten ausländischen Haushalten gehören 46,8% den Kategorien A und B (Standard), 52,2% den Kategorien C und D (Substandard) und 1,1% der Kategorie E (Wohnungsnot) an.

Beschreibung der Ausstattungsmerkmale

- Küche

In allen Haushalten von MigrantInnen gibt es eine Kochgelegenheit. Während in den Unterkünften bestehend aus nur 1 Zimmer lediglich eine transportable Kochplatte vorhanden ist, so sind in den restlichen 90% der Haushalte eine Kochnische oder eine Küche vorhanden.

- Fließwasser und Badezimmer

Von den 98,9% MigrantInnen, die einen Fließwasseranschluß in der Wohnung haben, befinden sich in 61% der MigrantInnen-Haushalte eine abgeschlossene Badnische bzw. ein Baderaum. Eine Duschkabine in der Küche haben 29% der MigrantInnen-Haushalte. In 10% der Wohnungen befindet sich lediglich ein Waschbecken im Zimmer (1-Zimmer-Unterkunft). 1,1% der in Graz lebenden MigrantInnen haben keinen Fließwasseranschluß in der Wohnung. Diese Wohnungen entsprechen der Wohnkategorie E.

Tabelle 18

Wohnungen		Wasch- /Duschkmöglichkeit in der Wohnung	
ohne Wasseranschluß	1,1%	-	-
mit Wasseranschluß	98,9%	Waschbecken	10%
		Duschkabine in der Küche	29%
		Badezimmer/Badenische	61%
gesamt	100% (N=184)	gesamt	100% (n=182)

Jene MigrantInnen, die lediglich ein Waschbecken in der Wohnung (oder keinen Fließwasseranschluß) haben, duschen bei Verwandten und Bekannten oder in öffentlichen Badeanstalten.

„Meine Tochter wohnt im Nebenhaus. Es ist kein Problem, daß wir kein eigenes Bad haben, meine Frau und ich waschen uns bei ihr. Sie hat dafür keine Küche und ißt bei uns mit.“

Familien, die bei Verwandten bzw. Bekannten nicht die Duschen benutzen können, sind auf öffentliche Badeanstalten angewiesen.

„Diese Wohnung haben wir von dem Chef bekommen, wo mein Mann arbeitet. Ja, die Miete ist nicht so hoch wie in der Stadt, das geht. Aber die Wohnung ist nicht gut. Schimmel im Zimmer, kein Bad ... Aber es geht nicht anders. ... Waschen, ja, wir gehen ins Schwimmbad, dort gibt es Duschen. ... Wir können uns keine Dusche einbauen, die Küche ist zu klein.“

Wünsche nach Verbesserungen in der Wohnkategorie, d.h. das Badezimmer und WC in der Wohnung, werden von AusländerInnen nicht explizit angeführt, vielmehr meinten sie mehrheitlich in den Interviews, daß Badezimmer und WC in einer Wohnung üblich sein sollten und sich daher der Wunsch nach diesen Wohnungsstandards erübrigen könnte.

- Toilette

Von den in Graz lebenden MigrantInnen haben 61% ein WC in der Wohnung. Von den insgesamt 39% MigrantInnen, für die das WC am Gang ist, benutzen 16,3% dieses allein. Mit den anderen MieterInnen von der Etage bzw. vom Haus teilen sich 22,7% der AusländerInnen die gemeinsamen Toiletten.

„Wir haben nur ein WC im Haus, das ist im Halbstock. ... In dem Haus wohnen 25 Leute. ... Ich habe kleine Kinder. Dieser Zustand ist sehr unangenehm.“

Tabelle 19

Toilette	
Toilette in der Wohnung	61,0%
Toilette am Gang (Benutzung allein)	16,3%
Toilette am Gang (Benutzung mit anderen)	22,7%
Gesamt	100% (N=184)

- Vorraum

Ein Vorraum ist in 59,2% der von MigrantInnen bewohnten Wohnungen in Graz vorhanden, keinen Vorraum haben 40,8% der Wohnungen. Da der Vorraum ein „kleines Kategorienmerkmal“ ist, wirkt er sich nicht wesentlich auf die Kategorieneinteilung der Wohnungen aus. Sehr wohl hat der Vorraum aber Einfluß auf die Zimmereinteilung und damit auf die Zufriedenheit mit der Wohnung.

- Kellerabteil

In den von MigrantInnen bewohnten Wohnungen ist bei 53,3% ein Kellerabteil vorhanden, 46,7% der Wohnungen haben kein Kellerabteil bzw. steht ihnen dieses nicht zur Verfügung. Familien mit einer sehr geringen Wohnnutzfläche pro Person vermissen einen Keller.

- Heizung

Die Heizungsart einer Wohnung gilt als Indikator für Wärme und Bequemlichkeit. Zentralheizungen sind als „großes Kategorienmerkmal“ für die Wohnkategorie A Voraussetzung. Insgesamt haben 38% (95% CI: ±7%) der MigrantInnenhaushalte eine Zentralheizung, 60,9% (95% CI: ±7%) eine Heizung im Zimmer und 1,1% keine oder eine nicht funktionierende Heizung.

Unter den 38% der Wohnungen, die mit Zentralheizung beheizt werden, befinden sich 78,6% in Altbau-Geschoßwohnungen, 4,3% in Altbau-Kellerwohnungen und 17,1% in Neubauwohnungen.

Die am häufigsten vorkommende Heizungsform in den Wohnungen von MigrantInnen ist die „Heizung im Zimmer“ (60,9%).

Tabelle 20

Heizungsart		
Zentralheizung		38,0%
Heizung im Zimmer	Öl	57,1%
	feste Brennst.	15,3%
	Strom	28,6%
ohne Heizung		1,1%
gesamt		100% (N=184)

Ölofen bzw. feste Brennstoffe werden von den meisten MigrantInnen nicht als Belastung empfunden, vielmehr sehen sie darin eine verhältnismäßig günstige Beheizungsart. Anders verhält es sich bei Stromheizungen, diese sind wegen der hohen Kosten wenig beliebt.

„Die Wohnung wird nie ganz warm. Dieser Strahler ist nicht gut. Wir haben ein Baby, es ist nicht gut, wenn es in der Wohnung kalt ist . Und der Strom kostet auch viel.“

Grazer Wohnungsbestand in den Bezirken nach Ausstattungskategorien

Die folgende Tabelle zeigt den Grazer Gesamtwohnungsbestand nach Ausstattungskategorien unterteilt in Bezirke und den jeweiligen AusländerInnenanteil in den Bezirken.

Tabelle 21

Bezirke	Ausstattungskategorien (Gesamtwohnungsbestand: In- /AusländerInnen)			gesamt	Anteil der ausländ. Bev. Rangreihe fallend
	Kat. A + B Standard	Kat. C + D Substandard	Kat. E Wohnungsnot		
Gries	78,5%	18,7%	2,9%	100% n=11.104	19,5% n=4.747
Lend	82,0%	15,0%	3,1%	100% n=11.824	16,2% n=3.989
Puntigam	80,0%	15,9%	4,2%	100% n=2.413	16,0% n=1.020
Innere Stadt	80,0%	16,4%	3,6%	100% n=1.949	11,5% n=467
Eggenberg	79,8%	16,2%	4,0%	100% n=7.282	11,4% n=1.982
St. Leonhard	87,8%	10,1%	2,0%	100% n=7.179	11,4% n=1.598
Jakomini	82,5%	14,6%	2,8%	100% n=13.756	11,3% n=3.187
Gösting	87,2%	10,3%	2,5%	100% n=3.986	10,8% n=1.046%
Geidorf	91,8%	6,9%	1,4%	100% n=9.916	10,0% n=2.111
Maria Trost	92,0%	6,4%	1,6%	100% n=2.799	8,3% n=652
Straßgang	90,3%	7,4%	2,3%	100% n=4.827	8,2% n=1.047
Liebenau	89,4%	8,8%	1,8%	100% n=4.900	7,4% n=874
Ries	90,2%	7,3%	2,4%	100% n=2.310	7,3% n=421
St. Peter	91,5%	5,8%	2,6%	100% n=3.823	7,1% n=879
Andritz	90,7%	7,1%	2,2%	100% n=5.782	6,7% n=1.063
Waltendorf	92,0%	6,4%	1,6%	100% n=4.682	6,6% n=754
Wetzelsdorf	91,2%	6,9%	1,9%	100% n=4.889	6,0% n=734
gesamt	85,9%	11,5%	2,5%	100% N=103.421	11,07% N=26.571

Quelle: Gasser-Steiner 1997: 12, 19 und Amt für Statistik und Einwohnerwesen (Stand Jänner 1998)

Die 8 Bezirke (in Tabelle 21 schattiert), aus denen die Stichprobe gezogen wurde, weisen von allen 17 Grazer Bezirken den höchsten Anteil an Substandardwohnungen auf. In den restlichen Bezirken liegt der Anteil unter 8%. Vergleicht man die Anzahl der Substandardwohnungen in den 8 Bezirken mit der Gesamtquote von 11,5%, so liegen diese Bezirke mit Ausnahme von St. Leonhard und Gösting deutlich darüber. Gries als Bezirk mit dem höchsten Anteil an Substandard-Wohnungen weist auch den höchsten AusländerInnenanteil auf.

Tabelle 21 zeigt, daß in Bezirken mit einem hohen Anteil an Substandard-Wohnungen der AusländerInnenanteil sehr hoch ist. Diese räumliche Konzentration von Wohnungen mit schlechter Ausstattungskategorie sowie eine Konzentration von Bevölkerungsgruppen nach sozialem und ethnischem Status könnte auf eine versteckte Segregation hinweisen.

Die 9 Bezirke Geidorf, Maria Trost, Straßgang, Liebenau, Ries, St. Peter, Andritz, Waltendorf und Wetzelsdorf liegen deutlich unter der Gesamtquote von 11,5% an Substandard-Wohnungen und ebenso deutlich unter der Gesamtquote von 11,07% an AusländerInnenanteilen. Eine Ausnahme ist das Universitätviertel Geidorf mit einem Anteil an AusländerInnen von 10%, wobei sich dieser hohe Anteil zum Großteil aus Studierenden der unterschiedlichen Nationen rekrutiert. Alle 9 Bezirke weisen einen hohen Anteil an Wohnungen mit hohem Ausstattungsstandard auf und gehören damit zu den bevorzugten Wohnvierteln in Graz.

Hier läßt sich eine häufig formulierte Hypothese zur Erklärung von Segregation aufstellen: Diskriminierung oder die „Macht der Majorität“ führt dazu, daß Angehörige einer Minorität aus diesen Wohngebieten ferngehalten werden (vgl. Friedrichs 1995: 80).

Ausstattungskategorien der ausländischen Haushalte

Die folgende Tabelle zeigt die untersuchten ausländischen Haushalte nach Ausstattungskategorien in den jeweiligen Bezirken.

Tabelle 22

Bezirke	Ausländische Haushalte					gesamt
	Kat. A	Kat. B	Kat. C	Kat. D	Kat. E	100% N=184
Innere St.	22,2%	22,2%	33,3%	22,2%	-	100%
Leonhard	42,9%	28,6%	14,3%	14,3%	-	100%
Lend	27,8%	16,7%	30,6%	25,0%	-	100%
Gries	26,7%	20,0%	30,0%	23,3%	-	100%
Jakomini	30,3%	12,1%	15,2%	39,4%	3,0%	100%
Gösting	29,4%	29,4%	11,8%	23,5%	5,9%	100%
Eggenberg	15,0%	22,5%	22,5%	40,0%	-	100%
Puntigam	50,0%	16,7%	8,3%	25,0%	-	100%

Den höchsten Anteil an MigrantInnen in Kategorie A-Wohnungen finden wir in Puntigam und den niedrigsten im Bezirk Innere Stadt. Der hohe Anteil an Kategorie A-Wohnungen im Bezirk Puntigam läßt sich darauf zurückführen, daß der Bezirk größtenteils aus Ein- und Mehrfamilienhäusern besteht sowie auf die geringe Wohndichte. Wohnungen mit schlechter Wohnqualität sind vor allem im Bereich um die Brauerei Puntigam zu finden (vgl. Gasser-Steiner, 1997: 49). Die 25% der von AusländerInnen bewohnten Kategorie D-Wohnungen fallen zum Teil in diesen Bereich (95% CI: $\pm 6,2\%$).

Eggenberg gehört zu den Bezirken mit eher schlechten Wohnverhältnissen. Von allen in Eggenberg untersuchten ausländischen Haushalten gehören 40% der Kategorie D an (95% CI: $\pm 7\%$). Diese Wohnungen befinden sich vorwiegend im sogenannten „Dörfel“ um die St. Vinzenzkirche.

Gösting weist mit je 29,4% Wohnungen der Kategorie A und B einen verhältnismäßig hohen Anteil an Standardwohnungen auf, die von MigrantInnen bewohnt werden. Gleichzeitig sind hier Zonen mit sehr schlechter Wohnqualität zu finden. Gösting hat 23,5% Kategorie D-Wohnungen, in denen AusländerInnen wohnen (95% CI: $\pm 6,1\%$). In den Bereichen um den Kalvarienberg und in der Augasse finden sich auch Wohnhäuser mit fast ausschließlich ausländischer Bevölkerung wie wir im Rahmen unserer Interviews feststellen konnten.

Der Bezirk Jakomini zeichnet sich durch besonders hohe Anteile an Kategorie A- (30,3%) als auch Kategorie D-Wohnungen (39,4%) aus, die von AusländerInnen bewohnt werden (95% CI: $\pm 7\%$). Damit weist der Bezirk Jakomini einen ähnlich hohen Anteil an von MigrantInnen bewohnten Wohnungen der Kategorie D wie Eggenberg auf.

In den Bezirken Lend und Gries leben MigrantInnen zu einem sehr hohen Anteil in Kategorie C-Wohnungen. Zonen mit vorherrschend schlechter Wohnqualität sind im Bereich Lendplatz - Neubaugasse zu finden. Im Bezirk Gries sind es die Bereiche nördlich und südlich der Brückenkopfgasse (vgl. Gasser-Steiner 1997: 50).

St. Leonhard hat die höchsten AusländerInnenanteile in Kategorie A- und B-Wohnungen (95% CI: $\pm 6,5\%$).

Im Bezirk Innere Stadt findet sich unter den von MigrantInnen bewohnten Haushalten eine relativ gleichmäßige Verteilung aller Wohnkategorien. Im Vergleich zu anderen Bezirken weist die Innere Stadt eine geringe Wohnungsdichte (467 Wohnungen) auf.

Aufgrund dieser Verteilung lassen sich innerhalb des Grazer Stadtgebietes Segregationstendenzen beobachten: Entlang des rechten Murufers (Lend, Gries, Puntigam) findet sich der höchste Anteil an AusländerInnen. Des weiteren treten ausländische Haushalte konzentriert in einzelnen Wohngebieten („Dörfel“ in Eggenberg), in einzelnen Straßenzügen (Augasse, Wienerstraße, Bahnhofgürtel) und letztlich auch in einzelnen Häusern auf.

Vergleicht man nun den Gesamtbestand an Grazer Haushalten mit den ausländischen Haushalten, so zeigt sich in Tabelle 23, daß im gesamten Stadtgebiet 85,9 % (95% CI: $\pm 0,21\%$) der Wohnungen einem zeitgemäßen Wohnungsstandard entsprechen. Die Wohnungen von AusländerInnen liegen deutlich unter dieser Zahl. Nur 46,8% (95% CI: $\pm 7,2\%$) der ausländischen Haushalte befinden sich in Kategorie A- und B-Wohnungen. Während die Substandard-Wohnungen für das gesamte Grazer

Stadtgebiet nur 11,5 % (95% CI: $\pm 0,19\%$) ausmachen, lebt mehr als die Hälfte der AusländerInnen (52,2%) in Kategorie C- und D-Wohnungen (95% CI: $\pm 7,2\%$). 2,5% (95% CI: $\pm 0,095\%$) der Grazer Wohnungen sind der absoluten Wohnungsnot zuzuordnen (E-Wohnungen). Diese Wohnungen haben weder WC noch Wasser innerhalb der Wohnung. Von der ausländischen Bevölkerung leben 1,1% (95% CI: $\pm 1,5\%$) in diesen Wohnungen.

Tabelle 23: Vergleich

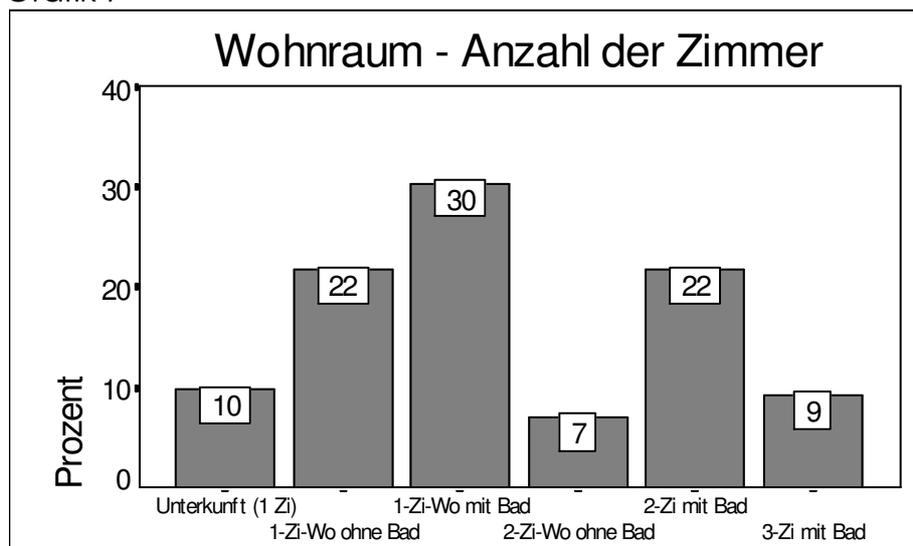
Kategorie		Grazer Haushalte		Ausländische Haushalte	
A	A + B	65,0 %	85,9%	27,2%	46,8%
B		20,9 %		19,6 %	
C	C + D	5,5 %	11,5%	22,3 %	52,2%
D		6,0 %		29,9 %	
E		2,5 %		1,1 %	
gesamt		100% N=103.421		100% N=184	

Quelle: Gasser-Steiner, 1997:13 und eigene Berechnung

Wohnraum und Anzahl der Zimmer

Zur Verdeutlichung der Wohnsituation und der Qualität der Wohnungen, die von AusländerInnen bewohnt werden, dient folgende Grafik:

Grafik 7



- „Unterkunft“ bestehend aus 1 Zimmer

Wie aus der Grafik ersichtlich ist, leben 10% der ausländischen Bevölkerung in einer Unterkunft bestehend aus 1 Zimmer. Diese verhältnismäßig kleinen Zimmer werden zu 50% von 1 Person bewohnt; 42% von Kernfamilien ohne Kinder/2-Personen-

Haushalte und 8% der Kernfamilien mit Kindern leben in diesen Unterkünften (siehe Grafik 8). In dem Zimmer wird gekocht (meist mit einer provisorischen Kochplatte), geschlafen, es werden Hausaufgaben gemacht, es wird Besuch empfangen und ferngesehen. Die Toilette befindet sich am Gang und wird in der Regel mit anderen HausbewohnerInnen geteilt. Sofern auch keine Duschgelegenheit am Gang vorhanden ist, behelfen sich manche mit dem Besuch öffentlicher Bäder.

- 1-Zimmer-Wohnung (kein Bad, kein WC, Duschkabine in der Küche)

22% der ausländischen Bevölkerung leben in einer 1-Zimmer-Küche-Wohnung. In diesen Wohnungen gibt es bereits ein von der Küche getrenntes Schlafzimmer. In Wohnungen mit solcher Ausstattung wohnen mehrheitlich Kernfamilien ohne Kinder (42%). Als zweitgrößte Gruppe (27%) leben Einzelpersonen in diesen Wohnungen. Kernfamilien mit Kindern sind zu 23% Verwandten- und Mehrpersonen-Haushalte und zu 8% in 1-Zimmer-Wohnungen anzutreffen. Die Duschkabinen wurden größtenteils von den MigrantInnen in Eigenregie und auf eigene Kosten eingebaut.

- 1-Zimmer-Wohnung (mit Bad)

Als eindeutige Qualitätssteigerung kann in diesen Wohnungen das getrennte Badezimmer bzw. die Badenische gesehen werden. 30% der in Graz lebenden ausländischen Bevölkerung wohnen in Wohnungen mit dieser Ausstattung. Am häufigsten werden diese Wohnungen von Einzelpersonen (34%) bewohnt. Den zweitgrößten Anteil in diesen Wohnungen haben die Mehrpersonen- und Verwandtenhaushalte mit 25%. Kernfamilien mit Kindern sind zu 21%, Kernfamilien ohne Kinder zu 19% vertreten.

- 2-Zimmer-Wohnung (kein Bad, kein WC, Duschkabine in der Küche)

Von den in Graz wohnenden MigrantInnen leben 7% in Wohnungen mit 2 Zimmern und einer Küche. Diese Wohnungen verfügen über keinen eigenen Baderaum, sondern nur über eine meist in der Küche befindliche Duschkabine. Am häufigsten sind Verwandten- und Mehrpersonenhaushalte (65%) in dieser Wohnungsform vertreten. Aber auch Kernfamilien mit Kindern (25%) und Kernfamilien ohne Kinder sowie 2-Personen-Haushalte (10%) leben in solchen Wohnungen.

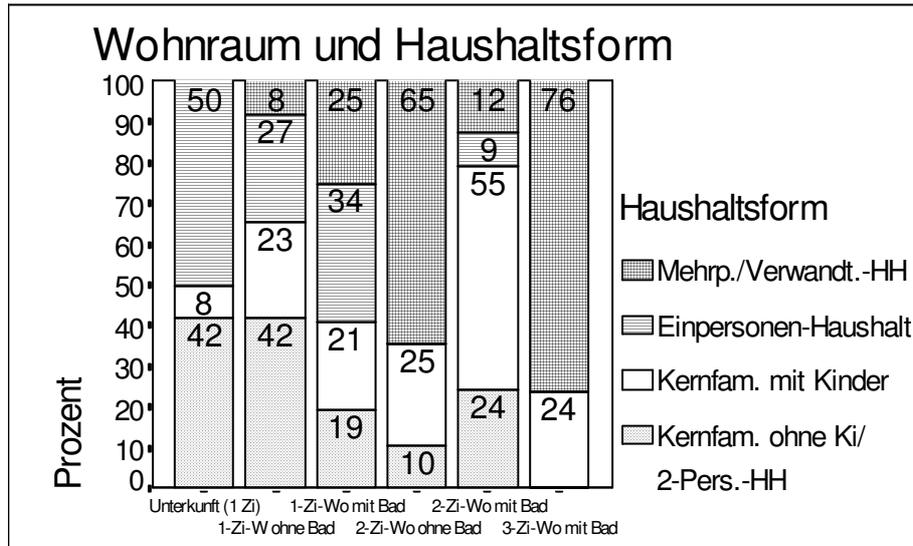
- 2-Zimmer- Wohnung (mit Bad)

In Wohnungen, die 2 Zimmer neben Küche und Bad aufweisen, wohnen insgesamt 22% der MigrantInnen. Diese Wohnungen werden zu 55% von Kernfamilien mit Kindern bewohnt, zu 12% von Verwandten-/Mehrpersonen-Haushalten und zu 24% von Kernfamilien ohne Kinder bzw. 2-Personen-Haushalten. Marginal ist der Anteil der Ein-Personen-Haushalte (9%) in Wohnungen mit dieser Ausstattung.

- 3-Zimmer-Wohnung (mit Bad)

Von allen in Graz lebenden MigrantInnen beträgt der Anteil der 3-Zimmer-Wohnungen 9%. Mehrheitlich (76%) werden diese größeren Wohnungen von Verwandten- bzw. mehreren Personen gemeinsam bewohnt. Auch Kernfamilien mit Kindern wohnen zu 24% in diesen Wohnungen.

Grafik 8



Generell kann festgestellt werden, daß lediglich Kernfamilien mit Kindern in allen oben beschriebenen sechs Wohnungsgruppen vertreten sind, wobei diese Familien am häufigsten in 2-Zimmer-Wohnungen (mit Bad) leben (55%). Mehrpersonen bzw. Verwandtenhaushalte sind am häufigsten in 3-Zimmer-Wohnungen und in 2-Zimmer-Wohnungen (ohne Bad) anzutreffen. Die Einpersonenhaushalte befinden sich am häufigsten in „Unterkünften“, bestehend aus nur 1 Zimmer.

Überbelag in den Wohnungen

Wieviel Mindest-Wohnnutzraum eine Person in einer Wohnung haben soll, ist in den Bundesländern unterschiedlich definiert. In Graz wird seit 1990 zwischen „Überbelag/Dichte“ und „Überbelag/Zimmer“ unterschieden. Während sich die Definition der Überbelagsdichte auf die qm-Anzahl pro Person (Richtwert: 15 qm) in einer Wohnung bezieht, wird von einem Überbelag-Zimmer gesprochen, wenn nicht jede in der Wohnung lebende Person einen abgeschlossenen Raum hat (Richtwert: 1 Zimmer pro Person).

In Wien gelten ähnliche Überbelagsdefinitionen: In bezug auf die Überbelagsdichte gilt 1 Wohnraum bis zu 15 qm immer als überbelegt, wobei von einem Wohnraum nur dann gesprochen wird, wenn dieser eine Mindestgröße von 8 qm aufweist. Wohnungen unterhalb dieser 8 qm-Mindestgröße sind als „unzumutbare Zimmer“ definiert.

In bezug auf die Zimmeranzahl gelten Wohnungen in Wien als überbelegt, wenn 2 Personen 1 Wohnraum inkl. Nebenräume bewohnen, 3 Personen 2 Wohnräume inkl. Nebenräume, 5 Personen 3 Wohnräume inkl. Nebenräume etc. bewohnen. Ungeborene Kinder werden ab der 14. Schwangerschaftswoche als Person angerechnet. (vgl. Internet: WIENER WOHNEN).

Überbelag/Dichte

Der Überbelagsgrenzwert ist in der Stadt Graz mit 15 qm Wohnnutzfläche pro BewohnerIn in den Wohnungen festgelegt. Nach dieser Überbelagsregelung sind im gesamten Grazer Wohngebiet 7,4% (4.825 Wohnung) aller Mehrpersonen - Wohnungen in Geschoßlage überbelegt (vgl. Gasser-Steiner 1997: 31).

- **Überbelag/Dichte in Geschoßwohnungen**

Von den untersuchten Mehrpersonenhaushalten in Geschoßlage, die von AusländerInnen bewohnt werden, sind 57,1% (95% CI: $\pm 7,8\%$) von einem zu engen Wohnraum betroffen. In den von AusländerInnen bewohnten Haushalten ist der Überbelag demnach wesentlich höher als in Haushalten, die von InländerInnen bewohnt werden.

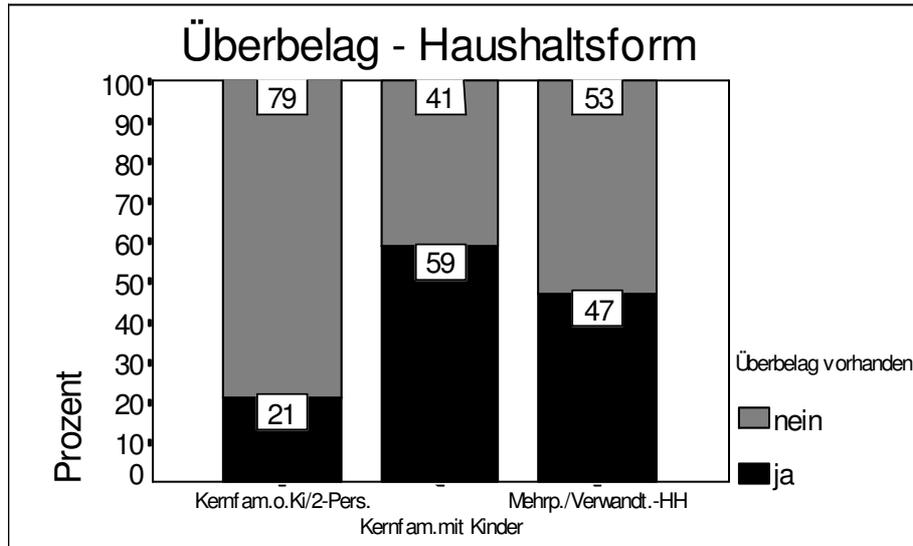
Tabelle 24: Vergleich

qm/Person	Anzahl der gesamten Mehrpersonen-W. in Geschoßlage	Anzahl der ausländ. Mehrpersonen-W. in Geschoßlage
15 qm und mehr	92,58%	42,9%
14 bis unter 15qm	1,52%	3,3%
13 bis unter 14qm	1,30%	7,1%
12 bis unter 13qm	1,37%	9,8%
11 bis unter 12qm	0,78%	7,1%
10 bis unter 11qm	1,28%	12,3%
9 bis unter 10qm	0,36%	6,5%
8 bis unter 9qm	0,30%	5,8%
7 bis unter 8qm	0,18%	2,6%
6 bis unter 7qm	0,24%	1,3%
5 bis unter 6qm	0,07%	0,6%
unter 5qm	0,02%	0,6%
gesamt	100% (N=65.013)	100% (N=154)

Quelle: Gasser-Steiner 1997: 31 und eigene Berechnung

Hinsichtlich der Betroffenheit von Überbelag bei den unterschiedlichen Haushaltsformen ist auffallend, daß Kernfamilien ohne Kinder/2-Personen-Haushalte weniger von Überbelag-Wohnraumdichte betroffen sind als andere Haushaltsformen. Wie Grafik 9 verdeutlicht, sind mehrheitlich Kernfamilien mit Kindern (59%) sowie Mehrpersonen- und Verwandtenhaushalte (47%) von Überbelag betroffen.

Grafik 9



Untersucht man speziell von Überbelag betroffene Kernfamilien mit Kindern nach Wohnungsgröße und Personenanzahl, so zeigt sich folgendes Bild: Jeweils 17,3% der Drei- bzw. Vier-Personen-Familien leben in Wohnungen zwischen 31-40 qm, und 16% der Vier-Personen-Familien haben Wohnungen zwischen 41-50 qm. In Wohnungen mit einer Größe zwischen 21-30 qm leben 8% der Drei-Personen-Familien; 8% der Fünf-Personen-Familien wohnen in Wohnungen zwischen 51-60 qm (vgl. Tabelle 25).

Tabelle 25

Wohnungsgröße (gruppiert)	Personenanzahl (Kernfamilie mit Kind)					gesamt
	3 Personen	4 Personen	5 Personen	6 Personen	8 Personen	
unter 15-20 qm	1,3%	1,3%	-	-	-	2,7%
21-30qm	8,0%	2,7%	1,3%	-	-	12,0%
31-40qm	17,3%	17,3%	4,0%	-	-	38,7%
41-50qm	4,0%	16,0%	16,0%	-	-	24,0%
51-60qm	-	6,7%	8,0%	-	-	14,7%
61-70qm	-	-	2,7%	2,7%	-	5,3%
71-80	-	-	-	1,3%	1,3%	2,7%
gesamt	30,7%	44,0%	20,0%	4,0%	1,3%	100% n=75

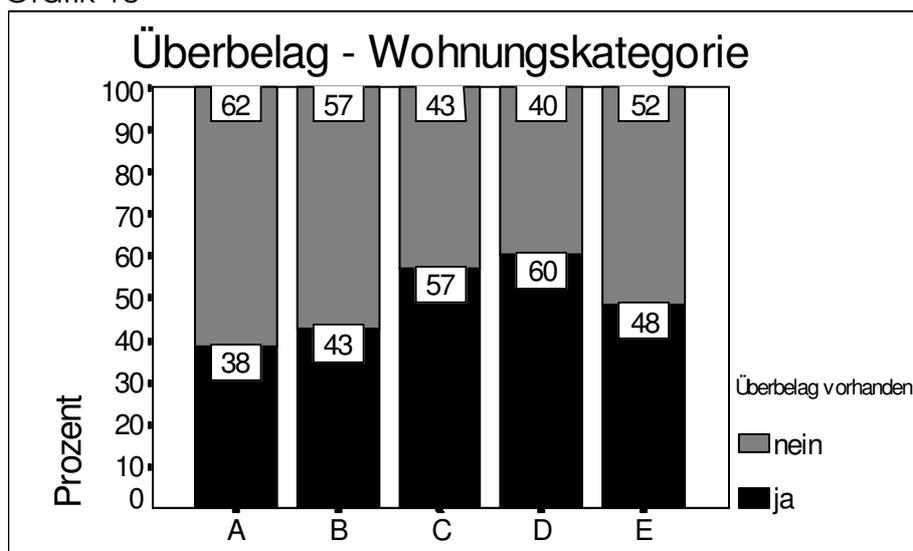
Differenziert nach Wohnkategorien (vgl. Grafik 10) wird deutlich, daß der höchste Überbelag nach Wohnraumdichte in Substandard-Wohnungen vorhanden ist. Aber auch AusländerInnen in Wohnungen der Kategorie A und B sind davon betroffen. Überbelag/Dichte findet sich somit in ausländischen Wohnungen unabhängig von

der Ausstattungskategorie wie Tabelle 26 zeigt. So sind 38% aller ausländischen Haushalte der Kategorie A von Überbelag betroffen.

Tabelle 26

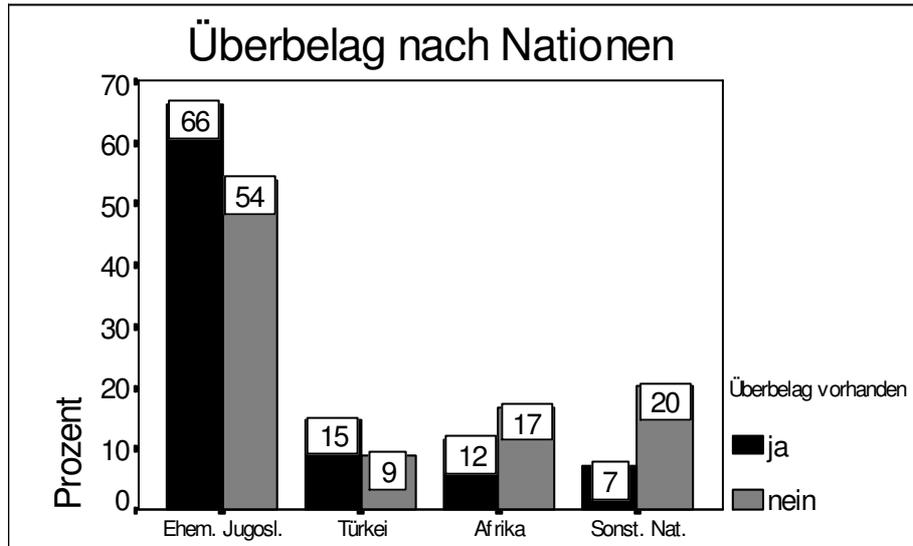
Überbelag in ausländischen Haushalten		
Kategorie	Anzahl der Haushalte	von Überbelag betroffen
A	27,2%	38%
B	19,6%	43%
C	22,3%	57%
D	29,9%	60%
E	1,1%	48%
gesamt	100%	

Grafik 10



Vergleicht man die untersuchten Nationen im Hinblick auf Überbelag/Dichte, so ist eine Tendenz dahingehend erkennbar, daß Personen aus Afrika und sonstigen Nationen (inkl. Rumänien) weniger von Überbelag betroffen sind als Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei (vgl. Grafik 11).

Grafik 11



- Überbelag/Dichte in Kellerwohnungen

Neben den ausländischen Haushalten in Geschoßlage sind auch AusländerInnen, die in Kellerwohnungen leben, von Überbelag betroffen. 37,5% der ausländischen Mehrpersonen-Haushalte in Kellerlage haben einen Überbelag. Besonders schlimm ist die Situation für die 18,2% der AusländerInnen in 1-Personen-Haushalten, die in „Unterkünften“ (durchschnittlich 12 qm) mit Überbelag wohnen.

Überbelag/Zimmer

Als Richtwert gilt bei Überbelag-Zimmer, daß 1 Zimmer pro Person vorhanden sein soll. Würde man diesen Maßstab bei den von AusländerInnen bewohnten Haushalten anwenden, würde man bei den Mehrpersonenhaushalten in Geschoßlage einen Überbelag von 93,7% feststellen. Würde man den Überbelag/Zimmer nach der Wiener Definition erheben, so wäre ca. die Hälfte der ausländischen Haushalte in Graz in Geschoßlage von Überbelag/Zimmer betroffen.

Zusammenfassend läßt sich hier sagen, daß AusländerInnen im Vergleich zur inländischen Bevölkerung in Graz in sehr starkem Maße benachteiligt sind. Der hohe Anteil an Substandard-Wohnungen, die hohe Wohndichte und schlechte Wohnlage sind Indiz für schlechte Wohnqualität. Fallen alle drei Faktoren zusammen, so kann von „Wohnungsbedürftigkeit“ gesprochen werden.

Folgen solcher Wohnbedingungen sind nicht nur gesundheitliche Schäden, psychische Belastungen etc., sondern führen statt zu der gewünschten Integration zu deren Gegenteil.

Wohnumfeld

Nicht nur die Eigenschaften einer Wohnung wie Größe, Ausstattung und Lage sind Kriterien für Wohnqualität, sondern auch die Qualität des materiellen und sozialen Wohnumfeldes. Die Zusammensetzung der sozialen und ethnischen Nachbarschaft kann als Faktor für ein hohes oder niedriges Konfliktniveau bestimmend sein. Gibt es in einem Wohnhaus, einem Wohnblock oder in einem ganzen Wohnviertel einen verstärkten Zuzug von AusländerInnen und etablieren sich diese mit ihren Normen, ihren Verhaltensstandards und ihrer Gruppenidentität, so werden sie von den Einheimischen als Außenseiter betrachtet, die eine bestimmte soziale Ordnung stören. D.h. der soziale Status der Nachbarschaft ist wichtig für die eigene Person und wird auch auf die eigene Person übertragen, sofern man sich zugehörig fühlt. „Man fühlt sich gern zugehörig, wenn die Zugehörigkeit Prestige verleiht, und entsprechend umgekehrt herrscht der Versuch vor, sich von der Umwelt zu distanzieren, wenn die Zugehörigkeit mit negativem Prestige verbunden ist“ (Weeber 1971: 97 in: Eichener 1988: 123). Das läßt den Schluß zu, daß es weniger die Konkurrenz um materielle Ressourcen ist, die zu Spannungsverhältnissen zwischen Einheimischen und AusländerInnen führen kann, sondern eher die emotionale Identifikation mit der vertrauten Umgebung, die Etablierte gefährdet sehen.

Kontakte innerhalb von Geschoßbauten können durch physisches Zusammentreffen (im Stiegenhaus, Hof, Keller) als Auslöser sowohl für Nachbarschaftsbeziehungen als auch für Konflikte aufgrund unterschiedlicher Lebens- und Verhaltensgewohnheiten fungieren.

Einige Aussagen sollen verdeutlichen, welche unterschiedlichen Motivationen zu negativen Einstellungen gegenüber AusländerInnen führen können:

- Erhöht sich die Anzahl von ausländischen Haushalten in einem Wohnhaus, sinkt die Anzahl von inländischen Haushalten, und damit verringert sich die Anzahl der einheimischen InteraktionspartnerInnen im Haus: „Hier leben ja sowieso nur mehr Ausländer!“
- Ist die Anzahl der ausländischen Haushalte in einem Wohnhaus größer oder werden in einem Wohnviertel verstärkt AusländerInnen wahrgenommen, so führt dies zu einem Konkurrenzdenken, das sich in Aussagen wie „Ausländer nehmen den Österreichern die Wohnungen weg!“ spiegelt.
- Andersartigkeit in Aussehen und Verhalten (das Fremde) wird oft durch Ausgrenzung und Entwertung bewältigt: „Man muß sich ja fürchten!“ oder „Die verdrecken ja alles!“
- Lärm (Überbelag) oder Geruchsbelästigung (traditionelle Küche) werden schneller als Störung empfunden als bei InländerInnen „Die sollen ihre Kinder anständig erziehen!“ oder „Die sollen sich anpassen, wenn sie schon hier sind!“

Aussagen solcher Art weisen darauf hin, daß die Art und das Ausmaß der Zusammensetzung der ethnischen Nachbarschaft, ob in einzelnen Wohnhäusern, Straßenzügen oder Wohnvierteln, ein wichtiger Integrationsfaktor ist.

Eine Kontaktaufnahme mit Angehörigen der Außenseitergruppe ist oft mit einem Prestigeverlust in der eigenen Gruppe verbunden. Elias beschreibt das folgendermaßen:

„Sie (die Kontakte) gefährden die eingebaute Abwehr der Etabliertengruppe gegen Verletzungen der gemeinsamen Normen und Tabus, von deren Befolgung sowohl die Stellung des einzelnen unter seinen Gruppengenossen als auch seine Selbstachtung, sein Stolz, seine Identität als Mitglied der 'besseren' Gruppe abhängen“ (Elias 1990: 18).

Diese Tabuisierung des Kontaktes hat neben dieser rationalen Komponente auch noch eine emotionale, eine „Gefühlsreaktion, die man in anderem Zusammenhang 'Angst vor Beschmutzung' nennt“ (Elias 1990: 19).

Wieweit Wahrnehmungen solcherart wirklich zutreffen bzw. ob ein Zusammenhang zwischen Rassismus und Wohnumfeld besteht, kann an dieser Stelle nicht geklärt werden, sondern wäre Gegenstand einer eigenen Untersuchung.

Wohnungskosten

Tabelle 27 versucht die durchschnittlichen Wohnungskosten für MigrantInnen für die unterschiedlichen Wohnungsgrößen und Ausstattungskategorien aufzulisten. Eine genaue Unterteilung nach Miet- und Betriebskosten, Strom und Heizung ist aufgrund der erfaßten Daten nicht möglich. Allerdings läßt sich auch am Gesamtaufwand veranschaulichen, welchen Restriktionen die ausländische Bevölkerung am Wohnungsmarkt ausgeliefert ist.

Tabelle 27

qm/Wohnung	Wohnungskosten im Durchschnitt in ATS				
	Kat. A	Kat. B	Kat. C	Kat. D	Kat. E
unter 15qm - 20qm	4.100	-	4.340	3.960	3.750
21qm - 30qm	5.150	4.720	5.120	5.090	-
31qm - 40qm	5.500	5.450	5.960	5.130	4.500
41qm - 50qm	5.670	6.980	6.490	5.460	-
51qm - 60qm	6.470	7.290	7.180	5.870	-
61qm - 70qm	8.240	7.650	6.830	4.400	-
71qm - 80qm	7.920	8.930	7.400	-	-
81qm - 90qm	8.720	9.170	-	-	-

Auffällig ist hier, daß sich der Aufwand für die Kategorien von B bis D nicht wesentlich unterscheidet. Ein ähnliches Bild ergeben auch die Daten der ÖSTAT - HWZ 1991 für Mietwohnungen in Graz, wobei als Berechnungsgrundlage der Wohnungsaufwand samt Betriebskosten genommen wurde (vgl. LASTAT Stmk. 1991: 51).

Aus unserer Untersuchung geht hervor, daß der finanzielle Aufwand für Standardwohnungen teilweise sogar höher ist als für Kategorie A-Wohnungen. Diese Tatsache läßt sich auf mehrere Faktoren zurückführen. Zum einen ist der öffentliche Wohnungssektor für AusländerInnen nur beschränkt zugänglich, d.h. diese Personengruppe ist auf den privaten Wohnungsmarkt angewiesen, wobei auch der private Sektor für eine Außenseitergruppe wie die der AusländerInnen mit Restriktionen

belegt ist. Zudem hat sich das Angebot in den Wohnungsmarktsegmenten verändert: Der private Wohnungsmarkt hat sich zugunsten des öffentlichen verringert. Die nach 1945 fertiggestellten Wohnungen wurden zu einem großen Teil von Gebietskörperschaften und Gemeinnützigen Bauvereinigungen errichtet. Besonders Mitte der 60er bis in die 70er Jahre waren es die Gemeinnützigen Bauvereinigungen, die den Wohnungsbestand an geförderten Miet- und Eigentumswohnungen stark erhöhten. Danach ging die Wohnbauleistung deutlich zurück, und vermehrte Anstrengungen im Bereich der Stadterneuerung und Wohnverbesserung trugen zu einer Verringerung des eher billigen Altbauwohnbestandes bei. Zudem war die Mietrechtsnovelle 1986 für viele VermieterInnen ein Anreiz, freigewordene Altbauwohnungen zu sanieren und als Kategorie A-Wohnungen zu einem hohen Mietzins zu vermieten (vgl. LASTAT 1991: 12). Ein weiterer Rückgang am privaten Mietwohnungsmarkt kann durch Sanierung und Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen oder durch Umwandlung von Wohnnutzung in Büronutzung erklärt werden. Insgesamt kann man von einer Verschiebung von schlecht ausgestatteten Wohnungen hin zu besseren und damit teureren Wohnungen sprechen.

Man muß daher davon ausgehen, daß wohnungssuchenden AusländerInnen in Graz ein sehr geringes Angebot an billigen Mietwohnungen zur Verfügung steht. Dieses Zusammenwirken von Knappheit an Billigwohnungen und einer hohen Nachfrage führt zu einer Überhöhung der Preise von schlecht ausgestatteten Wohnungen. Eine Ausnutzung besonderer Art passiert dort, wo es um nicht mehr vermietbaren Wohnraum geht und AusländerInnen hier sozusagen als lukrative Einnahmequelle dienen.

Die vom Marktwert her zum Großteil ungerechtfertigten Mietpreisforderungen führen dazu, daß AusländerInnen für eine schlechte Wohnqualität zum Teil gleich hohe bzw. höhere Wohnkosten haben als Personen in Wohnungen mit guter Wohnqualität.

Ein weiterer Faktor, der hier mitberücksichtigt werden muß, ist der Anteil der Heizungskosten in den Wohnungskategorien B bis E. Da Wohnungen in diesen Ausstattungskategorien über keine Zentralheizung verfügen, steigen die Wohnungskosten in den Wintermonaten vor allem dort erheblich, wo mit Radiatoren geheizt wird. Zudem kommt, daß viele Haushalte noch mit alten Elektrogeräten (Herd, Kühlschrank, Waschmaschine) und teilweise mit defekten Geräten (z.B. Boiler) ausgestattet sind, daß sich auch daraus die extrem hohen Stromkosten ergeben.

Trotz dieser zusätzlichen Belastungen sind die Wohnungskosten in den Wohnungen der unteren Kategorien eindeutig zu hoch, sodaß man von Qualitäts- und Mietpreisdiskriminierung sprechen kann.

In bezug auf die Mietzahlungsbereitschaft hat unsere Untersuchung ergeben, daß 40,2% der befragten Personen in den Haushalten für eine besser ausgestattete Wohnung mehr Miete zu bezahlen bereit sind. Die Verbesserungswünsche beziehen sich eindeutig auf mehr Wohnraum, wobei sanitäre Ausstattung und Zentralheizung gewünschte Mindeststandards sind. Der Mietzahlungsbereitschaft sind natürlich objektive Grenzen der Mietzahlungsfähigkeit gesetzt.

Wohnungsmarkt

Der Wohnungsmarkt in Graz läßt sich im Hinblick auf Zutrittsrestriktionen in zwei Segmente unterscheiden:

- Das Wohnungsangebot am privaten Wohnungsmarkt mit Miet- und Eigentumswohnungen mit Altbauwohnungsbestand,
- das Wohnungsangebot am geförderten Wohnungsmarkt mit Mietwohnungen des kommunalen Wohnbaus (Gemeindewohnungen) und Geschoßwohnbauten von Gemeinnützigen Bauvereinigungen mit Miet- und Eigentumswohnungen.

Privater Wohnungsmarkt

Der Zutritt zum privaten Wohnungsmarkt unterscheidet sich wesentlich vom Zutritt zum geförderten. Gesetzliche Regelungen und Richtlinien schließen AusländerInnen zum Teil vom Segment der geförderten Wohnungen aus (Ausnahme: EU bzw. EWR-BürgerInnen und anerkannte Flüchtlinge).

Im Unterschied zum geförderten Wohnungsmarkt gibt es am privaten Wohnungsmarkt keine formalen Zugangsbeschränkungen. Die Restriktionen sind hier allerdings anderer Art wie überhöhte Preise, Knappheit an Billigwohnungen, mangelnde Vertrautheit mit Rechtsmitteln, Rassismus.

Auf die Frage nach der Wohnungsfindung gaben 46,2% der AusländerInnen an, daß sie die jetzige Wohnung über Bekannte und ArbeitskollegInnen gefunden haben, wobei in diesen Wohnungen zumeist vorher schon AusländerInnen gewohnt hatten. An zweiter Stelle mit 21,7% wurden Immobilienbüros genannt, wobei für die meisten Wohnungssuchenden diese Möglichkeit der letzte Ausweg war. Der für AusländerInnen hohe Anteil der Wohnungsfindung über Immobilienbüros läßt auf eine ausländerfeindliche Haltung bei privaten VermieterInnen schließen. Das bestätigen die 24,5% der AusländerInnen, die Probleme bei der Wohnungssuche aufgrund ihrer Nationalität hatten. Für 17,9% war das größte Problem die Höhe der Miete. 52,7% meinten, keine Probleme gehabt zu haben, wobei sich dieser Anteil mit dem deckt, der die Wohnung über Bekannte und ArbeitskollegInnen gefunden hat.

63,6% der AusländerInnen haben eine Kautions bezahlt, wobei sich diese in einer Höhe zwischen 1.500.- und 60.000.- bewegt. Aus den Interviewgesprächen ging hervor, daß viele Mieter keinen schriftlichen Beleg für die Hinterlegung der Kautions haben. Des weiteren gibt es auch einzelne Fälle, in denen die Kautions für die vorige Wohnung trotz ordnungsgemäßer Übergabe nicht zurückgegeben wurde. Zum Teil konnte hier aber durch Anwendung entsprechender Rechtsmittel geholfen werden.

In bezug auf den Erwerb einer Eigentumswohnung gibt es zwar keine rechtlichen Beschränkungen, allerdings müssen AusländerInnen hier mit einer Unzahl an formalen Hürden rechnen. In unserer Untersuchung sind es lediglich 2 Familien, die eine Eigentumswohnung besitzen. Der Wunsch nach einer Eigentumswohnungen wurde in den Interviews des öfteren geäußert.

Geförderter Wohnungsmarkt

Zum geförderten Wohnungsmarkt zählen der geförderte Geschoßwohnbau mit Miet- und Eigentumswohnungen. „Darunter versteht man die Errichtung geförderter Eigentums- und Mietwohnungen in mehrgeschoßiger oder verdichteter Bauweise, welche von gemeinnützigen Bauvereinigungen oder Gemeinden errichtet werden“ (Amt der Stmk. LR: Information über den „Geförderten Geschoßwohnbau“, Stand: Juli 1996).

- Gemeindewohnungen

Der Zugang zu Gemeindewohnungen bleibt MigrantInnen verschlossen, Ausnahme sind anerkannte Flüchtlinge.

Ingesamt sind laut Wohnungsamt der Stadt Graz 4.856 Wohnungen im Besitz der Stadt Graz und ca. 5.500 Wohnungen befinden sich in Übertragsbauten (diese werden von Genossenschaften verwaltet, für die Vergabe zuständig ist das Magistrat-Wohnungsreferat).

Tabelle 28

Konventions- und De-facto-Flüchtlinge in Gemeindewohnungen:

1993 – 1994	12
1995	20
1996	33

Quelle: Wohnungsamt der Stadt Graz (für 1997/98 bekamen wir keine Daten zur Verfügung gestellt)

- Geförderte Eigentumswohnungen

Der Zugang zu geförderten Eigentumswohnungen bleibt ausnahmslos folgenden Personengruppen vorbehalten (vgl. Amt der Stmk. LR: Information über den „Geförderten Geschoßwohnbau“, Stand: Juli 1996):

- ⇒ allen volljährigen österreichischen StaatsbürgerInnen,
- ⇒ allen Personen, die den ÖsterreicherInnen im Sinne des Steiermärkischen Wohnbauförderungsgesetzes 1993 gleichgestellt sind. Gleichgestellt heißt alle aus dem EWR-bzw. EU-Raum kommenden erwerbstätigen Personen,
- ⇒ gleichgestellt sind auch alle jene Personen, deren Flüchtlingseigenschaft festgestellt ist (Flüchtlinge im Sinne des AsylG).

- Geförderte Mietwohnungen

Zur Benutzung einer geförderten Mietwohnung (Genossenschaftswohnungen) sind folgende Personengruppen berechtigt:

- ⇒ alle volljährigen österreichischen StaatsbürgerInnen,
- ⇒ alle in Österreich selbständig oder unselbständig erwerbstätige Personen aus dem EWR- bzw. EU-Raum,
- ⇒ alle ausländischen StaatsbürgerInnen: Diese kommen allerdings nur dann in den Genuß einer Wohnbeihilfe, wenn sie sich „seit mindestens fünf Jahren ständig in Ös-

terreich aufhalten, unbeschränkt steuerpflichtig sind und über eine Beschäftigungsbewilligung oder einen Befreiungsschein im Sinne des Ausländerbeschäftigungsgesetzes verfügen und eine geförderte Mietwohnung bewohnen“.

Die Benützung geförderter Mietwohnungen beschränkt sich auf „begünstigte Personen“, deren jährliches Netto-Familieneinkommen bestimmte Grenzen nicht übersteigen darf:

Für 1 Person liegt die Höchstgrenze bei AtS 270.000 .--, für 2 Personen bei ATS 405.000 .--und für jede weitere Person werden ATS 50.000 .—hinzugerechnet.

Wie bei geförderten Eigentumswohnungen ist auch bei geförderten Mietwohnungen eine Anmeldung bei den Genossenschaften notwendig.

Auf die Nachfrage bei den 9 am Grazer Wohnungsmarkt vertretenen Gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften nach der Anzahl von AusländerInnen in den von ihnen verwalteten Wohnungen erhielten wir von 4 Genossenschaften ein Antwortschreiben mit eher spärlichen Auskünften. Einzig von der Gemeinnützigen Alpenländischen Gesellschaft bekamen wir detaillierte Angaben:

Schönere Zukunft Stmk: Bestand: 41 Miet-/Kaufwohnungen, derzeit weder ausländischen MieterInnen noch Konventionsflüchtlinge, 6-8 Anfragen von ausländischen Wohnungswerbern

Gemeinnützige Siedlungsges.m.b.H. St. Lambrecht GSL: nur österreichische StaatsbürgerInnen

Österreichische Wohnbaugenossenschaft ÖWG: keine Angaben über Anzahl der in Übertragungsbauten wohnenden AusländerInnen (Hinweis auf Magistrat – Wohnungsreferat), „Mietwohnungen werden sowohl an In- wie auch an Ausländer – so es sich um echte Sozialfälle handelt – befristet vermietet“

Siedlungsgenossenschaft Rottenmann: keine Angaben, Hinweis auf Magistrat – Wohnungsreferat über in Übertragungsbauten lebenden AusländerInnen

Gemeinnützige Alpenländische Gesellschaft GWS: insgesamt 66 geförderte Mietwohnungen in Graz, 13 davon an AusländerInnen vermietet (davon 1 Konventionsflüchtling und 1 „de-facto-Flüchtling“): Rumänien: 4, Slowenien: 1, Deutschland: 1, Türkei: 1, Bosn.-Herzegowina: 2, Jugoslawien: 1, Polen: 2, Ungarn: 1

- Wohnbeihilfe

Für alle geförderten Mietwohnungen wird als Subjektförderung eine Wohnbeihilfe gewährt (vgl. Amt der Stmk. LR: Information für die Gewährung von Wohnbeihilfen, Stand: Juli 1996).

Folgende Personengruppen sind berechtigt, diese Wohnbeihilfe zu beziehen:

⇒ alle österreichischen StaatsbürgerInnen,

⇒ alle in Österreich selbständig oder unselbständig erwerbstätigen Personen aus dem EWR- bzw. EU-Raum,

⇒ alle Personen, deren Flüchtlingseigenschaft festgestellt ist und die zum Aufenthalt in Österreich ständig berechtigt sind,

⇒ alle ausländischen StaatsbürgerInnen, die sich seit mindestens fünf Jahren ständig in Österreich aufhalten, unbeschränkt steuerpflichtig sind und über eine Beschäftigungsbewilligung oder einen Befreiungsschein im Sinne des Ausländerbeschäftigungsgesetzes verfügen und eine geförderte Mietwohnung bewohnen.

⇒ Personen, die nach einer mindestens fünfjährigen Berufstätigkeit in Österreich einen Ruhegenuß beziehen, nach deren Tod auch die hinterbliebenen EhegattInnen bzw. LebensgefährtInnen.

Obwohl AusländerInnen rechtlich Zugang zu Teilen des geförderten Wohnungsmarktes und damit auch zu Wohnbeihilfen hätten, sieht es in der Praxis anders aus. Der Grund, warum AusländerInnen hier kaum als BewerberInnen auftreten, kann in erster Linie auf den bestehenden Informationsmangel zurückgeführt werden.

Hier scheint ein völliges Desinteresse an einer Integration im Ausländer- und Wohnbereich seitens der politisch Verantwortlichen vorzuliegen. Auch im Hinblick auf Wohnstandortsegregation müßten Handlungsmöglichkeiten wahrgenommen werden. In diesem Zusammenhang muß auch eine Öffnung der Gemeindewohnungen für AusländerInnen diskutiert werden (von 10.356 Gemeindewohnungen waren 1996 lediglich 33 Wohnungen von ausländischen Familien belegt).

Mit einer Wohnungspolitik, die ausländische Wohnungssuchende nicht diskriminiert, sondern nach bestimmten Grundsätzen (Bedarf, Dringlichkeit, Miethöhe etc.) bevorzugt, könnte soziale Integration gefördert und Segregation vermieden werden.

Wohnungssuche

Wohnungswechsel

Wie oft ausländische Familien in Graz ihre Wohnung wechseln, ist von der Aufenthaltsdauer, dem Herkunftsland und von der Familiengröße (Personenanzahl) abhängig.

In bezug auf die Aufenthaltsdauer ist erkennbar, daß jene MigrantInnen, die länger in Graz sind, öfter umgezogen sind. Von den MigrantInnen, die seit über 10 Jahren in Graz sind, sind 6,9% bereits über 9mal gesiedelt.

Der Anteil jener, die noch nie die Wohnung in Graz gewechselt haben, liegt bei MigrantInnen mit einer Aufenthaltsdauer von 1 bis 3 Jahren bei 66,7%.

Tabelle 29

Wohnungswechsel	Aufenthaltsdauer				
	1 bis unter 3 Jahre	3 bis unter 5 Jahre	5 bis unter 7 Jahre	7 bis unter 10 Jahre	über 10 Jahre
noch nie	66,7%	18,5%	4,7%	7,7%	-
1 x	25,0%	40,7%	42,2%	30,8%	20,7%
2 x	8,3%	29,6%	26,6%	15,4%	34,5%
3 x	-	7,4%	14,1%	17,3%	17,2%
4 x	-	-	3,1	13,5%	10,3%
5 - 9x	-	3,7%	9,3%	11,5%	10,4
über 9 x	-	-	-	3,8%	6,9%
Gesamt	100%	100%	100%	100%	100%

Wie bereits im Kapitel „Aufenthaltsdauer“ beschrieben, leben die meisten MigrantInnen schon seit 5-7 Jahren in Graz. Von MigrantInnen mit dieser Aufenthaltsdauer haben 42,2% ihre Wohnung in Graz 1mal, 26,6% haben die Wohnung 2mal und 14,1% haben die Wohnung in Graz 3mal gewechselt, 12,4% noch öfter. Zurückge-

führt werden kann dieser häufige Wohnungswechsel möglicherweise auf die unzufriedenstellende Wohnsituation.

„Wir sind jetzt ca. 1 Jahr in der Wohnung. Die Wohnung ist zu klein für die Kinder. Der Boden ist ganz kalt. Wir sind im Sommer gekommen, den Schimmel haben wir nicht gesehen. ... Die Kinder sind viel krank.“

Der Anteil jener, die noch nie ihre Wohnung in Graz gewechselt haben, ist mit 4,7% marginal. Es ist aber anzunehmen, daß sie bereits Bekannte bzw. Verwandte in Graz gehabt haben, die für sie eine Wohnung gesucht haben.

„Mein Bruder war schon vor mir in Graz. Wie ich dann gekommen bin, habe ich bei ihm gewohnt. Jetzt wohne ich auch noch da.“

Vergleicht man die Häufigkeit des Wohnungswechsels nach den Haushaltsformen, so zeigt sich folgendes Bild:

Tabelle 30

Wohnungswechsel	Haushaltsform			
	Kernfam. ohne Kinder/ 2-Personen-haushalt	Kernfamilie mit Kinder	1-Personen-haushalt	Mehrperso- nen/ Verwandten- haushalt
noch nie	16,1%	7,8%	13,6%	20,0%
1 x	25,8%	37,1%	27,3%	40,0%
2 x	29,0%	23,3%	18,2%	26,7%
3 x	19,4%	12,1%	22,7%	-
4 x	6,5%	7,8%	-	6,7%
5 -9 x	3,2%	9,3%	13,7%	6,7%
über 9 x	-	2,6%	4,5%	-
Gesamt (N=184)	100% (n=31)	100% (n=116)	100% (n=22)	100% (n=15)

Wohnungsfindung

Bei den verhältnismäßig häufigen Wohnungswechseln stellt sich die Frage, wie MigrantInnen ihre Wohnungen finden. Wie aus der nachfolgenden Grafik 12 ersichtlich ist, wenden sich 52% (95%CI: $\pm 7,2\%$) der AusländerInnen bei der Wohnungssuche an Verwandte, Bekannte und Arbeitskollegen. Die Vorteile dieser Hilfe bei der Wohnungssuche sind bei den Interviews immer wieder angesprochen worden, da sie den MigrantInnen viel Zeit und Frustration mit VermieterInnen erspart.

„Vorher hat mein Arbeitskollege hier gewohnt. Er hat mir gesagt, daß seine Wohnung frei wird und dann habe ich sie genommen. Habe vorher im Keller gewohnt ... es war alles feucht. Jetzt bin ich hier. Es ist nicht feucht, aber sehr klein. Die nächste Wohnung wird hoffentlich noch besser.“

Am zweithäufigsten wenden sich MigrantInnen bei der Wohnungssuche an Immobilienbüros: 22% (95%CI: $\pm 1,5\%$) der untersuchten Haushalte haben ihre Wohnung über diesen Weg gefunden und durchschnittlich 15.200,- an Provision bezahlt. Über

Zeitungsinserate haben 13% ihre Wohnung gefunden. Der Anteil jener, die ihre Wohnung über eine Beratungsstelle gefunden haben, ist mit 7% verhältnismäßig gering. In manchen Fällen hat auch der Arbeitgeber die Wohnungssuche übernommen.

Grafik 12

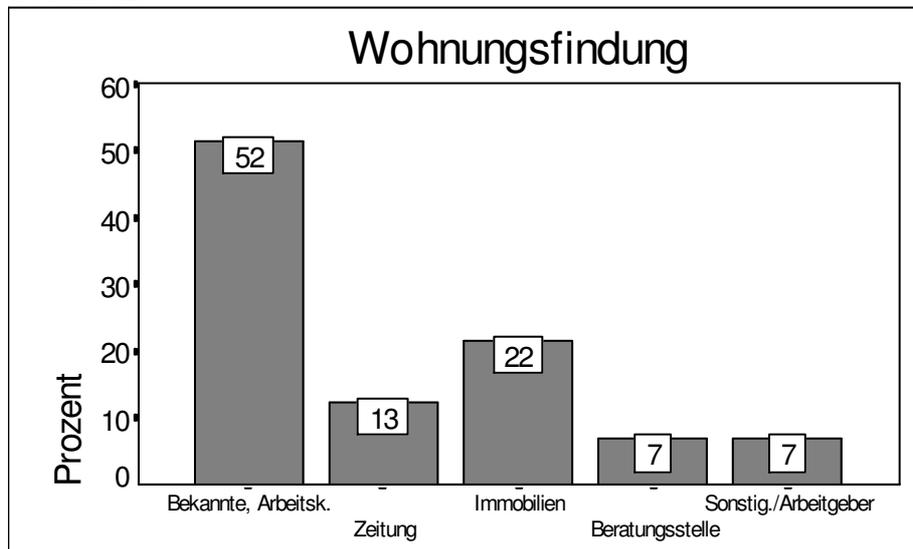


Tabelle 31 zeigt, auf welchem Weg Personen der unterschiedlichen Herkunftsländer ihre Wohnung finden:

Tabelle 31

Nation	Wohnungsfindung über ...					Gesamt 100% (N=184)
	Bekannte Arbeitskoll.	Zeitung	Immobilien	Beratungs- stelle	Arbeitge- ber Sonstige	
Ex-Jugos- lawien	54,1	9,9	20,7	5,4	9,9	100% n=111
Türkei	59,1	13,6	27,3	-	-	100% n= 22
Ägypten	35,7	14,3	35,7	14,3	-	100% n= 14
Übriges Afrika	41,7	16,7	16,7	16,7	8,3	100% n=12
Rumänien	25,0	25,0	25,0	12,5	12,5	100% n=8
Sonstige	58,8	17,6	11,8	11,8	-	100% n=14

Bei jedem Wohnungswechsel fallen, neben den üblichen Übersiedlungskosten, Kosten für Ab- und Anmeldung von Telefon, Kautions, Ablöse, Mietvertragserstellung etc. an.

AusländerInnen bezahlen durchschnittlich 16.000,-- Kautions (1500,-- bis 60.000,--) für ihre Mietwohnungen, die nur in den seltensten Fällen über ein Sparsbuch verzinst werden.

Eine Ablöse bezahlen 16,3 % der AusländerInnen in der durchschnittlichen Höhe von 24.000,--.

Dauer der Wohnungssuche

Mit einem Wohnungswechsel erwarten sich AusländerInnen eine Verbesserung in der Wohnqualität. Die Verbesserungswünsche beziehen sich hauptsächlich auf ein sicheres Mietverhältnis (83,3%), niedrige Mietkosten (82,7%), gute sanitäre Ausstattung (79%) und ausreichend Wohnraum (75,9%).

„Wir ziehen im nächsten Monat um. Ich habe alles selber hergerichtet in der neuen Wohnung, das Bad eingebaut, ausgemalt ... Weil ich alles selbst gemacht habe, ist die Miete nicht so teuer. ... Wir haben dann 1 Zimmer mehr als jetzt.“

Ungefähr die Hälfte aller in Graz lebenden AusländerInnen (52,7%) haben die Wohnung, die sie derzeit bewohnen, innerhalb von 1 Monat gefunden, zwischen 1-6 Monaten haben 24,5% gesucht und jeweils 11,4% haben bis zu einem Jahr bzw. länger als ein Jahr gesucht.

Zurückgeführt werden kann die rasche Wohnungsfindung (innerhalb von 1 Monat) auf die Unterstützung von Bekannten und ArbeitskollegInnen. Von den 52,7% haben 68% (Tabelle 30) über diese informelle Quelle die Wohnung gefunden und 12,4% über Immobilienbüros. 10,3% haben ihre Wohnung innerhalb der kurzen Zeit über ihren/ihre ArbeitgeberIn bzw. auf andere Weise gefunden:

„Mein Bruder arbeitet für eine Putzfirma. Das ist sein Rayon. Und da hat er gesehen, daß diese Wohnung und die Nachbarwohnung frei sind. Da hat er den Hausherrn gefragt.“

AusländerInnen, die zwischen 1 und 6 Monaten für ihre jetzige Wohnung gesucht haben, haben zu 35,6% diese Wohnung über Immobilienbüros und 33,3% über Bekannte oder ArbeitskollegInnen gefunden. Über Zeitungsinserte haben 28,9% ihre Wohnung gefunden.

Im Zeitraum von 6 Monaten bis zu 1 Jahr haben jeweils 33,3% der AusländerInnen ihre Wohnung mit Unterstützung von Bekannten und ArbeitskollegInnen bzw. über Immobilienbüros gefunden. AusländerInnen, die über ein Jahr ihre Wohnung gesucht haben, haben diese über Mithilfe von Bekannten und ArbeitskollegInnen bzw. durch Beratungsstellen gefunden.

Tabelle 32

Wohnungs- findung über	Dauer der Wohnungssuche			
	weniger als 1 Monat	1 bis 6 Monate	6 Monate bis 1 Jahr	länger als 1 Jahr
Bekannte/ Arbeitskolle- gen	68,0%	33,3%	38,1%	38,1%
Zeitung	7,2%	28,9%	9,5%	4,8%
Immobilien	12,4%	35,6%	33,3%	23,8%
Beratungsstel- le	2,1%	-	19,0%	33,3%
Arbeitsgeber/ Sonstige	10,3%	2,2%	-	-
Gesamt (N=184)	100% n= 97	100% n= 45	100% n= 21	100% n= 21

Von den 53,3% der AusländerInnen, die bei der Wohnungssuche keine Probleme gehabt haben, haben ungefähr die Hälfte ihre Wohnung über Bekannte und 21,4% haben ihre Wohnung über Immobilienbüros gefunden.

Das häufigste Suchproblem von AusländerInnen ist die Einstellung vieler VermieterInnen gegenüber AusländerInnen. 24,5% der untersuchten Personen geben an, daß sie eine Wohnung aufgrund ihrer Nationalität nicht bekommen haben. Die hohen Mietkosten sind das zweithäufigste Problem bei der Wohnungssuche (22,3%).

„Habe in der Zeitung eine Wohnung gelesen und angerufen. Der Herr hat gesagt, ich soll gleich kommen und mir die Wohnung anschauen. Bin auch sofort hingefahren. Wie ich dann dort war, hat der Herr gesagt, daß sie schon vergeben ist. ... Ich glaube, daß der Herr beim Telefon nicht erkannt hat, daß ich Ausländer bin, weil ich ganz gut Deutsch kann.“

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Ergebnisse der Untersuchungen haben unsere Annahme bestätigt, daß MigrantInnen aufgrund ihrer „Außenseiterposition“ und ihrer begrenzten finanziellen Möglichkeiten schlechter wohnen als die übrige Bevölkerung.

Ebenso bestätigte sich die Hypothese, daß die Mehrheit der AusländerInnen in Wohnungen mit unzureichender Wohnungsausstattung (Substandard) lebt und sich die Wohnqualität durch den zusätzlichen Faktor „Überbelag“ verschlechtert.

Eine weitere Annahme war, daß AusländerInnen, die sich aufgrund ihrer langen Aufenthaltsdauer bereits am Arbeitsmarkt integrieren konnten, in besser ausgestatteten Wohnungen leben, da Integration am Arbeitsmarkt und sozioökonomische Situation eng zusammenhängen. Diese Hypothese konnte nur zum Teil bestätigt

werden. Trotz finanzieller Möglichkeiten bleiben MigrantInnen am Wohnungsmarkt benachteiligt.

Daß AusländerInnen vom öffentlichen Wohnungssektor ausgeschlossen und daher auf den privaten Wohnungsmarkt angewiesen sind, der jedoch durch seine Knappheit an Billigwohnungen und zusätzlich durch einen informellen Rassismus gekennzeichnet ist, kann mit unserer Untersuchung ebenfalls bestätigt werden.

Die Ursachen für die schlechte Wohnsituation von AusländerInnen in Graz sind unterschiedlicher Art und dürfen nicht unabhängig voneinander betrachtet werden. Man kann von drei großen Bereichen sprechen, die ineinandergreifen und so zu den schlechten Wohnverhältnissen dieser Außenseitergruppe beitragen.

- Das ist zum einen der sozioökonomische Status von AusländerInnen, der sich nach Einkommen, Bildung und Ausbildung richtet.
- Zum anderen ist es ihre Außenseiterposition aufgrund ethnischer Merkmale, Rechtsstatus, Verhaltensstandards, Sprache, Religionszugehörigkeit etc., die zur Benachteiligung am Wohnungsmarkt beiträgt.
- Und nicht zuletzt ist es der Wohnungsmarkt selbst, der die Bedingungen vorgibt: Wohnungsknappheit, Zutrittsrestriktionen zum Wohnungsangebot, Qualitäts- und Mietpreisdiskriminierung.

Der niedrige sozioökonomische Status und die dadurch begrenzten finanziellen Möglichkeiten von AusländerInnen können zum einen auf ihre schlechte arbeitsrechtliche Stellung und zum anderen auf die Situation am Arbeitsmarkt zurückgeführt werden. Ausländische ArbeitnehmerInnen verrichten zu 56% Hilfsarbeiterdienste. Das bedeutet, daß sie über ein dementsprechend niedriges Einkommen verfügen. Diese Tatsache könnte den Schluß zulassen, daß die schlechte Wohnungsversorgung von AusländerInnen auf ihre Benachteiligung in der vertikalen Einkommenshierarchie zurückzuführen ist. Damit handelt es sich aber nicht mehr nur um ein Problem, von dem AusländerInnen betroffen sind, sondern ebenso ÖsterreicherInnen der unteren Einkommensschichten.

Die Ergebnisse der Untersuchung lassen den Schluß zu, daß AusländerInnen nicht explizit als einkommensschwache Gruppe benachteiligt sind, sondern hier auch Faktoren wie Nationalität oder Kinderanzahl eine Rolle spielen. Man kann somit von einer Kumulation sowohl von vertikalen als auch von horizontalen Disparitäten sprechen. Versorgungsdefizite ausländischer Familien im Wohnbereich sind damit nicht allein auf berufliche und wirtschaftliche Bedingungen zurückzuführen, sondern zur Erklärung tragen auch ausländerspezifische Ursachen wie informeller und institutioneller Rassismus bei. Informeller Rassismus äußert sich dort, wo z.B. MigrantInnen von VermieterInnen aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit diskriminiert werden. 24,5% der MigrantInnen gaben an, bei der Wohnungssuche aufgrund ihrer Nationalität Probleme gehabt zu haben. Zu hohe Wohnungskosten standen mit 22,3% an zweiter Stelle. Ausländische Familien zahlen für Substandardwohnungen überhöhte Mieten, ungefähr die Hälfte der AusländerInnen gibt mehr als zwei Drittel ihres Haushaltseinkommens für Wohnungskosten aus.

Der institutionelle Rassismus zeigt sich in der Einschränkung der Rechte durch gesetzliche Bestimmungen, wie sie im öffentlichen Wohnungsmarkt anzutreffen sind.

MigrantInnen befinden sich in einer Situation, in der von ihnen einerseits Anpassung verlangt wird, andererseits aber wird verhindert, daß sie Zugang zu gesellschaftlichen Positionen und Ressourcen erhalten. Tatsache ist, daß die Gruppe der AusländerInnen als soziale Außenseitergruppe stigmatisiert und aus vielen Bereichen ausgeschlossen wird. Dort, wo sich Gruppen in einer überlegenen Position befinden, sei es aufgrund eines bestimmten Verhaltenscodes, des Zuganges zu Ressourcen, einer größeren Kohäsion, einer gemeinsamen Identität, entstehen Ungleichheiten und Ungleichgewichte. In der Beschreibung des Wohnungsmarktes wird deutlich, wie eng soziale Ungleichheit (Einkommen, ethnische Zugehörigkeit etc.) und physische Ungleichheit (Art und Verteilung von Wohnungen) zusammenhängen.

Das Wohnproblem (Wohnungssuche/Wohnungsfindung) ist für die Gruppe der MigrantInnen insofern enorm groß, da der Nachweis einer ortsüblichen Wohnung Voraussetzung für weitere Schritte wie Beschäftigung, (unbefristete) Niederlassungsbewilligung, Zugang zu sozialen Einrichtungen etc. ist.

Viele MigrantInnen suchen sich zuallererst eine Unterkunft bei Bekannten oder Verwandten, die solange als Übergangsquartier dient, bis eine eigene Wohnung gefunden ist. D.h., daß aufgrund der mangelnden Kenntnis des Wohnungsmarktes und des Wohnungsangebotes ausländische Wohnungssuchende zunächst auf die Vermittlung von Landsleuten zurückgreifen und sich deshalb dort um Wohnungen bemühen, wo bereits Landsleute leben. Fehlende Information und Hilfestellung seitens öffentlicher Einrichtungen führen dazu, daß ausländische Haushalte in bestimmten Stadtvierteln konzentriert auftreten. Diese Situation läßt bei vielen den Schluß zu, daß AusländerInnen das Bedürfnis hätten, mit Landsleuten zusammenzuwohnen, und da diese bereits in qualitativ minderen Wohngebieten leben, wird den neu Hinzugekommenen ebenso unterstellt, sich bei ihrer Wohnungssuche nur auf diesen Teil des Wohnungsbestandes zu konzentrieren. Genau dieses Argument widerlegt unsere Untersuchung. Ein hoher Prozentsatz der von uns Befragten gibt an, lieber unter ÖsterreicherInnen wohnen zu wollen:

„Es ist besser, mit Österreichern zu leben, da lernt man schneller die Sprache und für die Kinder ist es auch besser, weil sie dann österreichische Freunde haben.“

Dieser Wunsch nach einem Zusammenleben mit ÖsterreicherInnen kann dahingehend interpretiert werden, daß für viele damit eine Hoffnung nach qualitativ besseren Wohnungen verbunden ist. Hier wird deutlich, daß MigrantInnen, die Österreich bzw. Graz als ihren Lebensmittelpunkt gewählt haben, versuchen, über eine bessere Wohnung aus ihrer Außenseiterposition auszubrechen und damit Zugang zu Ressourcen in anderen gesellschaftlichen Bereichen zu erhalten.

Trotz langer Aufenthaltsdauer, guter Sprachkenntnisse und Integration am Arbeitsmarkt gelingt es AusländerInnen nicht, ihre Wohnverhältnisse zu verbessern. Von den in unserer Untersuchung 184 befragten Personen gaben mehr als die Hälfte an, noch nie etwas über geförderte Wohnungen oder Wohnbeihilfe gehört zu haben. 43% meinten, sie hätten schon davon gehört, wüßten aber nicht so recht Bescheid bzw. glaubten, daß AusländerInnen keinen Zutritt zu geförderten Wohnungen oder zu Wohnbeihilfe hätten. Zu diesem Informationsmanko kommt, daß AusländerInnen mit den rechtlichen Regelungen bei uns, vor allem auf dem sozial-

und wohnungspolitischen Sektor sowie mit den Strukturen der Wohnungsvermittlung, kaum bis gar nicht vertraut sind. Viele Begriffe wie geförderter Wohnbau, Genossenschaftswohnung, Mieterschutz, Wohnbeihilfe etc. sind ihnen unbekannt. Nur die wenigsten wenden sich bei speziellen rechtlichen Fragen an kompetente Stellen, auch deshalb, da sie vielfach Angst haben, ihre Wohnung zu verlieren.

Offt wird die Meinung vertreten, AusländerInnen hätten keine oder nur sehr geringe Ansprüche an ihre Wohnqualität, da sie an einen niedrigen Wohnungsstandard in ihrem Herkunftsland gewohnt seien. Die Wohnungen, die sie in Österreich beziehen, seien ohnedies besser, und wenn sie in bessere Wohnungen einziehen, dann würden sie diese nur „versauen“. Anschauungen wie diese spiegeln meist unsere eigene Unwissenheit über fremde Kulturen und deren Lebens- und Wohnstrukturen wider.

Unsere Untersuchung ergab eine hohe Unzufriedenheit mit der Wohnsituation und den Wunsch nach besseren Wohnverhältnissen. Dabei stehen die unzureichende Wohnungsgröße und mangelnde Beheizung und damit verbunden die zu hohe Miete im Vordergrund. Da wir die Befragungen in den Wintermonaten durchführten, und zu dieser Zeit der Wohnung als „Schutzfunktion“ ein besonderer Stellenwert beigemessen wird, wurden Probleme wie unzureichende Heizung, schlecht dichtende Fenster und Türen und die schlechte Bausubstanz in hohem Maße offensichtlich.

„Das Fenster ist total kaputt ... das Holz ist ganz morsch. Im Winter legen wir Decken und Polster vor das Fenster, aber es zieht immer herein.“

46,7% der MigrantInnen sind mit ihrer Wohnung aufgrund der Höhe der Miete nicht zufrieden und für 40,2% ist es die Wohnraumgröße. Überhöhte Mieten und Überbelastung sind somit die größten Probleme der ausländischen Haushalte. Ein weiteres Problem sind die schlechte Bausubstanz bzw. unterlassene Renovierungsarbeiten verbunden mit schlechten Beheizungsmöglichkeiten, was zu hoher Feuchtigkeit und Schimmelbildung in den Wohnungen führt. Mehr als 1/3 der ausländischen Haushalte ist davon stark betroffen.

„Ich putze den Schimmel immer wieder weg. Aber nach einigen Wochen ist er wieder da. Neben dem Kinderbett und hinter dem Vorhang ist es ganz schlimm und es wird immer mehr. Ich weiß nicht, was ich da noch machen soll. Mein Kind hustet viel und ist oft krank.“

Als Auswirkungen auf den Gesundheitszustand wurden am häufigsten Husten, Atembeschwerden und eine hohe Infektionsanfälligkeit genannt. Aus medizinischer Sicht können solche Beschwerden zu chronischen Erkrankungen der Atemwege führen.

Gesundheitliche Beeinträchtigungen hängen also sehr eng mit den Wohnverhältnissen zusammen. Arbeitsausfall oder bleibende gesundheitliche Schäden führen letztendlich zu enorm hohen sozialen Kosten. Für die betroffenen Menschen selbst ist die Situation oft katastrophal. Aber nicht nur gesundheitliche Risiken aufgrund schlechter Bausubstanz sind Folgen von schlechten Wohnverhältnissen, sondern ebenso psychische Belastungen durch Wohnraumnot, deren Folgen unterschiedlich sein können. Im besonderen sind hier Kinder im schulpflichtigen Alter betroffen.

Wieweit sich solche Situationen auf den Lernerfolg sowie auf die Sozialisation ausländischer Kinder auswirken, wäre untersuchenswert.

Ziel verantwortungsvoller PolitikerInnen muß es deshalb sein, genügend „bewohnbaren“ Wohnraum, den sich Menschen auch leisten können, sicherzustellen.

Aus den Interviewgesprächen war zum Teil eine merkbare Resignation in bezug auf eine bessere Wohnungsversorgung spürbar. Der Zustand von Machtungleichheit und das eigene Ohnmachtgefühl wurden deutlich. So z. B. treten die VermieterInnen in der Sprache der MigrantInnen meist als „Chef“ auf, und die damit verbundene Angst vor dieser „Macht“, die jederzeit die Möglichkeit hat, sie auf die Straße zu setzen, ist offensichtlich. Die beobachtete Resignation manifestiert sich in Aussagen wie den folgenden, wobei hier vielfach eine widerspruchslöse Akzeptanz der Position, in der sich AußenseiterInnen befinden, zum Ausdruck kommt:

„Ausländer bekommen sowieso keine besseren Wohnungen.“

„Als Ausländer wirst du immer anders behandelt.“

„Gemeindewohnungen kriegen eh nur Österreicher.“

„Wenn was kaputt ist, mach` ich es selber. Ich will keine Probleme haben.“

„Ich muß ja zufrieden sein. Ausländer bekommen keine besseren Wohnungen.“

Eine positive Antwort auf die Frage nach der Wohnungszufriedenheit kann auch als Versuch einer Reduktion von „kognitiver Dissonanz“ verstanden werden. Das Gefühl der eigenen Erfolglosigkeit oder Minderwertigkeit wird so zu vermeiden versucht. Zufriedenheit mit der jetzigen Wohnversorgung kann somit bereits Folge eines verminderten Anspruches bezüglich des ursprünglichen Zieles und dessen Un erreichbarkeit sein.

Obwohl in Graz die Bevölkerung im Hinblick auf räumliche und soziale Zusammensetzung relativ gut durchmischt ist und man nicht von Ghettobildung sprechen kann, sollten Sukzessionsprozesse und ihre Dynamik nicht unterschätzt werden, da solche Entwicklungen nahezu unbemerkt vor sich gehen. Oft beginnen solche Prozesse in einzelnen Häusern und können zu rasch steigenden AusländerInnenanteilen in bestimmten Wohnvierteln führen. Sind Segregationen einmal entstanden, so lassen sich diese kaum mehr beheben.

Daher ist Integration im Wohnbereich eine Chance, um viele Folgeprobleme zu vermeiden. Gerade weil ein großer Teil der MigrantInnen von sich aus diese Integration im Wohnungsbereich anstrebt, d.h. mit der inländischen Bevölkerung zusammenleben will, größere und gut ausgestattete Wohnungen anstrebt, bedarf es auch des Willens seitens der politischen Instanzen.

Eine soziale und gerechte Politik sollte somit eine integrative Wohnpolitik zum Ziel haben. Möglichkeiten und Maßnahmen müssen dabei richtig und konsequent verfolgt werden. Da der Wohnungsmarkt für gesellschaftliche Außenseitergruppen keine ausreichende Wohnungsversorgung gewährt, müssen Institutionen wie Gemeinden hier korrektiv eingreifen. Dabei geht es einerseits um eine quantitative und preisgerechte Versorgung und andererseits um eine räumliche Integration von sozialen und ethnischen Minoritäten, um eine Stabilisierung einer „Etablierten-Außenseiter-Figuration“ zu vermeiden.

ZUSAMMENFASSUNG

Die vorliegende Untersuchung versucht anhand der erhobenen Daten einen Beitrag zu einer Diskussion zu liefern, die vielfach emotionalisiert verläuft, da hier Menschen aus unterschiedlichen Gesellschaften aufeinandertreffen.

Die Ergebnisse sollen die Komplexität der Ursachen schlechter Wohnverhältnisse einer Randgruppe, wie sie die der AusländerInnen darstellen, aufzeigen. Die sichtbaren Benachteiligungen von AusländerInnen am Wohnungsmarkt und die damit verbundenen Folgen (Segregationserscheinungen, steigender informeller Rassismus, Desintegration) verweisen auf einen dringenden Handlungsbedarf im wohnpolitischen und städtebaulichen Bereich.

Von der in Graz wohnenden Bevölkerung (239.990 Personen) besitzen 26.571 Personen nicht die österreichische Staatsbürgerschaft (11,07%). Aus unserer Untersuchungspopulation haben wir Personen aus dem EU-/EWR- Raum, aber auch aus den USA, Kanada, Japan und Australien ausgenommen, da anzunehmen ist, daß diese nicht mit denselben Problemen am Wohnungsmarkt wie „Drittstaatangehörige“ konfrontiert sind. Damit beträgt die Untersuchungspopulation 22.176 AusländerInnen.

Die Ziehung der Stichprobe erfolgte aus den Zählspengeln derjenigen Grazer Bezirke, die einen AusländerInnenanteil von mehr als 10% aufweisen. Grundlage der Interviews war ein standardisierter Fragebogen. Insgesamt wurden 184 AusländerInnen befragt. Das entspricht 184 Haushalten mit 594 Personen.

Im Vergleich mit den uns vom Einwohneramt zur Verfügung gestellten Daten der gesamten Grazer Bevölkerung kann auf eine Repräsentativität der Stichprobe geschlossen werden.

Rechts-, Familien- und Wohnsituation

Für 57% waren die wirtschaftlichen Bedingungen Grund für die Einreise nach Österreich, 34% kamen aufgrund politischer Unruhen in ihrem Land, 4% wegen des Studiums und bei 5% war die Familienzusammenführung der Zweck ihrer Einreise.

34,8% der AusländerInnen sind seit 5 Jahren in Graz wohnhaft, 44% leben bereits seit 7 Jahren und länger in Graz.

Von den 184 befragten Personen besitzt mehr als die Hälfte (61,4%) einen Befreiungsschein; Voraussetzung dafür ist eine in den letzten 8 Jahren 60-monatige legale Beschäftigung. Diese Personen sind am Arbeitsmarkt den InländerInnen gleichgestellt. 24,5% besitzen eine Arbeitserlaubnis, 1,6% eine Beschäftigungsbewilligung, eine Niederlassungsbewilligung ohne Arbeitsberechtigung haben 8,7% und 3,8% haben den Flüchtlingsstatus.

Der Großteil der in Graz wohnenden AusländerInnen ist vor allem in Berufen mit manueller Tätigkeit unselbständig beschäftigt. Der Anteil der als HilfsarbeiterInnen beschäftigten MigrantInnen beträgt 56%, der der FacharbeiterInnen 37%. Die meisten der in Graz beschäftigten AusländerInnen sind unter ihrem Qualifikationsniveau beschäftigt. AusländerInnen mit abgeschlossenem Studium sind zu 53,3% als HilfsarbeiterInnen beschäftigt.

Die meisten AusländerInnen leben im Familienverband. 63% leben als „Kernfamilie mit Kinder“ 11% leben als „Kernfamilie ohne Kinder“ und 6% der ausländischen Familien leben in „Verwandtenhaushalten“. Der Anteil der „1-Personen-Haushalte“ liegt bei 12%. Hier sind es vor allem die von AfrikanerInnen (ohne ÄgypterInnen) bewohnten Haushalte (33,3%). Der Anteil der „Mehrpersonenhaushalte“ ist mit 1,6% relativ niedrig.

Die meisten MigrantInnen in Graz wohnen in Mietwohnungen (93%), die auf dem privaten Wohnungsmarkt vergeben werden. Lediglich 6% der AusländerInnen wohnen in Dienst- bzw. Werkwohnungen; der Anteil an Eigentumswohnungen ist mit 1% verschwindend gering.

Von den 93% der ausländischen Haushalte, denen als Rechtsform eine Mietwohnung zugrundeliegt, haben 94,2% einen schriftlichen Mietvertrag. Einen befristeten Mietvertrag besitzen 60,4% der ausländischen Haushalte, 39,6% haben einen unbefristeten Mietvertrag.

Wohnqualität

Zur Wohnqualität zählen Kriterien wie Ausstattungskategorie der Wohnung, Lage der Wohnung, Wohnungskosten und Überbelag.

Kategorie A und B zählen zu den Standard-Wohnungen, wobei der Unterschied zwischen Kategorie A und B im Vorhandensein einer Zentralheizung liegt. Substandard-Wohnungen (Kategorie C und D) haben keine Bade- oder Duschköglichkeit. Haushalte der Kategorie C haben Wasser und WC innerhalb der Wohnung, Kategorie D-Wohnungen haben zwar einen Wasseranschluß in der Wohnung, aber das WC befindet sich am Gang. Haushalte der Kategorie E haben weder Wasseranschluß noch WC in der Wohnung.

Von den gesamten Grazer Wohnungen entsprechen 85,9% einem zeitgemäßen Wohnungsstandard. Die Wohnungen von AusländerInnen liegen deutlich unter dieser Zahl. Nur 46,8% der ausländischen Haushalte befinden sich in Kategorie A- und B-Wohnungen. Während die Substandard-Wohnungen für das gesamte Grazer Stadtgebiet nur 11,5 % ausmachen, lebt mehr als die Hälfte der AusländerInnen (52,2%) in Kategorie C- und D-Wohnungen. 2,5% der Grazer Wohnungen sind der absoluten Wohnungsnot zuzuordnen. Ausländische Haushalte befinden sich zu 1,1% in diesen Wohnungen.

AusländerInnen leben fast ausschließlich in Altbauwohnungen. 85,3% wohnen in Altbau-Geschoßwohnungen. Nur ein relativ kleiner Anteil von 19,8% lebt in Neubauwohnungen. 4,9% der ausländischen Wohnungen befinden sich im Keller (der Anteil des gesamten Grazer Wohnungsbestandes an Kellerwohnungen beträgt vergleichsweise dazu 1,3%).

Von den in Graz lebenden MigrantInnen haben 69% ein WC in der Wohnung. Von den insgesamt 31% MigrantInnen, für die das WC am Gang ist, müssen mehr als die Hälfte das WC mit anderen Familien teilen.

Wieviel Mindest-Wohnnutzraum eine Person in einer Wohnung haben soll, ist in den Bundesländern unterschiedlich definiert. In Graz wird seit 1990 zwischen „Überbelag/Dichte“ und „Überbelag/Zimmer“ unterschieden. Während sich die Definition der Überbelagsdichte auf die qm-Anzahl pro Person (Richtwert: 15 qm) in einer Wohnung bezieht, wird von einem Überbelag-Zimmer gesprochen, wenn nicht jede in der Wohnung lebende Person einen abgeschlossenen Raum hat (Richtwert: 1 Zimmer pro Person).

Von den untersuchten Mehrpersonenhaushalten in Geschoßlage, die von AusländerInnen bewohnt werden, sind 57,1% von einem zu engen Wohnraum betroffen. In den von AusländerInnen bewohnten Haushalten ist der Überbelag/Dichte demnach wesentlich höher als in Haushalten, die von InländerInnen bewohnt werden (7,4%).

Vergleicht man die Haushaltsform in bezug auf Überbelag/Dichte, so geht hervor, daß Kernfamilien mit Kindern den höchsten Anteil an Überbelag aufweisen. Diese Situation läßt sich darauf zurückführen, daß in diesen Familien meist nur eine Person ein Einkommen hat und die finanzielle Lage derart prekär ist, daß sich diese Familien keine entsprechenden Wohnungen leisten können.

Überbelag/Dichte findet sich in ausländischen Wohnungen unabhängig von der Ausstattungskategorie.

Das Zusammenwirken von Knappheit an Billigwohnungen und einer hohen Nachfrage führt zu einer Überhöhung der Preise von schlecht ausgestatteten Wohnungen. Eine Ausnutzung besonderer Art passiert dort, wo es um nicht mehr vermietbaren Wohnraum geht, und AusländerInnen hier sozusagen als lukrative Einnahmequelle dienen.

Die Ergebnisse unserer Untersuchung machen deutlich, daß der finanzielle Aufwand für Substandardwohnungen zum Teil gleich hoch bzw. höher als für Standard-Wohnungen ist. Damit tragen die Ausgaben für die Wohnung wesentlich zu einer Armutsgefährdung ausländischer Haushalte bei.

In bezug auf die Mietzahlungsbereitschaft hat unsere Untersuchung ergeben, daß 40,2% der befragten Personen in den Haushalten für eine besser ausgestattete Wohnung mehr Miete zu bezahlen bereit sind. Die Verbesserungswünsche beziehen sich eindeutig auf mehr Wohnraum, wobei sanitäre Ausstattung und Zentralheizung gewünschte Mindeststandards sind. Der Mietzahlungsbereitschaft sind natürlich objektive Grenzen der Mietzahlungsfähigkeit gesetzt.

Es zeigt sich, daß AusländerInnen im Vergleich zur inländischen Bevölkerung in Graz in sehr starkem Maße benachteiligt sind. Der hohe Anteil an Substandard-Wohnungen, die hohe Wohndichte und schlechte Wohnlage sind Indiz für schlechte Wohnqualität. Fallen alle Faktoren zusammen, so kann von „Wohnungsbedürftigkeit“ gesprochen werden. Folgen solcher Wohnbedingungen sind nicht nur gesundheitliche Schäden, psychische Belastungen etc., sondern erschweren bzw. verhindern die Integration von AusländerInnen.

Segregation

Obwohl in Graz die Bevölkerung im Hinblick auf räumliche und soziale Zusammensetzung relativ gut durchmischt ist und man nicht von Ghettobildung sprechen kann, lassen sich doch dort, wo ausländische Haushalte konzentriert auftreten (vor allem in Vierteln mit schlechter durchschnittlicher Wohnqualität) Segregationsprozesse feststellen, die zu einer disproportionalen Verteilung von Bevölkerungsgruppen über Teilräume einer Stadt führen. Wohnviertel werden wegen sinkender Wohnqualität oder sich steigender Ansprüche verlassen. In der Folge kann das dazu führen, daß aufgrund der geringen Nachfrage von InländerInnen solche Wohnungen nur mehr AusländerInnen angeboten werden. Oft beginnen solche Prozesse in einzelnen Häusern und können zu rasch steigenden AusländerInnenanteilen in bestimmten Wohnvierteln führen. Sind Segregationen einmal entstanden, so lassen sich diese kaum mehr beheben.

Die Dynamik solcher Prozesse sollte nicht unterschätzt werden, da solche Entwicklungen nahezu unbemerkt vor sich gehen. Den negativen Auswirkungen auf Stadtplanung und Stadtentwicklung sollte rechtzeitig entgegengewirkt werden.

Wohnungsmarkt

Im Unterschied zum geförderten Wohnungsmarkt gibt es am privaten Wohnungsmarkt keine formalen Zugangsbeschränkungen. Die Restriktionen sind hier allerdings anderer Art wie Knappheit an Billigwohnungen, mangelnde Vertrautheit mit Rechtsmitteln, Qualitäts- und Preisdiskriminierung sowie informeller Rassismus.

Geförderte Wohnungen sind für AusländerInnen zwar offen, aber aufgrund des bestehenden Informationsmangels treten diese kaum als BewerberInnen auf. Der Zutritt zu Gemeindewohnungen ist AusländerInnen, mit Ausnahme von Konventionsflüchtlingen, generell verwehrt.

In Anbetracht der Ergebnisse der Studie sollte ausländischen Wohnungssuchenden der Zugang zum geförderten Wohnungsmarkt erleichtert werden, wobei im besonderen die Öffnung von Gemeindewohnungen wünschenswert wäre. Überlegenswert wäre eine bestimmte AusländerInnenquote in den einzelnen Gemeindebauten bzw. in geförderten Geschösbauten, wobei auf die inländische Nachbarschaft Rücksicht genommen werden muß. Aufgabe der Gemeinde könnte es sein, eine integrative Wohnungsvergabep Praxis unter Mitwirkung von Fachleuten (z.B. Ausländerbeirat) aufzubauen. Damit könnte auch einer Entwicklung einseitiger Bevölkerungsstrukturen entgegengewirkt werden.

Wie oft ausländische Familien in Graz ihre Wohnung wechseln, ist von der Aufenthaltsdauer, dem Herkunftsland und von der Familiengröße (Personenanzahl) abhängig.

Generell kann gesagt werden, daß AusländerInnen sehr häufig ihre Wohnung wechseln. Mit einem Wohnungswechsel erwarten sich AusländerInnen eine Verbesserung in der Wohnqualität. Die Verbesserungswünsche beziehen sich hauptsächlich auf ein sicheres Mietverhältnis (83,3%), niedrige Mietkosten (82,7%), gute sanitäre Ausstattung (79%) und ausreichend Wohnraum (75,9%).

Demnach kann dieser häufige Wohnungswechsel auf die unzufriedenstellende Wohnsituation zurückgeführt werden, die sich durch den Wechsel aber nicht wesentlich bessert, wie sich aus den vielen Gesprächen herausstellte.

52% der AusländerInnen wenden sich bei der Wohnungssuche an Verwandte, Bekannte und Arbeitskollegen. Meistens liegt auch in dieser Hilfe der Grund dafür, daß sie eine neue Wohnung innerhalb von kurzer Zeit finden (durchschnittliche Suche 1 Monat).

Am zweithäufigsten wenden sich MigrantInnen bei der Wohnungssuche an Immobilienbüros: 22% der untersuchten Haushalte haben ihre Wohnung über diesen Weg gefunden und durchschnittlich 15.200,- an Provision bezahlt. Über Zeitungsinserate haben 13% ihre Wohnung gefunden. Der Anteil jener, die ihre Wohnung über eine Beratungsstelle gefunden haben, ist mit 7% verhältnismäßig gering.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß MigrantInnen aufgrund ihrer „Außenseiterposition“ und ihrer begrenzten finanziellen Möglichkeiten schlechter wohnen als die übrige Bevölkerung. Die Mehrheit der AusländerInnen lebt in Wohnungen mit unzureichender Wohnungsausstattung, wobei sich die Wohnqualität durch den Faktor „Überbelag“ enorm verschlechtert.

Aber auch MigrantInnen, die sich aufgrund ihrer langen Aufenthaltsdauer bereits am Arbeitsmarkt integrieren konnten und dadurch ihre sozioökonomische Situation verbessern konnten, sind trotz finanzieller Möglichkeiten am Wohnungsmarkt benachteiligt. Das bedeutet, daß eine längere Aufenthaltsdauer, besserer Rechtsstatus und eine oft damit einhergehende Besserstellung am Arbeitsmarkt führen zu keiner besseren Wohnsituation der Betroffenen.

Die Ursachen für die schlechte Wohnsituation von AusländerInnen in Graz sind damit unterschiedlicher Art und dürfen nicht unabhängig voneinander betrachtet werden. Man kann von drei großen Bereichen sprechen, die ineinandergreifen und so zu den schlechten Wohnverhältnissen dieser Außenseitergruppe beitragen:

Der sozioökonomische Status von AusländerInnen, der sich nach Einkommen, Bildung und Ausbildung richtet, ihre Außenseiterposition aufgrund ethnischer Merkmale, Rechtsstatus, Verhaltensstandards, Sprache, Religionszugehörigkeit etc., die zur Benachteiligung am Wohnungsmarkt beiträgt sowie der Wohnungsmarkt selbst, der die Bedingungen vorgibt: Wohnungsknappheit, Zutrittsrestriktionen zum Wohnungsangebot, Qualitäts- und Mietpreisdiskriminierung.

Integration ist ein mehrdimensionaler Prozeß, wofür Verbesserungen in allen Lebensbereichen erforderlich sind. Das Wohnen stellt einen Lebensbereich dar, der wichtige Bedingungen für den gesamten Eingliederungsprozeß setzt. Handlungen müssen hier auf politischer Ebene gesetzt werden, um durch integriertes Wohnen die sozialräumlichen Voraussetzungen zu schaffen, die für ein gutes nachbarliches Zusammenleben von InländerInnen und AusländerInnen notwendig sind.

FOTOTEIL: ERGEBNISSE IN BILDERN

Annemarie Müllner

Während die Sozialwissenschaft versucht, mit beobachtbaren quantifizierbaren Daten gesellschaftliche Prozesse zu erkennen und zu erklären, versucht die Fotografie die Wirklichkeit in Bildern festzuhalten.

Mit den Fotografien auf den folgenden Seiten wird kein Anspruch auf Darstellung einer Gesamtsituation erhoben. Es sind bewußt ausgewählte Ausschnitte, die spezifische Probleme in den Wohnungen hervorheben wollen und somit subjektive Eindrücke von Wohnsituationen wiedergeben.

In Zusammenhang mit der vorliegenden Studie über die Wohnsituation von AusländerInnen in Graz können die Aufnahmen jedoch als Bestätigung der Ergebnisse unserer Untersuchung gesehen werden. Vieles, das mit Worten und Zahlen beschrieben wurde, wird hier ‚sichtbar‘ gemacht.

Alle Fotografien entstanden in den Wohnungen, in denen die Interviews für die Studie durchgeführt wurden. Drei der Fotografien wurden mir freundlicherweise von den befragten Personen zur Verfügung gestellt, um den Zustand der Wohnung beim Einzug zu veranschaulichen.

Zahlen und Statistiken lassen sich leicht aus dem Gedächtnis löschen, Bilder hinterlassen manchmal Eindrücke, die länger anhalten. Das soll auch das Ziel dieser Bilddokumentation sein.



"Keller-Unterkunft" (Tür geradeaus)
Zimmer mit 12 qm (feucht, Schimmel)
WC am Gang
Heizung: Ölofen



Zustand der Wohnung (36 qm) beim Einzug
Kein Bad/Dusche, WC am Gang
keine Heizung



Familie mit 1 Kind
Wohnfläche: 28 qm
Heizung: Ölofen

Küche

Fensterstöcke morsch



Schlaf- und Arbeits

Dusche in der Küche



Gemeindewohnung/Parterre (62qm)
Familie mit 3 Kindern
Heizung: Ölofen
Schimmel in allen Räumen

Küche



Schlaf- und Arbeitszimmer der Kinder



Hauseingang



Zustand der Wohnung
beim Einzug

Stiegenaufgang

Zustand nach der von
Mietern selbst durch-
geführten Sanierung





WC - Benutzung von mehreren Familien



Zustand der Wohnung
beim Einzug

Zustand nach der von
Mietern selbst durch-
geführten Renovierung

Profond bereits 2 Jahre bröckeln



WC - Benützung von mehreren Familien

38 qm Wohnung im Bezirk Innere Stadt



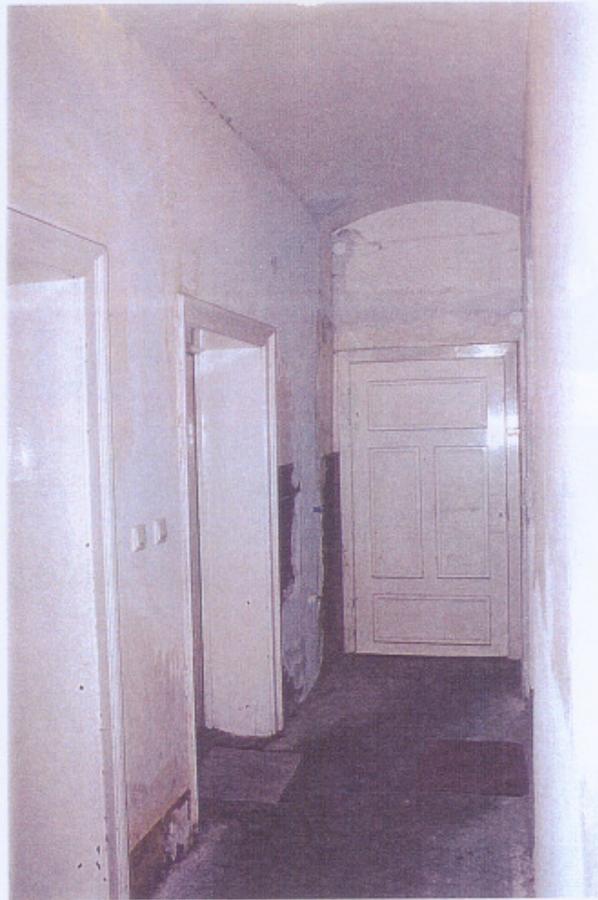
Plafond bereits 2x durchgebrochen



38 qm Wohnung im Bezirk Innere Stadt



Wohnung für 2 Personen (46 qm), selbst renoviert (Holzbocke, Dusche in Küche eingebaut), WC am Gang, Heizung: Öfen



Haus (feucht) nur von
AusländerInnen
bewohnt

Türstöcke und Fenster
(Hofseite) in
schlechtem Zustand
Fassade zur Straßen-
seite renoviert (neue
Fenster)



Wohnung für 2 Personen (46 qm), selbst renoviert (Holzdecke, Dusche
in Küche eingebaut), WC am Gang, Heizung: Öfen



Stiegenaufgang zu Dachwohnungen

Familie mit 3 Kind

Küche



Badezimmer



1 Zimmer-Wohnung ohne Vorraum im 1. Stock für Familie
mit 3 Kindern (38 qm)
Haus ausschließlich von ausländischen Familien bewohnt
Schimmel in der ganzen Wohnung
Heizung: Radiator

Familie mit 1 Kind
43 qm Wohnung
Heizung: Radiator



Sanitäre Anlage (WC, Dusche, Waschbecken) im Schlafzimmer
hinter Holzwand - keine Lüftungsmöglichkeit außer einem Fenster
auf der gegenüberliegenden Seite



Schimmel rund um das Gitterbett

ANHANG

Wohnungsversorgung inländischer und ausländischer Haushalte im Vergleich

Im folgenden wird am Beispiel des Bezirkes Gries und vier seiner Sprengel der Zustand der Wohnversorgung zwischen inländischen und ausländischen Haushalten verglichen. Die Aussagen dieser Grafiken betreffen Bereiche der schlechten Wohnversorgung und Wohnungsnot - mit dem Ziel, den Zustand der Grazer Wohnversorgung in städtischen Raum- und Wohnplanungskonzepten mitzubedenken.

Dabei werden die Ergebnisse unserer Studie nochmals deutlich und bestätigen die starke Benachteiligung ausländischer Haushalte im Vergleich mit inländischen Haushalten.

Grundlage der folgenden Darstellungen ist das von Gasser-Steiner erarbeitete Modell eines Punktesystems, mit dem Aussagen über die Verteilungen von Maßen der Wohnqualität in den einzelnen Zählsprenkeln getroffen werden. Dabei liegt das Augenmerk auf Wohnungsbedürftigkeit und Wohnungsnot. Mit dem Punktesystem soll die Vergabe von Gemeindewohnungen objektiviert werden und so zu einer bedarfsbezogenen Wohnversorgung führen. Fälle von sehr schlechter Wohnversorgung bis zur Wohnungsnot sollen damit beseitigt werden.

Eine allgemeine Verbesserung der Wohnverhältnisse in Graz kann aber nur unter Berücksichtigung aller Haushalte erfolgen. Ein Anliegen dieser Studie ist es daher auch, die Gemeindewohnungen für die ausländische Bevölkerung zu öffnen.

Um den Vergleich zwischen inländischen und ausländischen Haushalten anstellen zu können, wurden die von uns erhobenen Daten mittels des Modells von Gasser-Steiner aufbereitet, sodaß wir die Sprengelblätter mit statistischen Informationen zu inländischen als auch zu ausländischen Wohnungen zur Verfügung hatten.

An dieser Stelle möchten wir nochmals einen großen Dank Herrn Dr. Gasser-Steiner aussprechen, der uns die Sprengelblätter aus seiner Studie „Wohnqualität in Graz“ zur Verwendung überließ sowie für seine Mühe, unseren Datensatz für den Vergleich aufzubereiten.

Das Ziel bei der Verarbeitung der Ausgangsdaten im Modell von Gasser-Steiner war es,

„die Klassifikationen der Häuser- und Wohnungszählung so zu arrangieren, daß sie im Bereich schlechter Wohnversorgung und Wohnungsnot gut differenzieren. Die Optik des Instruments wurde gewissermaßen so eingestellt, daß in einem bestimmten Bereich eine Lupenwirkung zustande kommt. Zugleich wurden die Klassifikationen der Sonderauswertung (der Häuser- und Wohnungszählung 1991 vom Statistischen Zentralamt) so angelegt, daß sie so gut wie möglich den Operationalisierungen von ‚Wohnungsbedürftigkeit‘ im Grazer Punktesystem entsprechen. Das macht es möglich, die *Kriterien des Grazer Punktesystems auf die Daten der Häuser- und Wohnungszählung di-*

rekt anzuwenden. Die Indexbildungen des Grazer Punktesystems werden somit zu einem Instrument der Informationsverdichtung, das die Aussagemöglichkeiten der Volkszählungsergebnisse erheblich erweitert“ (Gasser-Steiner 1997: 8).

Folgende Merkmale wurden für die Berechnung des Punktesystems herangezogen (die Merkmalsdefinitionen stimmen mit denen unserer Untersuchung überein):

- Ausstattungskategorie: Kategorie A bis E
Wohnungsdefizite: Kategorie C (15 Punkte)
Kategorie D (25 Punkte)
Kategorie E (50 Punkte)
- Wohnungsdefizit: Überbelag:
Überbelag - Dichte: Richtwert ist 15 qm (für jeden qm darunter 6 Punkte)
Überbelag - Zimmer: Richtwert ist 1 Zimmer/Person (für jedes fehlende Zimmer 8 Punkte)
- Lage der Wohnung: Geschoß- und Kellerwohnung
Wohnungsdefizit: Kellerwohnung (25 Punkte)

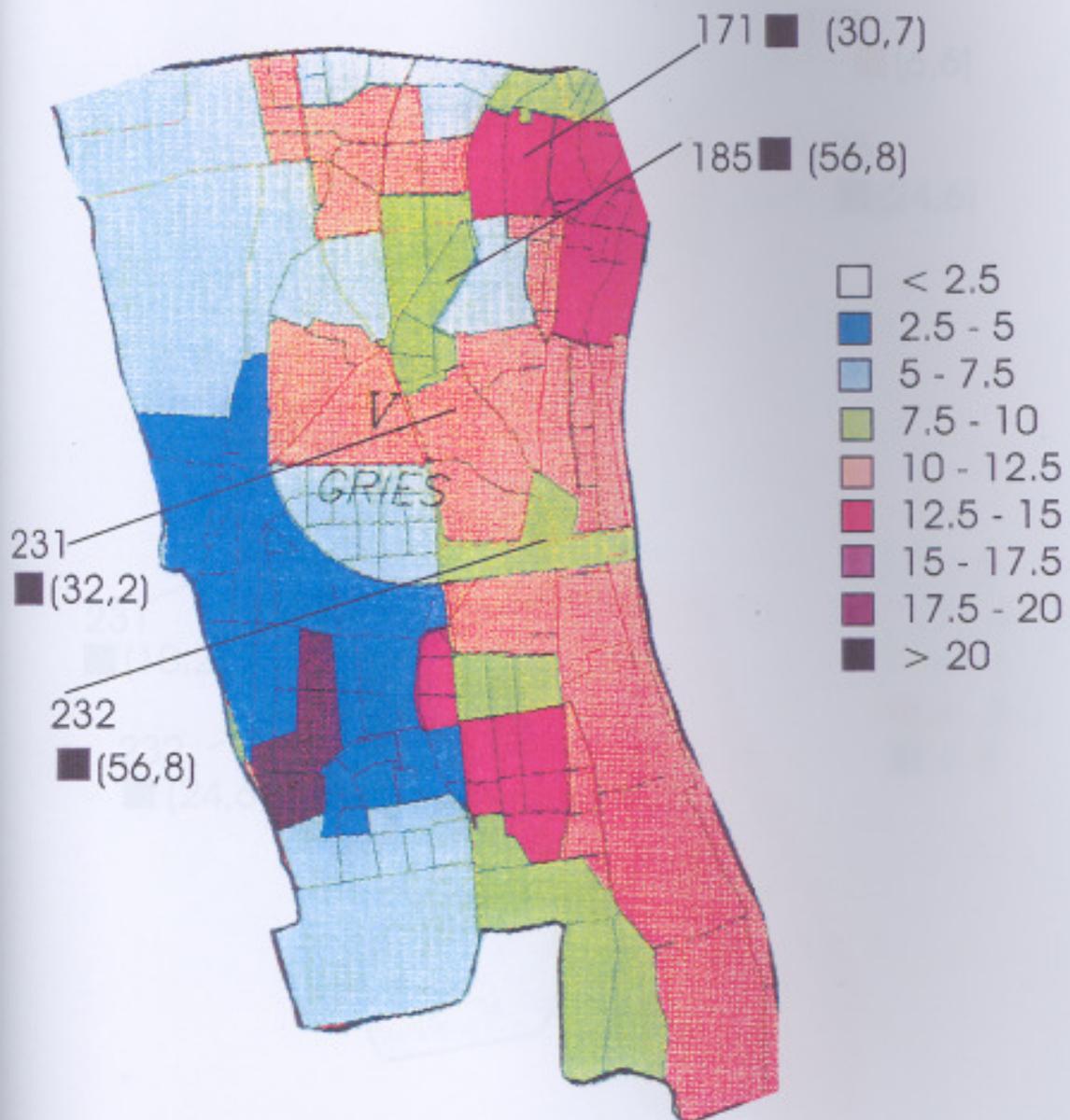
Die jeweiligen Punkte aus allen drei Merkmalen ergeben somit die Gesamtpunkteanzahl für „Wohnungsbedürftigkeit“.

In der ersten Abbildung sieht man die durchschnittlichen Gesamtpunkte der „Wohnungsbedürftigkeit“ in den Zählsprenkeln des Bezirkes Gries. Die Klassierung der Sprengel erfolgte in Schritten von 2,5 Punkten (9 Klassen). Aus vier der Sprengeln wurde unsere Stichprobe für den Bezirk Gries gezogen. Daher war auch eine Auswertung für diese Sprengel möglich. Vergleicht man die Wohnungssituation der AusländerInnen in den vier Sprengeln (171, 185, 231 und 232) mit der von InländerInnen, so wird deutlich, daß die „Wohnungsbedürftigkeit“ in ausländischen Haushalten um ein Vielfaches höher ist als in inländischen Haushalten.

Die zweite Abbildung zeigt die durchschnittliche Punkteanzahl für den „Überbelag“, wobei sich der Überbelag aus der Punktequelle Dichte und Zimmer berechnet. Durch die Punktequelle Zimmer erhöht sich die Gesamtpunktezahl für ausländische Haushalte wesentlich. So hat z.B. der Sprengel 232 einen Überbelag Dichte von 24,6 Punkten, rechnet man allerdings den Überbelag Zimmer dazu, so erhöht sich der Wert auf 39,8 Punkte. Hier spielt zusätzlich zur Wohnraumdichte die höhere Kinderanzahl in ausländischen Familien eine Rolle.

Die dritte Abbildung zeigt die durchschnittliche Anzahl der Punkte für die „Ausstattungskategorien“ in den Zählsprenkeln. Die 5 Klassen entsprechen der Einteilung der Kategorien von A bis E. Bestätigt wird in diesem Vergleich, daß sich ausländische Haushalte vorwiegend in Substandard-Wohnungen befinden.

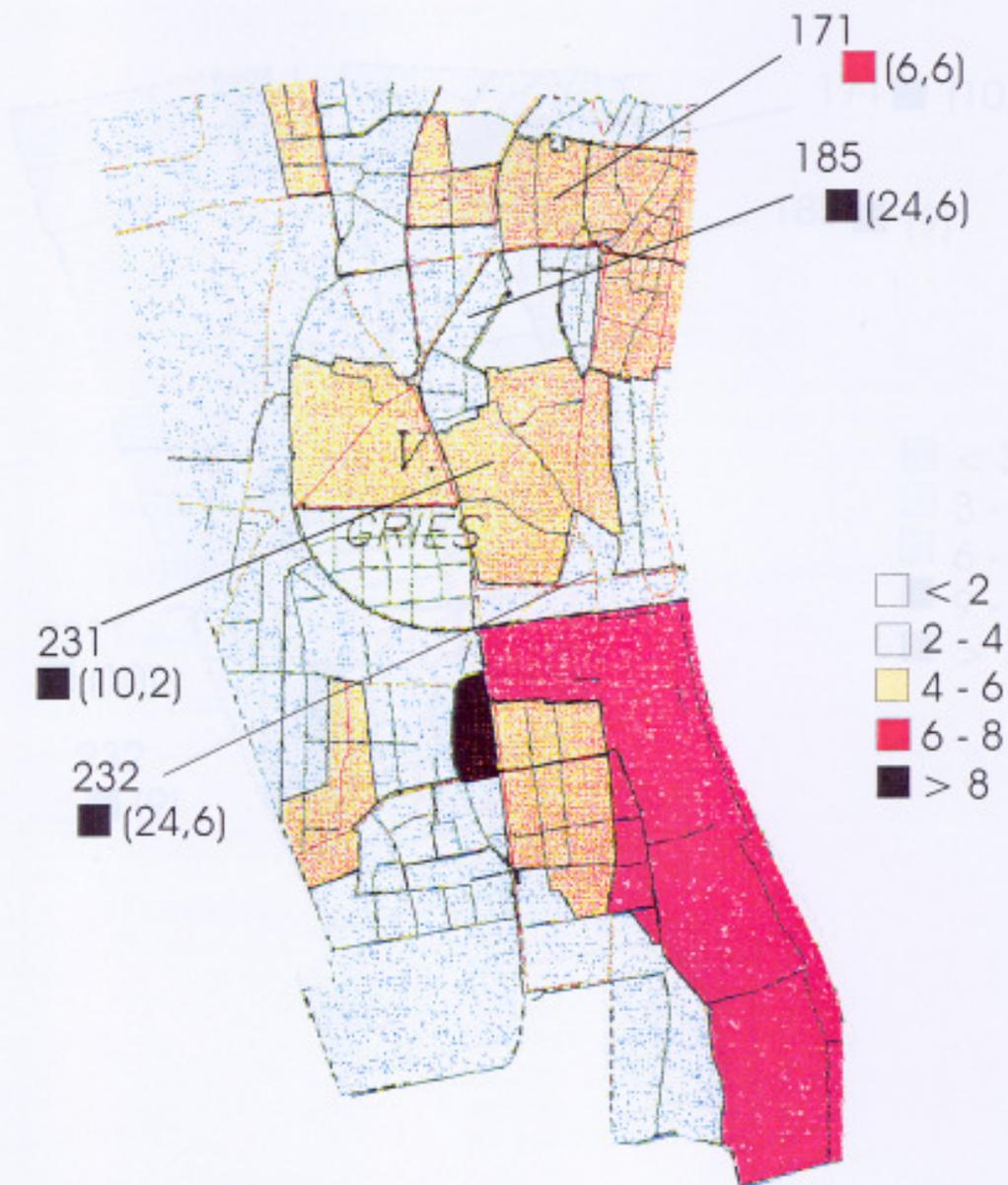
Bezirk Gries "Wohnungsbedürftigkeit" (durchschnittliche Punktezahl in den Zählspengeln)



Gries gehört zu den Bezirken mit insgesamt eher schlechten Wohnverhältnissen (kein einziger Sprengel weist weniger als 2,5 Punkte auf). Die durchschnittliche Punkteanzahl ausländischer Haushalte in den 4 untersuchten Sprengeln (171, 185, 231, 232) beträgt weit mehr als 20 Punkte (bis zu 56,8 Punkten). In Anbetracht dieses Ergebnisses muß von sehr hoher Wohnungsbedürftigkeit bei ausländischen Haushalten gesprochen werden, wobei sich die hohe Punkteanzahl v.a. aus dem Merkmal "Überbelag" ergibt.

Bezirk Gries: "Überbelag" Kategorien

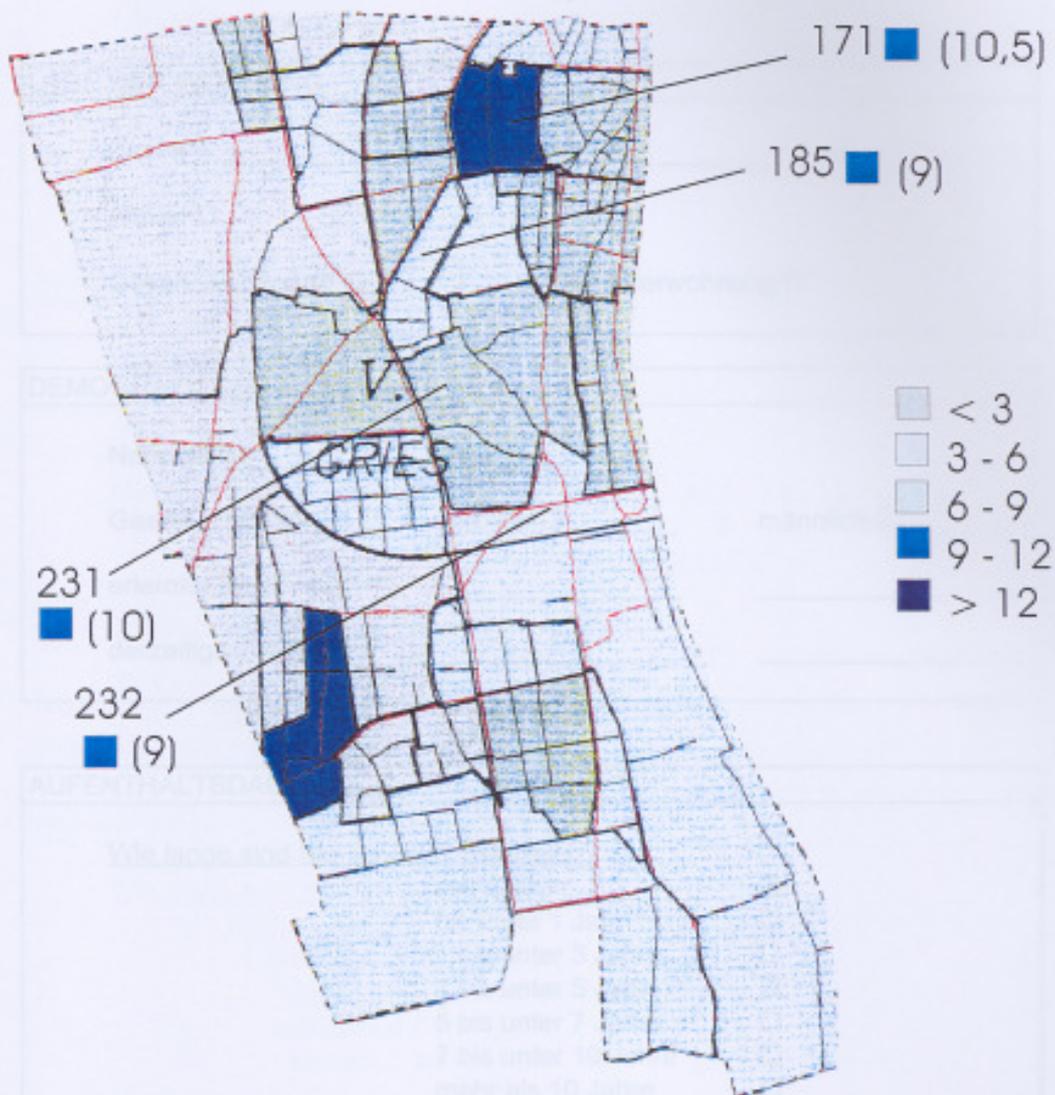
(durchschnittliche Punkteanzahl in den Zählsprenkeln)



Im Sprengel 171 ist der Unterschied in bezug auf den Überbelag zwischen inländischen (4 - 6 Punkte) und ausländischen Wohnungen (6 - 8) gering. In den Sprengeln 232 und 185 wird der Wert allerdings um ein Vielfaches überstiegen.

Bezirk Gries: "Ausstattungskategorien" (durchschnittliche Punkteanzahl in den Zählsprenkeln)

WOHN-SITUATION VON AUSLÄNDERINNEN



Gries gehört zu den Bezirken mit der schlechtesten Wohnungsausstattung in Graz, die Streubreite ist allerdings groß - von Sprengeln mit sehr schlecht bis sehr gut ausgestatteten Wohnungen. In bezug auf ausländische Wohnungen sieht man, daß die Wohnungsausstattung hier generell schlecht ist und die ausländischen Haushalte größtenteils der Kategorie D zuzuordnen sind.

FRAGEBOGEN

WOHNSITUATION VON AUSLÄNDER/INNEN IN GRAZ

LAGE DER WOHNUNG	
Bezirk _____	Sprengel _____
Altbau <input type="checkbox"/>	Neubau <input type="checkbox"/>
Geschoßwohnung <input type="checkbox"/>	Kellerwohnung <input type="checkbox"/>

DEMOGRAFISCHE DATEN	
Nationalität _____	
Geschlecht/Alter	weiblich <input type="checkbox"/> _____ männlich <input type="checkbox"/> _____
erlernter Beruf	_____
derzeitige Tätigkeit	_____

AUFENTHALTSDAUER	
<u>Wie lange sind Sie schon in Österreich?</u>	
seit Geburt	<input type="checkbox"/>
bis unter 1 Jahr	<input type="checkbox"/>
1 bis unter 3 Jahre	<input type="checkbox"/>
3 bis unter 5 Jahre	<input type="checkbox"/>
5 bis unter 7 Jahre	<input type="checkbox"/>
7 bis unter 10 Jahre	<input type="checkbox"/>
mehr als 10 Jahre	<input type="checkbox"/>
<u>Was war der Zweck Ihrer Einreise?</u>	
Arbeit	<input type="checkbox"/>
Politische Unruhen	<input type="checkbox"/>
Studium	<input type="checkbox"/>
Sonstiges _____	

STATUS IN ÖSTERREICH

- Konventionsflüchtling
- De-facto-Flüchtling
- Niederlassungsbewilligung
- Beschäftigungsbewilligung
- Arbeitserlaubnis
- Befreiungsschein

RECHTSFORM DER WOHNUNG / WOHNBEIHLIFE

- Hauseigentümer
- Eigentumswohnung → gefördert ja nein
- Gemeindewohnung
- Dienst-/Werkwohnung
- Mietwohnung → gefördert ja nein weiß nicht
- ↓
- Beziehen Sie Wohnbeihilfe? ja nein
- Wissen Sie Bescheid über Wohnbeihilfen?
- ja nein davon gehört

WOHNDAUER

Wie lange sind Sie schon in dieser Wohnung?

- weniger als 1 Jahr
- 1 bis unter 3 Jahre
- 3 bis unter 5 Jahre
- mehr als 5 Jahre

Wie oft haben Sie bis jetzt Ihre Wohnung gewechselt?

- noch nie
- 1x
- 2x
- öfter → ___x

Wohnungsgröße/AusstattungGesamtgröße der Wohnung _____ m² (Nutzraumfläche)Wasser in Wohnung Wasser am Gang Badezimmer ja nein Duschkabine ja nein selbst eingebaut ja nein WC in Wohnung ja nein WC am Gang → Benützung allein mit anderen Küche/Kochnische ja nein Vorraum ja nein

Anzahl weiterer Zimmer _____

Kellerabteil ja nein **Heizung**Zentralheizung Etagenheizung Heizung im Zimmer → feste Brennstoffe Öl Gas Strom keine Heizung

Sonstiges _____

HAUSHALTSFORMÜBERBELAG ja nein

	Personenanzahl
Kernfamilie ohne Kinder <input type="checkbox"/>	2
Kernfamilie mit Kinder <input type="checkbox"/>	—
erweiterte Kernf. mit K. <input type="checkbox"/>	—
1- Personenhaushalt <input type="checkbox"/>	1
2- Personenhaushalt <input type="checkbox"/>	2
3- Personenhaushalt <input type="checkbox"/>	3
Mehrpersonenhaushalt <input type="checkbox"/>	—
Arbeitskollegenhaushalt <input type="checkbox"/>	—
Verwandtenhaushalt <input type="checkbox"/>	—
Sonstiges _____	

MIETVERTRAG

Haben Sie einen schriftlichen Mietvertrag?

ja nein



Wenn JA, für wie viele Jahre ist der Vertrag abgeschlossen?

befristet → _____ Jahre

unbefristet

Wollen Sie den Mietvertrag verlängern? ja nein weiß nicht

WOHNUNGSKOSTEN

Miete
(inkl. Betriebskosten +
Heizung)

weniger als 3.000

3.000-unter 5.000

5.000-unter 7.000

7.000-unter 9.000

mehr als 9.000

Miete
(inkl. Betriebskosten
ohne Heizung)

weniger als 3.000

3.000-unter 5.000

5.000-unter 7.000

7.000-unter 9.000

mehr als 9.000

Heizungskosten/Monat:

_____ S

Eigentum
Betriebskosten + Heizungs-
+ Annuitäten

weniger als 4.000

4.000-unter 6.000

6.000-unter 8.000

8.000-unter 10.000

mehr als 10.000

Stromkosten/Monat: _____ S

Haben Sie eine Kautions hinterlegt? ja → _____ S nein

Haben Sie Ablöse bezahlt? ja → _____ S nein

An wen wenden Sie sich bei Wohnungsproblemen?

GEHALT

Wieviel verdienen Sie zur Zeit netto? (Haushaltseinkommen)

unter 7.000 S

7.000 – unter 9.000 S

9.000 – unter 11.000 S

11.000 – unter 14.000 S

14.000 – unter 17.000 S

17.000 – unter 20.000 S

mehr als 20.000 S

WOHNUNGSFINDUNG

Wie haben Sie diese Wohnung gefunden?

- Verwandte
Bekannte/Freunde
Zeitung
Eigeninserat
Immobilien → Provision _____ S
Beratungsstelle
Sonstiges _____

Wie lange haben Sie gesucht?

- weniger als 1 Monat
1 bis unter 6 Monate
6 Monate bis unter 1 Jahr
länger als 1 Jahr

Gab es Probleme bei der Suche?

- aufgrund Ihrer Nationalität? ja nein
aufgrund der Kinder? ja nein
aufgrund der zu hohen Miete? ja nein

SITUATION IM HAUS

Wohnen im Haus vorwiegend AusländerInnen oder InländerInnen?

- vorwiegend ÖsterreicherInnen
vorwiegend AusländerInnen
halb/halb
weiß nicht

Haben Sie Kontakt zu den übrigen Hausbewohnern?

- nur Grußkontakt
zufällige Unterhaltung
gegenseitige Hilfe
kein Kontakt

Gibt es Probleme im Zusammenleben mit den Hausbewohnern?

- ja nein



Wenn JA, welcher Art sind diese Probleme?

WOHNZUFRIEDENHEIT

a) Wie zufrieden sind Sie mit Ihrer Wohnung?

sehr zufrieden

zufrieden
↓
weiter zu c)

weniger zufrieden
↓
weiter zu b)

nicht zufrieden
↓
weiter zu b)

b) Was stört Sie an Ihrer Wohnung? (Mehrfachnennungen)

- | | | |
|---------------------------|--------------------------|--------------------------|
| zu wenig Wohnraum | <input type="checkbox"/> | |
| zu hohe Miete | <input type="checkbox"/> | |
| unsicheres Mietverhältnis | | <input type="checkbox"/> |
| keine Zentralheizung | <input type="checkbox"/> | |
| keine/mangelnde Beheizung | <input type="checkbox"/> | |
| kein Badezimmer | <input type="checkbox"/> | |
| kein WC in der Wohnung | | <input type="checkbox"/> |
| Feuchtigkeit/Schimmel | <input type="checkbox"/> | |
| kein/wenig Tageslicht | <input type="checkbox"/> | |
| undichte Fenster u. Türen | | <input type="checkbox"/> |
| Belästigung durch Lärm | <input type="checkbox"/> | |
| keine Grünflächen | | <input type="checkbox"/> |
| Sonstiges | _____ | |

c) Sind Ihnen folgende Punkte wichtig? (Mehrfachnennungen)

- | | | |
|----------------------------------|-----------------------------|-------------------------------|
| Landsleute in der Nachbarschaft | ja <input type="checkbox"/> | nein <input type="checkbox"/> |
| Schule, Kindergarten in der Nähe | ja <input type="checkbox"/> | nein <input type="checkbox"/> |
| Nähe zum Arbeitsplatz | ja <input type="checkbox"/> | nein <input type="checkbox"/> |
| Sonstiges | _____ | |

d) Sind Sie bereit, für eine besser ausgestattete Wohnung eine höhere Miete zu bezahlen?

ja nein

VERZEICHNIS DER TABELLEN UND GRAFIKEN

Tabelle 1:	Grazer Wohnbevölkerung nach Nationen	11
Tabelle 2:	Grazer Wohnbevölkerung im Überblick	12
Tabelle 3:	Entwicklung der ausländischen Bevölkerung in Graz (1971 - 1998)	12
Tabelle 4:	Grazer Bezirke und AusländerInnenanteil	13
Tabelle 5:	Untersuchungspopulation aufgeteilt nach Nationen	15
Tabelle 6:	Stichprobe mit Konfidenzintervall	16
Tabelle 7:	Stichprobe nach Alter und Geschlecht	17
Tabelle 8:	Dauer des Aufenthalts in Österreich	19
Tabelle 9:	Rechtsstatus	19
Tabelle 10:	Berufstätigkeit im Heimatland/in Österreich	21
Tabelle 11:	Beschäftigungsquote d. ausl. Bev. d. Stmk. (Ja.durchsch. 1997)	22
Tabelle 12:	Haushaltsform nach Nationen	24
Tabelle 13:	Mietverträge	26
Tabelle 14:	Mietvertragsabschluß und Dauer des Aufenthalts	26
Tabelle 15:	Anteile der Gebäude nach Bauperioden in Graz	27
Tabelle 16:	Lage der Wohnung	27
Tabelle 17:	Beschreibung der Ausstattungskategorien	29
Tabelle 18:	Sanitäre Ausstattung: Bad/Dusche	30
Tabelle 19:	Sanitäre Ausstattung: Toilette	31
Tabelle 20:	Heizung	32
Tabelle 21:	Grazer Bezirke nach Wohnungskategorien/AusländerInnenanteil	33
Tabelle 22:	Ausstattungskategorien ausländischer Haushalte	34
Tabelle 23:	Haushalte nach Wohnungskategorien (inl./ausl. Haushalte)	36
Tabelle 24:	Überbelag/Dichte (qm/Person)	39
Tabelle 25:	Überbelag/Kernfamilien mit Kinder	40
Tabelle 26:	Überbelag nach Ausstattungskategorien	41
Tabelle 27:	Wohnungskosten	44
Tabelle 28:	AusländerInnen in Gemeindewohnungen	47
Tabelle 29:	Wohnungswechsel und Aufenthaltsdauer	49
Tabelle 30:	Wohnungswechsel nach Haushaltsform	50
Tabelle 31:	Wohnungsfindung nach Nationen	51
Tabelle 32:	Dauer der Wohnungssuche	53
Grafik 1:	Einreisegrund	18
Grafik 2:	Berufstätigkeit in Österreich/Wohnungskategorien	23
Grafik 3:	Haushaltsform	24
Grafik 4:	Rechtsform der Wohnung	25
Grafik 5:	Alt-/Neubauwohnungen: Ex-Jug. im Vergl. zu anderen Nationen	28
Grafik 6:	Alt-/Neubauwohnungen: andere Nationen	29
Grafik 7:	Wohnraum/Anzahl der Zimmer	36
Grafik 8:	Wohnraum und Haushaltsform	38
Grafik 9:	Überbelag und Haushaltsform	40
Grafik 10:	Überbelag und Wohnungskategorie	41
Grafik 11:	Überbelag nach Nationen	42
Grafik 12:	Wohnungsfindung	51

LITERATUR

- Amt der Steiermärkischen Landesregierung (Juli 1996): Informationsblatt „Geförderter Geschoßwohnbau“.
- Amt der Steiermärkischen Landesregierung (Juli 1996): Informationsblatt „Wohnbeihilfe“.
- Amt der Steiermärkischen Landesregierung - Referat Statistik: Häuser- und Wohnungszählung 1991, Steiermark - Ergebnisse.
- Ausländerbeirat der Stadt Graz (1998): Broschüre zu Aufenthalt, Arbeit und Asyl in Österreich.
- Bacher, Hans/Gerzer, Gabriele (1991): Wir sind anders! Ergebnisse einer sozialwissenschaftlichen Untersuchung der Lebenssituation von Gastarbeiter/innen in der Stadt Wels.
- Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital in: Kreckel Reinhard (Hg.): Soziale Ungleichheiten, Göttingen, 183-198.
- Eichener, Volker (1988): Ausländer im Wohnbereich: theoret. Modelle, emp. Ananalysen und polit. prakt. Maßnahmenvorschläge zur Eingliederung einer gesellschaftlichen Außenseitergruppe (Kölner Schriften zur Sozial- und Wirtschaftspolitik, Band 8).
- Elias, Norbert (1970): Was ist Soziologie? Weinheim und München.
- Elias, Norbert/Scotson, J. L. (1990): Etablierte und Außenseiter, Frankfurt a. Main.
- Friedrichs, Jürgen (1977): Stadtanalyse. Soziale und räumliche Organisation der Gesellschaft, Reinbek bei Hamburg, 216-281.
- Friedrichs, Jürgen (1995): Stadtsoziologie, Opladen, 59-65 und 79-98.
- Gasser-Steiner, Peter (1997): Wohnqualität in Graz, Kurzfassung.
- Giffinger, Rudolf/Meindl, Thomas (1993): Die Wohnverhältnisse der ausländischen Bevölkerung in Wien; in: Österreichische Gesellschaft für Kritische Geografie, Reihe 2, Heft 3.
- Hetfleisch, Gerhard/Petri, Franko /Wartha Sabine; Hg. (1995): Das österreichische Ausländerrecht. Wien.
- Magistrat Graz, Amt für Statistik, Wahlen und Einwohnerwesen (1996): Statistisches Jahrbuch der Landeshauptstadt Graz.